(Beginn: 15.35 Uhr - Ende: 19.15 Uhr)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 10. Sitzung des Rates der Stadt Köln in dieser Wahlperiode und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, unsere Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und natürlich Sie alle als Mitglieder des Rates.

Aus aktuellem Anlass, meine sehr verehrten Damen und Herren: Heute Vormittag ist eine Maschine der Fluggesellschaft Germanwings auf dem Flug von unserer Partnerstadt Barcelona nach Düsseldorf über Südfrankreich abgestürzt. Nach jetzigen Erkenntnissen gibt es 150 Tote, darunter 67 Deutsche. Ich habe heute mit meinem Amtskollegen Thomas Geisel in Düsseldorf telefoniert. Es ist nicht auszuschließen, dass darunter auch zahlreiche Opfer aus Nordrhein-Westfalen oder unserer Region oder auch Köln sind. Unser Mitgefühl gilt allen Betroffenen. Deshalb bitte ich Sie, sich für eine Schweigeminute zu erheben.

In unser stilles Gedenken beziehe ich auch den gestern verstorbenen Herrn Stadtdirektor a. D. Heinz Ludger Uhlenküken ein. Herr Uhlenküken war von 1978 bis 1993 Stadtdirektor in Köln.

Schließlich möchte ich in unser Gedenken auch die 21 Menschen einschließen, die einem terroristischen Angriff auf das Nationalmuseum unserer Partnerstadt Tunis zum Opfer gefallen sind.

(Die Anwesenden erheben sich)

Herzlichen Dank.

Nach den mir vorliegenden Meldungen fehlt heute Herr Michael Frenzel.

Als Stimmzähler benenne ich Herrn Joisten, Herrn Klausing und Frau Rabenstein.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind im Entwurf gesondert gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die Fraktion der FDP hat fristgerecht einen Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Enttäuschte Erwartungen an Baustellenmanagement“ eingereicht. Daneben hat die Fraktion Die Linke. fristgerecht einen Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Engagement der GAG als Chance für die Entwicklung von Chorweiler“ eingereicht.

Damit liegen zwei Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde vor. Nach der Geschäftsordnung des Rates - das wissen Sie - findet an einem Sitzungstag nur eine Aktuelle Stunde statt, es sei denn der Rat entscheidet hier über eine Ausnahme.

Ich bitte nun darüber abzustimmen, ob heute ausnahmsweise nicht nur eine Aktuelle Stunde durchgeführt werden soll. Wer dafür ist, dass heute nur eine Aktuelle Stunde durchgeführt wird, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen, die AfD, die Fraktion Die Linke., die Gruppe pro Köln sowie Herr Zimmermann für Deine Freunde und die Piraten. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen bei der CDU.

Dann kommen wir zur Entscheidung, welche der beiden beantragten Aktuelle Stunden tatsächlich durchgeführt werden soll. Kommen wir zunächst zum Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema Baustellenmanagement. Wer für die Durchführung der Aktuellen Stunde zu diesem Thema ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der FDP und Herr Henseler. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen bei der CDU. Das bedeutet: Die Aktuelle Stunde wird heute zum Thema Chorweiler durchgeführt; das ist Tagesordnungspunkt 1.1.

Jetzt zu den Zu- und Absetzungen - ich bitte um Aufmerksamkeit -: Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte im

öffentlichen Teil vor: 4.4, 4.5, 4.6, 4.7, 4.8, 4.9, 4.10, 5.1.1, 6.3.2, 10.19 sowie im nichtöffentlichen Teil die Punkte 17.5, 17.6, 17.7 und 17.8.

Nun zu den Absetzungen. Abgesetzt werden im öffentlichen Teil 6.2.1, 10.18 und 12.3. Im nichtöffentlichen Teil gibt es keine Absetzungen.

Dringlichkeitsanträge sind bislang nicht eingegangen und werden - ich schaue in die Runde - auch jetzt nicht vorgetragen.

Bitte schön, Herr Frank.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte beantragen, dass wir zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam behandeln, nämlich den Punkt 3.1.1 zusammen mit der Anfrage unter 4.5.

(Martin Börschel [SPD]: Da Rückfragemöglichkeiten gegeben sind, ja!)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wenn Rückfragemöglichkeiten gegeben sind. - Bitte schön, Herr Wiener.

**Markus Wiener** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Ratsgruppe pro Köln beantragt, dass wir die Tagesordnungspunkte 23.3, 26.1 und 26.2 aus dem nichtöffentlichen Teil im öffentlichen Teil behandeln. Ich möchte das kurz begründen.

Wir halten es für absolut angemessen, dass über die teils millionenschweren Entscheidungen im Zusammenhang mit der städtischen Asylpolitik öffentlich hier im Rat debattiert werden kann, vor allem weil die wesentlichen Dinge durch Zeitungsmeldungen bereits enthüllt worden sind und die Stadt sowieso schon darüber diskutiert. Es wäre mehr als albern, dass ausgerechnet nur hier im Stadtrat darüber nichtöffentlich debattiert werden soll, also die Gruppen und Fraktionen hier im Stadtrat nicht im öffentlichen Teil ihre offizielle Meinung kundtun dürfen sollen. Ich bin der Meinung, das wäre ein Missbrauch des Instruments der Nichtöffentlichkeit. Es sollen wohl eher der Stadtspitze peinliche Diskussionen zur Asylpolitik erspart werden. Das hat nichts mit den angeblich schutzwürdigen Bedürfnissen Dritter zu tun. Deswegen wäre es absolut angebracht, dass über diese wichtigen Fragen der städtischen Ankaufpolitik im Zusammenhang mit der Asylpolitik hier in Köln öffentlich hier im Rat debattiert werden kann.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Okay. Wir lassen darüber abstimmen. Wer für den Antrag der Gruppe pro Köln ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Gruppe pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist das so abgelehnt.

Gibt es Gegenstimmen gegen die Zusammenfassung der Punkte 3.1.1 und 4.5, wie eben von Herrn Frank vorgeschlagen? - Gegenstimmen von den Linken. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist dem so zugestimmt.

Die Tagesordnung in der gerade benannten Reihenfolge wird jetzt zur Abstimmung gestellt. Wer gegen die so festgelegte Tagesordnung ist, bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Gruppe pro Köln ist die Tagesordnung so festgestellt.

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, möchte ich nicht versäumen, eine Gruppe zu begrüßen, die uns heute hier besucht. Auf der Zuschauertribüne sind zu Gast Abgeordnete aus dem Ausschuss für Kommunalpolitik des Landtags Nordrhein-Westfalen sowie Vertreter der kommunalen Spitzenverbände und des Innenministeriums unseres Landes.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Hört! Hört!)

Sie beraten heute ein wichtiges Thema - ich möchte Ihnen noch einmal ganz herzlich danken, dass Sie sich diesem Thema annehmen -, nämlich Wege zur Stärkung des kommunalen Ehrenamtes, also die Verbesserung der Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Kommunalpolitiker, wie wir sie auch

hier im Rat der Stadt Köln haben. Ich darf Sie ganz herzlich begrüßen. Wir freuen uns über Ihr Kommen.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1.1 auf:

**1.1 Antrag der Fraktion Die Linke. auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend „Engagement der GAG als Chance für die Entwicklung von Chorweiler“**
**AN/0487/2015**

Herr Weisenstein.

**Michael Weisenstein** (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es steht eine sehr gute Lösung für die 4 000 Bewohnerinnen und Bewohner von 1 200 Wohnungen an der Stockholmer Allee und der Osloer Straße in Köln-Chorweiler bevor.

(Beifall bei der Linken sowie Monika Schultes [SPD])

Wenn alles so läuft, wie jetzt geplant, werden die Mieterinnen und Mieter bald wieder zu fairen Preisen in vernünftigen Wohnungen leben können. Die Wohnungen werden instand gesetzt, und auch das Umfeld wird eine Aufwertung erfahren. Es wird eine soziale Infrastruktur aufgebaut. Die Stadt und die GAG leisten gemeinsam einen entscheidenden Beitrag dazu, dass es in Chorweiler zu einer positiven Wende kommt, die den Stadtteil langfristig stabilisieren wird. Viele Menschen haben mit Ausdauer an dieser Lösung gearbeitet. Dafür möchte ich mich auch im Namen der Linksfraktion herzlich bedanken.

Jetzt besteht die Chance, zu beweisen, dass Großsiedlungen einen wichtigen quantitativen, aber auch qualitativen Beitrag zur Überwindung der Wohnungsnot leisten können. Mit dem Konstrukt, dass die GAG die Wohnungen kauft und die Stadt die GAG mit der Entwicklung des Umfeldes betraut, kann die Qualität des Wohnquartiers deutlich verbessert werden. Die Stadt wird gemeinsam mit der GAG den Beweis antreten, dass die Probleme in Großsiedlungen nicht in der Anzahl der Wohneinheiten begründet sind. Zügellose kapitalistische Spekulation ist die Ursache für menschenunwürdiges Leben.

(Beifall bei der Linken)

In diesem Fall hat die Stadt Sand in das Getriebe der überhitzten Profitmaschine geworfen. Aber letztendlich ist der Gesetzgeber gefordert, die Spekulation mit Wohnungen zu unterbinden.

Herr Oberbürgermeister, liebe Kollegen, es kann einen schon wütend machen, dass gerade die NRW.Bank als Hauptgläubiger sich lange geweigert hat, zu einer konstruktiven Lösung in Chorweiler beizutragen.

(Bernd Petelkau [CDU]: Wem gehört denn die Bank?)

Schließlich ist die NRW.Bank nicht irgendein Geldinstitut; sie gehört dem Land.

(Bernd Petelkau [CDU]: Wer sitzt im Landtag?)

- Ich sitze nicht im Landtag, Herr Petelkau. - Eine zentrale Aufgabe der NRW.Bank ist es, eine positive Stadtentwicklung zu fördern und dafür Geld zur Verfügung zu stellen. Daran muss erinnert werden.

Der Kauf der Wohnungen und die Betrauung der GAG mit der Entwicklung des Umfeldes ist nur möglich, weil es dieses starke, überwiegend kommunale Wohnungsbauunternehmen GAG gibt. Die FDP und große Teile der CDU, Herr Petelkau, wollten dieses wichtige kommunale Unternehmen kurz nach der Jahrhundertwende verscherbeln. Zum Glück haben sich die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Köln und die vernünftigen Politiker im Stadtrat seinerzeit mit aller Macht dagegen gewehrt.

(Beifall bei der Linken sowie bei Teilen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Im Falle des Verkaufs hätten wir heute eine sozial zerklüftete Stadt, wie wir sie heute in Chorweiler leider noch vorfinden.

Mit dem Kauf der 1 200 Wohnungen in Chorweiler gelingt ein wichtiger Schritt zur Sicherung von bezahlbarem Wohnraum. Es sind aber noch sehr viele Maßnahmen nötig, um in Köln Normalverdienern wieder erschwinglichen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Bis zu 1 700 Wohnungen fallen jährlich aus der Bindung, nur circa 500 neue Sozialwohnungen werden jährlich gebaut. Wir brauchen mehr kommunalen Wohnungsbau, der dauerhaft als preiswerter Wohnraum zur Verfügung gestellt werden kann.

Die GAG von der Börse zu nehmen, ist ein richtiger Schritt dahin. Aber auch andere kommunale Unternehmen, namentlich der Stadtwerkekonzern, müssen ihren Beitrag leisten. Der kommunale Wohnungsbau der verschiedenen Akteure muss gebündelt werden. Mit dem kooperativen Baulandmodell müssen auch die privaten Investoren einen Beitrag leisten. Das wird aber nichts, wenn dauernd Ausnahmen gemacht werden, wie aktuell auf dem Areal der Deutschen Welle. Alle Instrumente, die im Stadtentwicklungskonzept Wohnen zusammengetragen sind, müssen konsequent umgesetzt werden. Die Stadt und ihre Unternehmen müssen selbst im großen Stil bauen. Nur dann kann Köln auch für Menschen mit normalem und geringem Einkommen ein gutes Zuhause sein. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linken)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank.- Das Wort geht an Herrn Ott. Bitte schön.

**Jochen Ott** (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Vorschlag zum Ankauf der 1 200 Wohnungen aus den Zwangsversteigerungsbeständen in Chorweiler durch die städtische Wohnungsbaugesellschaft sowie die Unterstützung der stadtentwicklungspolitischen Umfeldmaßnahmen durch einen städtischen Betrauungsvertrag findet die Unterstützung der SPD-Fraktion.

Die Situation in Chorweiler ist uns allen seit Jahren bekannt. Bei vielen gab es großes Interesse, das Problem anzugehen und dafür eine Lösung zu finden, wenngleich es ein dickes Brett zu bohren galt.

Wir haben eine Siedlung, bei der zu Beginn ein Staatsversagen steht, indem eine städtebauliche Lösung gewählt wurde, die allerdings damals, in den 70er-Jahren - insofern muss man das harte Wort fast schon wieder korrigieren -, bei vielen Architekten und Stadtplanern als vorbildlich galt.

Wir haben eine Siedlung, wo es dann zu einem permanenten Marktversagen kam. Der Markt war nicht in der Lage, dieses Problem zu lösen. Im Gegenteil: Die kurzfristige Renditeorientierung führte dazu, dass jede Maßnahme erfolgreich war, die die Bestände kurzfristig sicherte, sie aussaugte und dann wieder abstieß, während eine nachhaltige Bewirtschaftung eben nicht zu wirtschaftlich vernünftigen Ergebnissen führte.

Viele haben immer wieder gefragt: Warum dauert das denn so lange? Ja, das dauert; das ist vollkommen klar. Hier sind verschiedene Akteure unterwegs: viele verschiedene Personen in Stadt, Land und unterschiedlichen Unternehmen. Jetzt besteht die Möglichkeit, alle diese Menschen, diese Institutionen, diese Gruppen unter einen Hut zu bringen.

Seien wir froh, dass es die GAG noch gibt, dass sie in dem politischen Spiel überhaupt noch mitspielen kann.

(Beifall bei der SPD und der Linken)

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, das kostet auch Geld. Das ist offensichtlich. Nur: Nichthandeln kostet den städtischen Haushalt und unsere Stadtgesellschaft perspektivisch wesentlich mehr Geld. Wir können am Beispiel Finkenberg sehen, was passiert, wenn die öffentliche Hand zu spät agiert und eine solche Siedlung verloren geht. Viele Probleme, die heute nicht nur die Anwohner, sondern wir alle haben, Probleme, die uns an vielen Stellen hohe Beiträge abverlangen, würde es heute so nicht geben, hätte man hier früher und anders re-

agiert. Ich will den Kölnberg nicht vergessen. In der Aufzählung der drei Stadtteile, um die wir uns ganz besonders kümmern müssen, darf er natürlich nicht fehlen.

All dies ist für Chorweiler jetzt aber nur der erste Schritt; denn es ist vollkommen klar, dass wir das gesamte Quartier in den Blick nehmen müssen; mein Vorredner hat das angesprochen. Wir müssen eine neue Mischung ermöglichen. Wir müssen uns jetzt gemeinsam auf den Weg machen und die Gewährung von Mitteln aus dem Stadtumbau West bzw. der Städtebauförderung bei Bund und Land erreichen. Die Signale sind gut, dass uns das gelingen kann.

Wir brauchen mehr Grün. Wir müssen über die Mobilität im Stadtteil nachdenken. Wir müssen perspektivisch auch über ein Aufbrechen bestimmter Bestände nachdenken, um das ganze Quartier nach vorn zu bringen. Es macht sicher Sinn, in Planungsworkshops und Architektenwettbewerben darüber nachzudenken, wie das gelingen kann. Die Masterarbeit, die Kölner Studenten vor etwa anderthalb Jahren vorgelegt haben, ist hierfür ein gutes Beispiel. Es muss uns darum gehen, auch andere Investoren aus der Wohnungswirtschaft zu gewinnen, die gemeinsam mit uns dieses Quartier nach vorn bringen und entwickeln.

Chorweiler hat eine Perspektive verdient, nicht nur deshalb, weil 23 Prozent der Einwohner Kinder und Jugendliche sind. 33 Prozent der Haushalte dort sind Familien mit Kindern. Chancengleichheit und Integration werden in vielen Sonntagsreden angesprochen. Wir aber wollen deutlich machen: Die Kinder und die Familien dort brauchen eine Perspektive - in einem lebenswerten Stadtteil, in einem lebenswerten Veedel.

(Beifall bei der SPD und der Linken)

Sie alle kennen die Sozial- und Armutskennziffern insbesondere in diesem Stadtteil; deshalb will ich sie jetzt nicht verlesen. Stattdessen sage ich: Lassen Sie uns jetzt gemeinsam die Chance nutzen, stadtentwicklungspolitisch und sozialpolitisch hier einen großen Schritt nach vorn zu tun und Chorweiler eine neue Perspektive zu ermöglichen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der Linken)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank. - Wir kommen dann zu Herrn Petelkau von der Fraktion der CDU.

**Bernd Petelkau** (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Neue Stadt in Chorweiler symbolisiert genau wie der Kölnberg in Meschenich, die Objekte in Finkenberg oder der Donewald in Dünnwald eine verfehlte Stadtentwicklungspolitik der Vergangenheit. Trabantenstädte der 70er-Jahre statt lebendige Veedel, kalter Beton statt moderner Urbanität, die den Menschen in ihren Mittelpunkt stellt.

(Beifall bei der CDU)

Diese Fehlentwicklung, meine Damen und Herren, gilt es zu korrigieren.

(Beifall bei der CDU)

Diese Erkenntnis, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist aber nicht neu. Ich erinnere daran, dass bereits 2009 der Oberbürgermeisterkandidat Jürgen Roters gefordert hat, dass in Chorweiler endlich etwas passieren muss.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Hört! Hört!)

Jetzt schreiben wir das Jahr 2015. Haben sich in den letzten fünf Jahren die Lebensverhältnisse der Menschen in der Neuen Stadt oder in Meschenich oder in Finkenberg wirklich verbessert?

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Nein!)

Nein, meine Damen und Herren. Die SPD-geführte Verwaltung hat die Menschen in diesen Stadtteilen vergessen.

(Beifall bei der CDU)

Sie hat Chancen vertan und es nicht geschafft, neue Impulse für diese Stadtteile und seine Menschen zu setzen.

(Beifall bei Teilen der CDU - Martin Börschel [SPD]: Das interessiert euch doch gar nicht!)

Jetzt, im Jahre 2015, haben wir wieder Wahlkampf, und wieder kritisiert ein SPD-Oberbürgermeisterkandidat den Zustand in der Neuen Stadt

(Dr. Jürgen Strahl [CDU]: Ist es denn wahr?)

und verspricht genau wie der damalige Kandidat eine rosige Zukunft. Es ist halt Wahlkampfzeit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Doch leere Versprechungen, liebe Freundinnen und Freunde, meine Damen und Herren, die helfen den Menschen nicht. Was wir benötigen, sind klare Pläne, wie wir die Menschen konkret aus ihrer Situation herausholen.

(Jochen Ott [SPD]: Da könnt ihr bald abstimmen! Wir sind schon gespannt!)

Hierfür sind mehrere Bausteine erforderlich. Der wichtigste ist sicherlich die Sanierung der Bausubstanz, angefangen mit der Instandsetzung an Dach und Fach. Aber auch eine Schadstoffsanierung ist erforderlich; das haben sämtliche Aussagen bisher belegt. Diese ist jedoch ebenso wenig geklärt wie die Frage der energetischen Sanierung. Wenn ich mir anschaue, wie viele Menschen dort ihre Wohnkosten aus dem städtischen Haushalt bekommen, stellt sich die Frage, ob wir als Stadt Köln nicht günstiger fahren, wenn wir auch eine energetische Sanierung veranlassen.

Diese Kernsanierung ist nach veröffentlichten Schätzungen nur mit einem dreistelligen Millionenbetrag zu leisten. Wo soll dieses Geld herkommen, meine Damen und Herren: aus dem städtischen Haushalt, der aktuell um ein Rekorddefizit kämpft, aus einem Landesförderprogramm Stadtumbau West, das es nicht gibt, oder woher sonst? Einen Kooperationspartner hat die Verwaltung zumindest in den letzten sechs Jahren nicht gefunden.

Jetzt soll es die GAG allein richten, die auch noch jedes Jahr Hunderte von neuen Wohnungen bauen soll. Kann die GAG das überhaupt schaffen? Wie viele Wohnungen hat die GAG denn in den letzten fünf Jahren gebaut? Wie viele davon waren behindertengerecht? Auch hier ist die SPD-geführte Gesellschaft weit hinter ihren Zielen zurückgeblieben.

(Martin Börschel [SPD]: Ihr hättet sie verkauft!)

- Herr Börschel, Sie wissen genau, dass die CDU-Position heute eine andere ist als vor 14 Jahren

(Martin Börschel [SPD]: Eine Lösung habt ihr trotzdem nicht! Ihr sagt nur: Nein, nein, nein! Das ist alles, was ihr könnt!)

und dass wir hinter der Gesellschaft stehen. Deshalb weise ich Ihren Vorwurf hier klar zurück.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt soll die GAG einen der größten Fehler in der Kölner Stadtentwicklungspolitik korrigieren. Dafür soll sie noch nicht einmal finanziell vernünftig ausgestattet werden. Mit 3 Millionen Euro, so konnten wir in der Zeitung lesen, können allenfalls kosmetische Reparaturen geleistet werden, nicht aber eine Kernsanierung, liebe Freundinnen und Freunde, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ungeklärt ist auch, wie wir erfahren haben, die steuerliche und rechtliche Einordnung eines Betrauungsvertrages. Müssen wir zusätzlich zu den 3 Millionen Euro aus unserem Haushalt auch noch 19 Prozent Umsatzsteuer zahlen? Ungeklärt. Genehmigt die EU den Betrauungsvertrag, oder stuft sie ihn als unerlaubte Beihilfe ein? Auch das ist ungeklärt. Eigentlich ist es ja ein regulärer Dienstleistungsvertrag zwischen der Stadt und der GAG. Herr Stadtdirektor weigert sich permanent, trotz Ratsbeschluss, die beschränkte Ausschreibung wieder einzuführen. Hier aber sollen 3 Millionen Euro ohne Ausschreibung vergeben werden.

(Beifall bei Dr. Jürgen Strahl [CDU])

Wer übernimmt die Verantwortung, wenn die Sache vor Gericht geht oder sie von der EU als unerlaubte Beihilfe angesehen wird:

(Ulrich Breite [FDP]: Wie bei der Messe!)

der Stadtdirektor, das Rechtsamt oder der scheidende Oberbürgermeister? Im Zweifel muss der Bürger wieder zahlen. Dies können und wollen wir als CDU nicht akzeptieren. Deshalb erwarten wir hier keine wahlkampfgetriebenen Schnellschüsse, sondern zunächst Antworten auf die gerade skizzierten rechtlichen und finanziellen Fragen, und zwar schnell und nicht erst im Kommunalwahlkampf 2020.

(Beifall bei der CDU - Martin Börschel [SPD]: Was denn jetzt: kein Schnellschuss oder schnell?)

Eine Sanierung allein reicht aber nicht aus. Wir müssen gleichzeitig die Infrastruktur für die Menschen vor Ort verbessern und die soziale Durchmischung voranbringen. Die Menschen wollen und brauchen ein lebenswertes Umfeld. Wir stehen hier alle in der Verantwortung. Damit dies gelingt, bedarf es der Umsetzung eines ganzheitlichen Konzepts, das bisher leider an der fehlenden Ressourcenzuteilung in der Verwaltung gescheitert ist.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Genau!)

Die Verwaltung bleibt daher auch hier aufgefordert, endlich ihre Hausaufgaben zu machen: schnell und effizient, damit die Menschen nicht unnötig weiter warten müssen.

Wir als CDU-Fraktion werden uns unserer Verantwortung stellen und die Erneuerung von Chorweiler, aber auch anderer Stadtteile mit ähnlichen Problemen positiv begleiten. Voraussetzung ist, dass die Verwaltung ihre Pflichten endlich erfüllt, die offenen Fragen beantwortet und kurzfristig Ressourcen für die Umsetzung eines ganzheitlichen Konzepts bereitstellt. Dies, Herr Roters, muss jetzt endlich Chefsache sein.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Das ist es auch.

**Bernd Petelkau** (CDU): Wir dürfen im Sinne der Menschen nicht so lange warten, bis Ihre Nachfolgerin im Oktober im Amt ist und in der Stadt endlich aufräumt. Jeder Tag zählt. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich gebe Frau Jahn das Wort.

**Kirsten Jahn** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Kollegen! Liebe Kolleginnen! Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Wir alle sollten jetzt nicht so tun, als ob das ein ganz neues Thema wäre: Chorweiler.

(Beifall bei der CDU)

Wir sollten auch nicht so tun, als ob es bisher kein Engagement vonseiten der GAG in Chorweiler gäbe; denn die GAG hat schon immer Bestände in Chorweiler.

Wir sollten auch nicht so tun, als ob wir nicht schon lange, nämlich seit 2005 die Wohnungen unter Zwangsverwaltung gestellt worden sind, nach Lösungen gesucht und gerungen hätten.

(Anna-Maria Henk-Hollstein [CDU]: Zehn Jahre!)

Wir alle wissen, dass Lösungen kompliziert sind und selten auf dem Marktplatz gefunden werden. Lösungen müssen gut vorbereitet werden und rechtlich abgesichert sein. Es muss klare Vorgaben geben, was machbar ist und was nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Leider müssen wir jetzt feststellen, dass das Thema GAG und Chorweiler zu einer Umkehr des wünschenswerten Verhaltens - zuerst beraten und dann damit in die Öffentlichkeit gehen - geführt hat. Der Aufsichts-

ratsvorsitzende gibt leider Pressekonferenzen, bevor der Aufsichtsrat informiert wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU - Zurufe von der CDU: Pfui!)

Der Oberbürgermeister hält Pressekonferenzen ab, bevor sein Souverän, nämlich der Rat, informiert worden ist, dass hier ein neues Modell angedacht ist, ein Modell, dem wir uns nicht verschließen werden. Wir werden es weiterhin sachlich und ehrlich beraten. Nur: Ich wünsche mir auch in der Zeit des Wahlkampfs, dass wir wieder zur Normalität zurückkehren. Das heißt: Zuerst werden die Gremien informiert, und dann werden Pressekonferenzen gegeben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und der FDP)

Wir alle haben uns immer darauf verständigt, dass wir nicht wollen, dass eine neue Heuschrecke Chorweiler kauft; denn sie würde das machen, was auch die letzten gemacht haben: Die Mieten werden eingesaugt, es wird nichts instand gesetzt, der Status quo verschlechtert sich, und den Menschen vor Ort wird nicht geholfen. Finkenberg erlebt es gerade, dort ist der Worst-Case eingetroffen. Wichtige Bestände sind in den Händen von Heuschrecken und ziehen den ganzen Stadtteil herunter.

Jetzt haben wir hier ein neues Modell, und zwar das Modell der Betrauung. Wir kennen das Modell der Betrauung in der Stadt. Wir haben es mit der KVB, wir haben es mit der AWB.

(Martin Börschel [SPD]: Für Herrn Petelkau ist das neu!)

Mit einem Unternehmen der Wohnungswirtschaft haben wir es bisher nicht. Das ist interessant, das ist neu. Damit müssen wir uns ordentlich und seriös auseinandersetzen. Es kann trotz der Risiken, die abgewogen werden müssen, der richtige Schritt in die richtige Richtung sein. Aber es ist nur der erste Schritt; denn es ist erst einmal nur für zehn Jahre angelegt.

Wir werden der GAG Zuschüsse geben müssen; auch das muss abgewogen werden. Es ist gut, dass sich die GAG dort als sozialer Partner sieht. Bei Sozialarbeit, Schuldnerberatung, Mieterberatung, Concierge- und Wachdiensten ist sie gut aufgestellt. Da ist sie ein sozialer Partner im Bereich der Wohnungswirtschaft. Aber dies kann nur der erste Schritt sein.

Was ich im Moment vermisse, ist ein Gesamtkonzept. Wie sieht Chorweiler 2025 aus? Wohin soll sich Chorweiler entwickeln? Was ist unsere Vision von einem Chorweiler in 10, 15, 20 Jahren? Das müssen wir heute anfangen zu diskutieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Wir alle wissen, dass dem sozialen Umbau eines Stadtteils lange Prozesse vorgeschaltet werden müssen. Wir müssen die Auseinandersetzungen führen. Wir müssen diskutieren: Wie können wir dafür sorgen, dass Chorweiler zu einem attraktiven Stadtteil wird? Wir wissen, dass Chorweiler derzeit einer der wenigen Stadtteile mit sinkenden Bewohnerzahlen ist, obwohl es in diesem Stadtteil sehr viel geförderten Wohnungsbau gibt. Die Stadt schickt die Leute dorthin. Es ist ja nicht so, dass die Leute freiwillig nach Chorweiler ziehen. Wir müssen dafür sorgen, dass Chorweiler so attraktiv wird, dass die Leute freiwillig dorthin ziehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Wir wollen, dass endlich eine Mischung in Chorweiler einzieht. Im Moment - die Zahlen liegen auf dem Tisch - sind 80 Prozent der Wohnungen gefördert, 50 Prozent der Einwohner von Chorweiler sind SGB-Leistungsempfänger, 50 Prozent der Kinder in Chorweiler leiden unter Kinderarmut. Was wir wollen, ist eine Mischung, damit dieser Stadtteil aufgewertet wird und sich die verfestigten Sozialstrukturen ändern. Dafür brauchen wir Mittel von Land und Bund. Allein können wir das hier in Köln nicht stemmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Chorweiler hat auch Vorzüge. Chorweiler ist ein über den ÖPNV gut angebundener Stadtteil. Es ist ein grüner Stadtteil. Das Gesamtkonzept, was ich einfordere, muss genau diese Vorzüge hervorheben und sie weiterentwickeln. Auch diese sechsspurigen Straßen und die dortigen Brückenbauwerke müssen irgendwann rückgebaut werden. Wir haben dort ja eine völlig unwirkliche Landschaft.

Chorweiler muss zu einem attraktiven Stadtteil umgebaut werden. Ja, das heißt vielleicht auch, irgendwann Wohnungsleerstand aufzulösen, indem wir Häuser schleifen, also aus den 20-Stöckern niedrigere Häuser machen, und Durchwegungen schaffen. Das alles muss in einem Gesamtkonzept durchdacht werden. Sonst stehen wir - vielleicht sogar ich - in zehn Jahren wieder da und stellen die Frage: Wie geht es weiter in Chorweiler?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Als Nächstes kommt Herr Houben von der FDP.

**Reinhard Houben** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Über die Aktualität der Aktuellen Stunde ist ja eben schon gesprochen worden; das möchte ich nicht wiederholen. Ich freue mich: Der Wahlkampf hat begonnen. Es scheint eine Art von Arbeitsteilung zu geben: Die Linke gibt eine Vorlage, und Herr Ott versucht dann, das Tor zu schießen.

(Beifall bei der FDP und Teilen der CDU - Dr. Ralph Elster [CDU]: Das ist aber nicht gelungen!)

Herr Ott, das Jugendlich-Dynamische habe ich in Ihrem Vortrag eben noch etwas vermisst. Daran müssen Sie noch arbeiten.

(Jochen Ott [SPD]: Das hebe ich mir nur für die FDP auf, Herr Houben!)

- Aber, Herr Ott, das Thema ist zu ernst, um darüber Scherze zu machen.

Herr Weisenstein, Sie haben hier die Vorstellung vorgetragen, dass der durch die Politik betriebene Wohnungsbau zu großen Erfolgen führt. Ich möchte daran erinnern, woher diese Siedlungen kommen. Sowohl Chorweiler als auch Finkenberg - das sogenannte Demonstrativ-Bauvorhaben des Bundes, kurz „Demo-Gebiet“ genannt - waren Ergebnisse der Aktivitäten der Neuen Heimat. Wer ein bisschen historisches Verständnis hat, weiß, was und wer die Neue Heimat war: ein Instrument sozialdemokratisch-gewerkschaftlicher Politik in unserem Lande.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das, meine Damen und Herren, muss ich Ihnen schon in Ihre Bücher hineinschreiben. Wegen extremer Misswirtschaft musste die Neue Heimat abgewickelt werden. Wegen dieser Abwicklung kam es zu den unterschiedlichsten Eigentumsverhältnissen in Chorweiler und in Finkenberg mit den zu Recht kritisierten Zuständen von heute.

Was hat nun der aktuelle Oberbürgermeister vor der letzten Kommunalwahl gesagt? Man sollte mal überlegen, ob man das dort ein bisschen zurückbauen, ausdünnen kann. Ich habe gehört, Frau Moritz - nicht mehr aktiv, aber nicht ganz unwichtig - sieht das auch heute noch so. Frau Jahn, Sie müssen sich nicht unbedingt in Rot-Grün kleiden, um Kritik an der SPD üben zu dürfen; das dürfen Sie auch so.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Sie brauchen auch keinen Kragen zu tragen! Das ist doch nicht nötig!)

- Herr Detjen, das sind die kölschen Farben. Das sollten Sie wissen.

Meine Damen und Herren, die Kritik ist durchaus berechtigt. Die GAG selbst - sie arbeitet zum Glück inzwischen wieder marktwirtschaftlich; es entspricht auch ihrem Selbstverständnis, dass sie marktwirtschaftlich arbeiten muss - kann die Zwangsversteigerungen mit ihren Mitteln in dem gegebenen Rahmen im Moment gar nicht durch-

führen. Da hilft nur die Konstruktion der sogenannten Betrauung.

Diese Konstruktion kennen wir hier im Rat. Wir haben schon die unterschiedlichsten Gutachten der Verwaltung bekommen, dass etwas nach EU-Recht vollkommen in Ordnung ist, und hinterher - wir als FDP sind selbst auch darauf hereingefallen - haben wir dann die Probleme wie zum Beispiel bei der Messe wieder einfangen müssen. Meine Damen und Herren, bevor die GAG überhaupt irgendetwas in dieser Sache unter der Voraussetzung der Betrauung tun sollte, muss diese Frage - da stimme ich Ihnen vollkommen zu, Frau Jahn - wirklich sicher geklärt werden. Vorher kann man die GAG als Unternehmen nicht losschicken. Das wird uns sonst die größten Probleme bringen.

Ein bisschen, lieber Herr Ott, fühle ich mich auch an einer zweiten Stelle an historische Ereignisse im Rat erinnert. Es war Klaus Heugel, der die damalige Stadtsparkasse Köln als städtisches Unternehmen für seine Politik, gerade für seine Infrastrukturpolitik, genutzt hat -

> (Martin Börschel [SPD]: Überlegen Sie einmal, in wessen Zeit die größten Fehlinvestitionen fielen! Wer im Glashaus sitzt, sollte vorsichtig sein!)

mit den bekannten Problemen, mit denen wir uns auseinandersetzen mussten, und mit den Folgen, die wir heute noch abarbeiten müssen. Ich nenne hier nur das Stichwort „BioCampus Cologne“. Deswegen sage ich Ihnen: Seien Sie vorsichtig und nutzen Sie nicht kölsche Gesellschaften für Ihre Parteipolitik, vor allen Dingen nicht im Vorgriff auf die kommende OB-Wahl. - Vielen Dank.

> (Beifall bei der FDP und der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Beckamp von der AfD.

**Roger Beckamp** (AfD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Houben hat es schon in ganz zarten Tönen anklingen lassen, so zurückhaltend wie er ist. Es geht um aktive Wohnungspolitik der Stadt Köln. Für diesen Denkanstoß der Linken sollten wir zunächst einmal dankbar sein. Vielen Dank an dieser Stelle.

Genauso dankbar wie für das Thema generell sollten wir auch für Begriffe wie „Heuschrecke“, „kurzfristige Gewinnmaximierung“ und nicht zuletzt „innovatives Vorgehen“ sein; denn das sind die Kernbegriffe, um die es heute geht, über die wir sprechen, über die Sie eben gesprochen haben. Diese Begriffe offenbaren auch, welcher Geist dahintersteckt, von dem Sie gesprochen haben: der Geist der Sozialingenieure mit fremdem Geld in der Hand in bester Tradition der 70er-Jahre. Das ist ein finanzieller Aspekt.

Zugleich halten diese Leute, die dieses Thema heute aufgebracht haben, die endlosen Hochhausreihen - es ist immerhin das größte Plattenbaugebiet Nordrhein-Westfalens; ich weiß, wovon ich rede; ich habe ein Jahr in Halle-Neustadt gelebt; das ist noch größer - mutmaßlich für soziale und bauliche Errungenschaften. Aber hier weht der Geist des Brutalismus, Brutalismus im Sinne eines Architekturstils; Sie wissen, wovon ich rede. Herr Houben sprach es eben schon an: Die Neue Heimat lässt grüßen und wird wohl in dem Sinne fortgeführt werden.

Soweit ich der Presse entnehmen konnte, ist überhaupt noch nicht klar, was der ganze Spaß kosten wird. Bisher sollen, so die Presse, 30 Millionen Euro in zehn Jahren für irgendwelche Begleitmaßnahmen ausgegeben werden. Dazu, was der Erwerb an sich kostet, haben Sie, Herr Roters, etwas gesagt, aber das habe ich, mit Verlaub, nicht verstanden. Zumindest wurden Sie in der Presse mit den Worten zitiert: „Die Abfindungen“ - der Gläubiger seitens der GAG - „lägen allerdings deutlich unter dem, was im Grundbuch als Grundschuld eingetragen sei.“ Was heißt denn „Grundschulden, die im Grundbuch eingetragen sind“? Das können Millionen sein, und zwar über Jahrzehnte. Das ist allerdings völlig uninteressant. Wichtiger ist: Wie hoch valutieren diese Beträge

noch? Welche Darlehen stehen dahinter? Das ist der Punkt.

(Beifall bei der CDU)

Mit Verlaub und aller gebotenen Zurückhaltung, entweder ist Ihr Satz einfach unklar, oder das ist eine gezielte Nebelkerze. Es ist auf jeden Fall speziell. Vielleicht können Sie noch einmal erläutern, was damit gemeint war und welche Beträge dahinterstecken.

Ein Fehler früherer Stadtentwicklungspolitiker - da sind wir uns ja alle einig, außer vielleicht die Linke -, nämlich Brutalismus in Gebäuden, soll korrigiert werden durch einen anderen, einen finanziellen Fehler. Das wird nicht funktionieren. Das wird einfach nur teuer. Das steht auch insofern in bester Tradition, als es mit Blick auf den Haushalt der Stadt Köln ein Blindflug ist.

Jetzt aber noch dazu, warum es gut war, dass Sie das Thema angestoßen haben. Es ist wirklich sinnvoll, dass wir darüber sprechen. Es lohnt sich nämlich, auszuloten, ob es nicht eine Chance für eine hochverschuldete Stadt wie Köln wäre, nicht über den Kauf, sondern über den Verkauf - Frau Klug, sind Sie da?; nein - von öffentlichen Wohnungsbeständen nachzudenken. Das wäre eine große Chance, gerade auch mit Blick auf die Schuldenbremse; denn der finanzielle Druck auf Köln wird immer stärker.

Zurück zu den Heuschrecken. Ich weiß nicht genau, welche Vorstellungen Sie von Investoren haben. Jedenfalls gibt es aktuell zahlreiche langfristig orientierte Investoren, die Geld verdienen wollen. Das ist ihr gutes Recht. Das sollen sie auch. Dafür müssen sie aber etwas tun, und das tun sie auch. Es gibt wunderbare Beispiele dafür. Schauen Sie nach Dresden!

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Schauen Sie doch einmal nach Finkenberg!)

Dresden hat es vorgemacht. Dresden hat eine Vorreiterrolle; wunderbar. Dresden hat es insgesamt richtig gemacht. Die Stadt hat die Belegungsrechte beibehalten und hat sich überwiegend entschuldet. Das eröffnet ganz neue Spielräume. Auch diese Chance wird hier vertan.

Insofern, Herr Houben: Bei Ihren zarten Tönen klingt das Liberale gar nicht richtig durch. Das ist nur ein ganz zartes Beharken, aber den Kern des Ganzen haben Sie außen vor gelassen. Das wäre ein großer Wurf gewesen.

Noch einmal zurück zur letzten Ratssitzung. Um zu garantieren, dass jeder eine Wohnung findet, hatten wir alle gemeinsam hier im Rat es ganz toll gefunden, dass das Wohngeld erhöht wird. Tolle Geschichte! Genau das passiert jetzt auch. Es sollte noch weiter erhöht werden. Daran müsste man arbeiten. Das wäre sinnvoll, auch für Chorweiler. Danke noch mal an die Linksfraktion. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Ist die Stunde schon vorbei?)

- Ja, die Aktuelle Stunde ist dann vorbei. Aber Sie können gern noch eine Frage stellen oder eine Anmerkung machen, ohne dass wir jetzt eine zweite Runde aufmachen.

**Jörg Detjen** (Die Linke.): Ich möchte auf Folgendes hinweisen - wir haben ja auch Kollegen vom Landtag hier -: Der größte Bremser in der Diskussion über die Entwicklung von Chorweiler war die NRW.Bank. Den Landtagskollegen, die hier sind, sollten wir sagen: Wir Kölnerinnen und Kölner verfolgen das gemeinsame Interesse, dass die GAG diese 1 200 Wohnungen kauft unter Bedingungen, die akzeptabel sind.

(Beifall bei der Linken - Bernd Petelkau [CDU]: Wir sanieren nur die NRW.Bank!)

Daran sollten wir Kölnerinnen und Kölner ein Interesse haben. Das ist doch die Frage, Herr Petelkau. Dazu haben die CDU und auch die FDP im Landtag null gemacht. Sie

haben sich überhaupt nicht dafür interessiert, dass wir Kölnerinnen und Kölner diese Wohnungen zu einem anständigen Preis kaufen können. Das ist doch der entscheidende Skandal.

(Beifall bei der Linken und der SPD)

Ich kann mich sehr gut daran erinnern, dass wir sehr intensive Diskussionen hatten mit Herrn Schleicher, der sehr oft in Düsseldorf war und dort versucht hat, einen Kaufpreis auszuhandeln, der einigermaßen respektabel ist. Das ist auch weiterhin ein Problem. Daran müssen wir gemeinsam arbeiten, liebe Kolleginnen und Kollegen, statt uns in dieser Frage über solche dummen Sachen auseinanderzudividieren. Das muss unsere Aufgabe sein.

(Zuruf von Niklas Kienitz [CDU])

- Doch, das trägt dazu bei, weil man die CDU-Kollegen auch mal zur Strecke bringen muss, damit sie vernünftig denken. Deswegen sage ich das in aller Deutlichkeit hier.

(Beifall bei der Linken und der SPD)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Detjen, wir wollten keine zweite Runde aufmachen.

**Jörg Detjen** (Die Linke.): Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch einmal darauf hinweisen

(Niklas Kienitz [CDU]: Das ist doch peinlich!)

- warum regen Sie sich denn so auf? -: Wir sind seit langem an dem Thema dran und haben sehr intensive Diskussionen mit Fachleuten darüber gehabt. Deswegen ist völlig klar: Wenn man Chorweiler entwickeln will, muss man klar wissen: Wer ist dort der Player? Und dann kann man über Stadtentwicklung diskutieren. Man darf es nicht umgekehrt aufziehen; das ist einfach so. Die Sahle Bau als Investor hat bewiesen, wie man dort gute Arbeit machen kann. Die machen gute Arbeit.

(Beifall bei der Linken)

Die Wohnungen sind in einem guten Zustand. Deswegen die Idee, dass die Stadt Köln eine Betrauung macht.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Detjen, kommen Sie zum Ende.

(Bernd Petelkau [CDU]: Keine zweite Runde! - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das läuft ja hier völlig aus dem Ruder!)

**Jörg Detjen** (Die Linke.): Das vielleicht noch von meiner Seite. Die GAG kauft die Wohnungen.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Detjen, ich habe gesagt: Wir machen keine zweite Runde. Darauf haben Sie sich eingelassen. Jetzt sollten Sie zum Ende kommen.

**Jörg Detjen** (Die Linke.): Okay. Noch ein Satz bzw. ein Hinweis. - Es gibt keinen Zuschuss für die GAG, sondern die GAG kauft die Wohnungen, und es gibt einen Betrauungsvertrag. Das ist ganz strikt getrennt, und das ist auch richtig so. Ich glaube, mit der Sahle Bau haben wir ein gutes Vorbild, wie man es richtig machen kann. Deswegen werden wir gerne gemeinsam mit Ihnen darum kämpfen, dass die NRW.Bank ihre Forderungen etwas zurücknimmt, weil sie erkennt: Hey, da muss was Soziales getan werden. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken und der SPD)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Jetzt noch Herr Breite mit einer Anmerkung - ebenfalls vom Platz aus!

**Ulrich Breite** (FDP): Sie können sicher sein, Herr Oberbürgermeister: Es ist nur eine Anmerkung. - Auch wenn in den Träumen der Linkssozialisten immer die bürgerlichen Parteien schuld sind: Bei der NRW.Bank stehen

nicht wir in Verantwortung, sondern das sind andere, auch wenn Ihnen das nicht passt.

(Martin Börschel [SPD]: Das wissen Sie aber besser, Herr Breite!)

Das ist nämlich die rot-grüne Landesregierung. Darum möchte ich hier strikt zurückweisen, dass Sie uns eine Verantwortung für die NRW.Bank zuweisen. Wir sind gerne bereit, bei den Verhandlungen mitzuhelfen. Aber für die NRW.Bank sind andere verantwortlich, darunter übrigens jemand, der hier einmal Dezernent war.

(Jochen Ott [SPD]: Wer hat denn Dietmar Binkowska geholt?)

Dem Aufsichtsratsvorsitzenden der GAG werde ich hier nicht öffentlich antworten.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir kommen jetzt zum Ende dieser Aktuellen Stunde. Es sind eine ganze Reihe von Fragen gestellt worden. Wir werden aller Voraussicht nach für die Sitzung im Mai eine entsprechende Beschlussvorlage vonseiten der Verwaltung vorlegen, in der zu all den Fragen, die heute hier aufgeworfen sind, zu Ihrer Zufriedenheit Stellung genommen wird. Deswegen schlage ich vor, dass wir die Angelegenheit an die Verwaltung überweisen mit der Maßgabe, dann auch einen entsprechenden Beschlussvorschlag unter Berücksichtigung all der Anregungen oder kritischen Bemerkungen vorzulegen. Sind Sie damit einverstanden? - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann wird das so geschehen. Die Aktuelle Stunde ist damit beendet.

Wir fahren in der Tagesordnung fort. Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1 auf:

**2.1 Annahme einer Schenkung für das Museum für Angewandte Kunst hier: Schenkungsangebot von Herrn Peter Pütz 0350/2015**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das so beschlossen. Ich bedanke mich ganz herzlich bei dem Schenker.

(Beifall)

Es gibt noch eine weitere Schenkung, ebenfalls für das Museum für Angewandte Kunst.

**2.2 Annahme eines Vermächtnisses von Frau Prof. Dr. Brigitte Klesse 0352/2015**

Gibt es dazu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das so angenommen. Unser Dank gilt Frau Professor Dr. Klesse für diese großzügige Schenkung und das Vermächtnis.

(Beifall)

Wir kommen zu den weiteren Tagesordnungspunkten unter Punkt 3:

**3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen**

Wir haben eben so beschlossen, dass der Antrag der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten und der Gruppe Deine Freunde betreffend „Errichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung des Landes NRW und soziale Mindeststandards für Köln“ unter 3.1.1 gemeinsam mit der Anfrage der SPD zum Tagesordnungspunkt 4.5 zusammengelegt werden sollen unter Berücksichtigung der Tatsache, dass dann jeweils zwei Nachfragen gestellt werden können. Des Weiteren gibt es einen Änderungsantrag gemäß § 13 der Geschäftsordnung zum Tagesordnungspunkt 3.1.1 von der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**3.1.1 Antrag der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten und der Gruppe Deine Freunde betreffend „Errichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung des Landes NRW und soziale Mindeststandards für Köln“ AN/0448/2015**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN 0492/2015**

**4.5 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Erwerb des ehemaligen Praktiker-Baumarkt Friedrich-Naumann-Straße**

**2 in Köln Porz/Eil im Rahmen einer Zwangsversteigerung und Unterbringung von Flüchtlingen“ AN/0472/2015**

**Antwort der Verwaltung vom 24.03.2015 0868/2015**

Ich bitte um Wortmeldungen. Es beginnt Herr Detjen.

**Jörg Detjen** (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das NRW-Innenministerium hat ein Eckpunktepapier vorgelegt, das einen Paradigmenwechsel in der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen vorschlägt. Die Landesregierung will sich - ich zitiere -:

> nicht mehr darauf beschränken ... für ein Dach über dem Kopf zu sorgen. Wir wollen bei der Aufnahme und Unterbringung und Versorgung dem Individualrecht auf Asyl Rechnung tragen.

Und weiter:

> Wir wollen ein umfassend definiertes und kontrolliertes Qualitätsniveau für alle Fälle der Unterbringung erreichen.

Das Land führt hierüber intensive Gespräche mit den NRW-Flüchtlingsinitiativen.

Einen solchen Paradigmenwechsel kann ich in Köln nicht erkennen. Verwaltung und Politik springen von einer Notlage in die nächste. Sie lassen sich von den Ereignissen treiben, statt Ziele zu setzen. Die Situation wird noch komplexer in Anbetracht dessen, dass jeden Monat 300 Geflüchtete nach Köln kommen werden. Im nächsten Jahr werden zwar einige geplante Wohneinheiten fertig. Wir müssen aber davon ausgehen, dass wir im nächsten Jahr noch 3 000 Plätze schaffen müssen. Das ist für die Verwaltung eine Herkulesaufgabe.

Ich sehe kein Konzept und keine Ziele und das macht uns große Sorge. Und ich möchte nicht darüber diskutieren, was besser ist: eine Turnhalle oder ein Baumarkt. Ich möchte darüber sprechen: Wie können wir in dieser Notlage die individuellen Rechte der Menschen schützen? Wir brauchen soziale Mindeststandards auch in Notlagen.

> (Beifall bei der Linken, Deine Freunde und den Piraten)

Ich habe in den letzten Wochen mit sehr vielen Menschen über unseren gemeinsamen Antrag von den Linken, Piraten und Deine Freunde gesprochen. Unser Anliegen hat von vielen Seiten Unterstützung bekommen. Frau Marlis Herterich, die viele von Ihnen kennen - sie ist Vorsitzende des Kölner Kinderschutzbundes - schrieb mir - ich zitiere -:

> Ich halte es vor allem im Interesse der häufig traumatisierten Kinder aus Kriegsgebieten für dringend geboten, für Familien sobald als eben möglich Unterbringungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen, die familiäre Strukturen möglich machen.

Sie nennt die selbstständige Versorgung und das Kochen als elementare Standards.

Wir brauchen soziale Standards für viele unterschiedliche Lebenssituationen: im Bereich der sozialen Betreuung und Versorgung, des Kindeswohls, der Sicherheit der Flüchtlinge, der Freizügigkeit und auch für ein Beschwerdemanagement, um hier nur die wichtigsten zu nennen. Wir brauchen solche Mindeststandards, um die jetzige Abwärtsspirale bei der Flüchtlingsunterbringung aufzuhalten.

> (Beifall bei der Linken, Deine Freunde und den Piraten)

Von diesen Mindeststandards aus können wir daran arbeiten, eines Tages auch unsere Leitlinien zur Unterbringung der Flüchtlinge wieder vollumfänglich zur Geltung zu bringen.

> (Beifall bei der Linken, Deine Freunde und den Piraten)

Politik und Verwaltung müssen solche Standards zusammen mit dem Runden Tisch für Flüchtlingsfragen erarbeiten. Wir brauchen

einen solchen Prozess, damit wir auch die vielen Aktivitäten der Willkommensinitiativen und der sozialen Akteure einbeziehen können. Wir brauchen ein gemeinsames Ziel: Geflüchtete zivil, sozial und menschlich zu versorgen.

(Beifall bei der Linken, Deine Freunde und den Piraten)

Dazu kann und sollte jede und jeder einen Beitrag in Köln leisten.

Sehr geehrte Frau Reker, verstehen Sie unseren Antrag bitte nicht als Angriff, sondern als Kritik verbunden mit dem Angebot, gemeinsam die Situation der Flüchtlinge zu verbessern.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grüne, endlich greifen Sie die Anregungen Ihrer Landesregierung in Ihrem Änderungsantrag auf. Es hat lange gedauert. Wir werden Ihrem Änderungsantrag zustimmen, weil in Ihrem Änderungsantrag der Kern unseres Antrags, nämlich Mindeststandards zu erarbeiten, enthalten ist. Wir wollen, dass dieser Änderungsantrag mit breiter Mehrheit beschlossen wird, damit die Verwaltung gemeinsam mit dem Runden Tisch und dem Sozialausschuss an die Arbeit geht.

(Beifall bei der Linken, Deine Freunde und den Piraten)

Wir haben schon mitbekommen, dass unser Vorschlag zur Errichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung nicht populär ist. Wie auch: Sie sind ja bereits im Wahlkampf. Das Land NRW und die Bezirksregierung wollen eine solche Einrichtung - übrigens mit sozialen Mindeststandards. Eine Notaufnahme mit über 100 Personen hat das Land in Köln bereits geschaffen, ohne uns überhaupt zu fragen.

(Ursula Gärtner [CDU]: Eben!)

Linke, Piraten und Freunde sehen die Lage so: Besser wir verhandeln jetzt mit dem Land und finden gemeinsam einen Weg, wie man diese Probleme lösen kann - Frau Gärtner -, als dass wir vom Land vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Letzteres befürchte ich.

Deswegen wollen wir in den nächsten Wochen gemeinsam mit Ihnen das Thema Erstaufnahme weiter diskutieren. Dieses Thema ist ja im Änderungsantrag ausgeklammert; das ist auch okay. Das ist ein kompliziertes Thema; daran sollten wir arbeiten. Ich freue mich, dass wir jetzt zumindest an einem Punkt, nämlich den Mindeststandards, weitergekommen sind. Wir sollten diese Fragen aber weiter diskutieren, um gemeinsam Lösungswege zu finden. Ich glaube, das werden wir schaffen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der Linken, Deine Freunde und den Piraten)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke, Herr Detjen. - Wir kommen zu Frau Gerlach von den Piraten.

**Lisa Hanna Gerlach** (Piraten): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Seit 2011 herrscht ein erbitterter Krieg in Syrien und der gesamten Region. Mehr als 9 Millionen Syrer sind auf der Flucht. 3,2 Millionen ist es gelungen, in die Nachbarstaaten zu gelangen. Sie leben nun in Flüchtlingslagern in der Türkei, im Libanon und in Jordanien. Der kleine Libanon gewährt 1,1 Million Menschen Schutz; das entspricht 25 Prozent seiner Gesamtbevölkerung.

Auch in anderen Regionen rund um Europa müssen die Menschen zurzeit um ihr Leben bangen. Die angeblich so sicheren Herkunftsstaaten im Westbalkan verfolgen und diskriminieren ihre Minderheiten so stark, dass das Oberverwaltungsgericht Münster bezweifelt, ob eine ernsthafte Prüfung der Sicherheit in diesen Ländern überhaupt stattgefunden hat.

In Köln gewähren wir derzeit circa 5 000 Flüchtlingen Schutz; das macht 0,5 Prozent der Einwohnerzahl aus. Wir müssen daher heute endlich über Verantwortung reden, Verantwortung für schutzsuchende Geflüchtete, die wir in Köln seit 2012 in Containerdörfern, Baumärkten, Turnhallen, Hotels und weiteren Behelfsunterkünften unterbringen.

Sie werden gleich über die Verantwortung des Landes NRW reden und darüber, dass die Zuweisungsquote zugunsten von Köln geändert werden muss. Die Landesregierung redet seit Monaten von der Verantwortung des Bundes. Und der Bund redet über Europa. Was passiert, wenn Verantwortung hin und her geschoben wird? Genau, sie wird nicht mehr wahrgenommen.

Meine Damen und Herren, wir müssen nicht nur über Verantwortung reden, sondern auch danach handeln, und das passiert in Köln leider gerade nicht.

(Beifall bei den Piraten und der Linken)

Die Vorfälle in Burbach, Bad Berleburg und Essen haben den Verantwortlichen im Land schmerzhaft vor Augen geführt, dass es ohne Standards und Kontrolle nicht geht. Die Vorfälle mit dem Wachpersonal in Köln zeigen, dass sich jetzt etwas ändern muss.

Deshalb wollen wir Piraten mit dem Vorschlag für einen Heim-TÜV nach sächsischem Vorbild in Köln gleich drei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Der Heim-TÜV definiert in einem einfachen Ampelsystem, welche Standards gebraucht werden, zeigt auf, wo diese nicht erfüllt werden, und überprüft schließlich ihre Einhaltung. Er zeigt aber auch auf, wo es gute und nachahmenswerte Beispiele gibt. Der Heim-TÜV ist ein geordnetes Verfahren, das im Internet öffentlich und damit für jeden Bürger überprüfbar ist. Das schafft Vertrauen. In regelmäßigen Berichten werden die Fortschritte publik gemacht. Es gibt dann kein Verstecken mehr hinter Begriffen und wohlklingenden Namen, sondern klare Prüfkriterien in Form von Standards, die einzuhalten sind. Dieses Verfahren ist unser Vorschlag, und darüber sollten Politik und Verwaltung mit dem Runden Tisch für Flüchtlingsfragen sprechen.

(Beifall bei den Piraten und der Linken)

Meine Damen und Herren, die seit Herbst 2014 definierten Standards in den Landesaufnahmen sind wichtig. Standards für die Unterbringung in den Kommunen sind aber noch wichtiger; denn hier leben die Menschen auf Dauer. Es ist bewiesen, dass die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften krank macht. Vor allem die Kinder leiden darunter. Die Folgekosten für die Gesellschaft sind immens. In der kommunalen 700-Leute-Einrichtung in der Kölner Herkulesstraße verbringen die Leute im Durchschnitt zwei Jahre. Vorletzte Woche hörte ich, dass Familien auf dem Gang leben müssen, weil es keinen Platz gibt. Das muss ein Ende haben.

(Kirsten Jahn {Bündnis 90/Die Grünen]: Das stimmt doch gar nicht!)

Wir fordern die Unterbringung in normalen Wohnungen oder Wohngemeinschaften statt in Massenunterkünften, die zu sozialen Brennpunkten werden. Die Perspektive und die Bedürfnisse der Flüchtlinge müssen in den Vordergrund der Kölner Flüchtlingsaufnahme rücken.

Meine Damen und Herren, am Donnerstag wird der Innenausschuss des Landes NRW über Standards für die kommunalen Flüchtlingsunterkünfte sprechen. Früher war Köln immer ein positives Beispiel, auf das mit Stolz verwiesen wurde. Bitte setzen Sie heute ein Zeichen, dass es wieder so wird!

(Beifall bei den Piraten)

Es war seit 2009 absehbar, dass die Flüchtlingszahlen steigen werden. Wir Piraten verstehen dennoch, dass es nun Schwierigkeiten gibt. Unser gemeinsamer Antrag bietet vernünftige Lösungen, die die Situation im Interesse aller Beteiligten und Akteure verbessern werden. Eine Erstaufnahmeeinrichtung des Landes in Köln ist vorteilhaft und wird die Stadt sogar entlasten. So können Kapazitäten in eine menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen fließen. Ja, wir brauchen auch mehr Geld. Wir erhalten ein wenig mehr Geld für die Versorgung der Geflüchteten. Das muss auch bei denen ankommen, für die es gedacht ist.

Zum Schluss möchte ich mich an dieser Stelle bei allen Mitarbeitern und Ehrenamtlern, die sich derzeit um die Nöte der Flüchtlinge kümmern, sehr herzlich bedanken.

(Beifall bei den Piraten, der SPD und der Linken)

Liebe Stadt Köln, es gibt weitere Wege, wie Sie Ihr Potenzial hier helfend einsetzen können. Bitte bewerben Sie zum Beispiel www.fluechtlinge-willkommen.de, schenken Sie zum Beispiel Fundräder der Initiative Fahrradgang, und - ganz wichtig! - unterstützen Sie die Petition des Flüchtlingsrates NRW für Mindeststandards. Diese finden Sie auf change.org.

Meine Damen und Herren, es ist wichtig, dass es besser wird. Wir Piraten werden daher auch dem Änderungsantrag zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei den Piraten und der Linken)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Frau Gerlach. - Wir kommen zu Herrn Paetzold von der Fraktion der SPD.

**Michael Paetzold** (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Kolleginnen und Kollegen! Frau Gerlach, Herr Detjen, ich komme zurück auf Ihren Antrag.

Punkt 1 Ihres Antrags - Vorbereitung der Errichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Nordrhein-Westfalen für Flüchtlinge - können und wollen wir nicht zustimmen. Zwar hat die Verwaltung in ihrer Mitteilung vom 11.03.2014 ausgeführt - ich zitiere -:

> Nach Einschätzung der Verwaltung wäre die Übernahme einer Erstaufnahmeeinrichtung vor allem im Hinblick auf die Refinanzierung der Flüchtlingsunterbringung für die Kommunen interessant.

Trotzdem glauben wir, dass eine solche Einrichtung nicht gut für Köln wäre, und das liegt an der geforderten Größe. Das Land sucht Objekte mit einer Kapazität für mindestens 500 Personen. Das teilte uns die Verwaltung nach Gesprächen mit dem Land in der oben genannten Mitteilung mit, und das schlägt auch die Projektgruppe „Unterbringung von Asylbewerbern in nordrhein-westfälischen Aufnahmeeinrichtungen“ vor, auf die Sie sich in Ihrem Antrag mehrfach beziehen. Eine solche Großeinrichtung wünschen wir uns für unsere Stadt nicht. Sie tut weder den Flüchtlingen noch den Bürgern und erst recht nicht der Integration gut.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es ist schlimm genug, dass wir eine solche Großeinrichtung in der Herkulesstraße betreiben müssen, weil die Not uns dazu zwingt.

Nun schlagen Sie in Ihrem Antrag ganz klug vor, die Erstaufnahmeeinrichtung dezentral an mehreren Standorten zu realisieren.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: In Wohngemeinschaften!)

Unabhängig davon, dass mir die Fantasie fehlt, wo wir die sechs bis sieben Standorte realisieren sollen, wird das nicht funktionieren; denn - das können Sie nachlesen - das Land besteht nach Mitteilung der Verwaltung auf Unterkünfte für mindestens 500 Personen an einem Ort, damit es den gesetzlichen Vorschriften Genüge tun und an jedem Standort einer EAE eine Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge einrichten kann. Auch die von Ihnen zitierte Projektgruppe hält das für notwendig. Die Logistik und Infrastruktur, die eine solche Außenstelle erfordert, ist sicher zu umfangreich, als dass sie an jedem der sechs bis sieben Standorte, die Sie vorschlagen, eingerichtet werden kann. So soll - nur als Beispiel - nach dem Willen der Projektgruppe an jedem Standort ein Röntgengerät vorgehalten und betrieben werden. - Dezentrale Standorte sind also sicher nicht durchsetzbar.

Selbst wenn wir eine Großeinrichtung für mindestens 500 Menschen in unserer Stadt wollten: Die Verwaltung hat bereits in der oben genannten Mitteilung erklärt - Zitat -:

> Derzeit ist der Verwaltung kein geeignetes Objekt bekannt, das verfügbar ist und die entsprechenden Kriterien erfüllt.

Und - lassen Sie mich das auch noch sagen -: Entgegen den Aussagen in der gestrigen Presseberichterstattung zur Erstaufnahme in Köln hilft uns die Zahl der aufzunehmenden Flüchtlinge in ebendieser Einrichtung nicht. Denn den letzten Informationen der Verwaltung zufolge hinken wir in Köln mit der Aufnahme von Flüchtlingen immer noch unserer Quote hinterher, ungefähr in der Größenordnung, die eine solche Erstaufnahmeeinrichtung hat. Das heißt, wir würden keinen einzigen Flüchtling weniger aufnehmen müssen, sondern wir würden mit einem Schlag unser Soll erfüllen. Bezüglich der nicht erlaubt eingereisten Flüchtlinge, die uns ja immer noch nicht auf die Quote angerechnet werden, hilft uns das auch nicht weiter.

Ihren Vorschlag unter Punkt 2, liebe Kolleginnen und Kollegen, halten wir dagegen für sehr bedenkenswert. Solange wir die von uns mehrfach bekräftigten „Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in Köln“ aus der Not heraus nicht einhalten können, ist es richtig und wichtig, Mindeststandards für die menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen zu formulieren, die wir niemals, auch nicht in der größten Not, unterschreiten dürfen.

(Beifall bei der SPD, der Linken und Deine Freunde)

Anders als Sie möchten wir dabei aber nicht die von Ihnen angeführten Vorschläge der nun schon mehrfach zitierten NRW-Projektgruppe zur Grundlage machen, da diese sich eben auf Erstaufnahmeeinrichtungen beziehen, also auf Großeinrichtungen, die wir in Köln gerade nicht wollen. Wir bitten stattdessen die Verwaltung, ein spezifisches Kölner Konzept zu Mindeststandards für die Unterbringung von Flüchtlingen zu entwickeln, selbstverständlich - liebe Antragsteller, da sind wir wieder bei Ihnen - unter Beteiligung des Runden Tischs für Flüchtlingsfragen.

Da wir uns jetzt in der Situation befinden, unsere eigentlichen Richtlinien nicht einhalten zu können, brauchen wir diese Mindeststandards so schnell wie möglich. Deshalb bitten wir die Verwaltung, das Kölner Konzept zu Mindeststandards bis spätestens zur ersten Ausschusssitzung nach der Sommerpause des Ausschusses Soziales und Senioren vorzulegen, gerne aber auch früher.

Wie gesagt, das zu entwickelnde Konzept zu Mindeststandards ist der akuten Not geschuldet. Unsere Leitlinien sind damit keinesfalls außer Kraft gesetzt. Ganz im Gegenteil: Die Verwaltung muss - sicher unterstützt von der Politik - alle Anstrengungen unternehmen, um möglichst zügig wieder zu diesen Leitlinien zurückzukehren. Von daher übernehmen wir gerne Punkt 3 Ihres Antrags, in dem wir noch einmal unseren Beschluss vom 16.12.2014 bekräftigen, der ganz genau dies fordert.

Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie um Unterstützung unseres Änderungsantrags und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke, Herr Paetzold. - Wir kommen zu Frau Gärtner von der CDU.

**Ursula Gärtner** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Seit geraumer Zeit beschäftigen wir uns in jeder Ratssitzung mit Themen, die die Flüchtlingsunterbringung und -betreuung betreffen. Es ist gut, dass wir uns mit diesen Themen befassen; aber nur das Aufwerfen von Aspekten, die uns voranbringen, macht Sinn.

(Beifall bei der CDU)

Ein Aufwärmen längst abgehakter Einzelthemen, nur um den Anschein zu erwecken, man würde sich kümmern, ist nicht nur purer Aktionismus, sondern kontraproduktiv.

(Beifall bei Birgit Gordes [CDU])

Mitte Dezember hat der Rat einen großen Konsens aller demokratischen Fraktionen und Einzelmandatsträger über grundlegende Fragen der Kölner Flüchtlingspolitik mit einem umfassenden Beschluss erzielt. Daraus dürfen wir nicht ausbrechen.

(Beifall bei der CDU)

Nun zu den beiden Themen des Antrags der Linken und der weiteren Antragsteller. Das erste Thema: Erstaufnahmeeinrichtung. Ja, es gibt finanzielle Vorteile in Bezug auf Unterbringung, Versorgung und Betreuung. Aber Erwerb und Umbau sind immer noch von der Stadt zu tragen. Die Plätze werden zwar auf die Quoten der unterzubringenden Flüchtlinge angerechnet; aber bei einer Untererfüllung der Quote erfolgen dennoch weitere Zuweisungen. Die unerlaubt Eingereisten bleiben bei diesen Berechnungen nach wie vor außen vor und müssen wie vorher auch zusätzlich untergebracht werden. Also, was bringt das?

(Dr. Ralph Elster [CDU]: So ist es! - Dr. Helge Schlieben [CDU]: So ist es!)

Würde man sich dennoch für diesen Weg entscheiden, benötigt man einen geeigneten Standort. Einen solchen gibt es in Köln aber nicht; denn es muss ein Großstandort mit 500 bis 700 Plätzen sein. Die Schaffung einer Erstaufnahmeeinrichtung in der Boltensternstraße käme der Zementierung dieses Großstandortes gleich, und für die derzeit dort untergebrachten Menschen müssten Alternativlösungen gesucht werden. Zwei weitere geprüfte Standorte kommen wegen der Kollision mit anderen Planungen und auch wegen der Kosten nicht in Betracht.

Fazit: Die Forderung nach einer Erstaufnahmeeinrichtung für Köln ist zum einen praktisch nicht realisierbar; sie ist zum anderen aber auch nicht erstrebenswert. Denn wir möchten neben den aus der Not geborenen Großstandorten nicht noch einen weiteren Großstandort zusätzlich.

(Beifall bei der CDU)

Nun komme ich zum Thema der Standards. Wir wollen nicht von den vom Rat Mitte 2004 beschlossenen und von uns hier im Dezember letzten Jahres selbst bekräftigten „Leitlinien für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen“ abrücken.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie wurden in einem breiten gesellschaftlichen Konsens erarbeitet. Herr Detjen, einen Paradigmenwechsel mag es vielleicht auf Landesebene geben;

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Nicht hier in Köln, genau!)

aber in Köln haben wir immer schon sehr vorbildliche Standards aufgrund dieser Leitlinien gehabt. Wir waren hier immer sehr weit. Wenn das Land jetzt erst so weit kommt, müssen wir nicht hinterherlaufen.

(Beifall bei der CDU)

Das heißt: Auch wenn in der derzeitigen Notlage von diesen Leitlinien in einigen Punkten leider abgewichen wird, macht es überhaupt keinen Sinn, ihnen nun Mindeststandards gegenüberzustellen. Das ist ein ganz gefährlicher Weg; denn die Gefahr, dass der Mindeststandard zum Standard wird, ist sehr, sehr groß.

(Beifall bei der CDU)

Daher lehnen wir beide Punkte des Antrags der Linken ab.

Aber auch dem rot-grünen Antrag können wir nicht folgen; denn dieser fordert ebenfalls Mindeststandards. Ich habe eben ausführlich begründet, warum wir das für einen völlig falschen Weg halten. Deshalb werden wir auch diesen Änderungs- bzw. Ersetzungsantrag ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir kommen zu Frau Heuser von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**Marion Heuser** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich bei der Verwaltung für ihre schnelle und ausführliche Stellungnahme zur Errichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung bedanken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und der FDP)

Gleichzeitig möchte ich darauf hinweisen, dass die Kölner Sozialverwaltung bei der Unterbringung von Menschen in Notlagen seit 30 Jahren vorbildliche Arbeit leistet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und der FDP)

Zum vorliegenden Antrag der Fraktion Die Linke sowie der Gruppen Piraten und Deine Freunde ist aus Sicht der Grünen-Fraktion Folgendes zu sagen: Unter dem Gesichtspunkt der Humanität und Praktikabilität verschließen wir Grünen uns dem Thema „Errichtung einer Erstaufnahme“ nicht. Die Bedingungen dafür, das heißt: ein geeigneter Standort, müssen aber stimmen.

Wie die Verwaltung in ihrer Stellungnahme ausführt, ist die Errichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung an verschiedenen Standorten, wie sie von Linken, Piraten und Deine Freunde gefordert werden, ausgeschlossen. So ist eine Erstaufnahmeeinrichtung eine Großunterkunft für mindestens 500 Menschen und nicht dezentral, was den Kölner Leitlinien nicht entspricht. Zur möglichen Standortfrage hat die Verwaltung nachvollziehbar dargestellt, dass eine Erstaufnahmeeinrichtung auf landeseigenen Grundstücken nicht realisierbar ist. Städtische Grundstücke als Angebote an das Land in der erforderlichen Größe für eine Erstaufnahmeeinrichtung gibt es derzeit auch nicht.

Wir haben uns bereits in den vergangenen Ratssitzungen damit auseinandergesetzt, dass für eine Weile die Leitlinien nicht eingehalten werden können. Alle leider bereits bestehenden Großeinrichtungen, Turnhallen und Hotelunterkünfte haben den Charakter einer Notunterbringung zur Vermeidung von Obdachlosigkeit und sollen, sobald es die Lage zulässt, wieder aufgelöst werden. In der heutigen Ausgabe der *Kölnischen Rundschau* warnen die NRW-Städte davor, dass aufgrund des erwarteten Anstiegs auf bundesweit 500 000 Flüchtlinge in diesem Jahr „die Unterbringung von Flüchtlingen in Turnhallen und Kulturstätten auf Jahre hinaus notwendig wird“.

Gemeinsam haben SPD, CDU, Grüne und FDP in der Ratssitzung am 16.12.2014 aufgrund der sich dramatisch verschärften Unterbringungssituation einen Dringlichkeitsantrag mit weiteren Handlungsempfehlungen gefasst. In dem Zusammenhang möchte ich in Bezug auf die 2004 beschlossenen Leitlinien zwei Sätze aus meiner Rede zitieren:

> Sowohl der Bau einer auskömmlichen Anzahl von Wohnhäusern als auch die sozialverträgliche Verteilung über das gesamte Stadtgebiet kann langfristig nur gewährleistet werden, wenn in allen aktuellen und zukünftigen Baugebieten Wohnraum für Flüchtlinge geschaffen wird. Hier muss ein Automatismus eintreten: Wird irgendwo ein Baufeld geplant und bebaut, wird Wohnraum für Flüchtlinge mit bedacht und erstellt.
>
> (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das möchte ich bei der Gelegenheit noch einmal bekräftigen. Das muss unbedingt umgesetzt werden. Meine Damen und Herren, das müssen wir umsetzen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das muss Herr Höing machen!)

An dieser Stelle möchte ich an meine Kolleginnen und Kollegen von der SPD bezüglich des Baumarktes in Porz appellieren: Werden Sie Ihrer Verantwortung als große Partei in Köln für die vielen Flüchtlinge gerecht! Unterstützen Sie das Vorhaben der Verwaltung, die Menschen aus der Halle heraus und in menschenwürdige Wohnungen im Verwaltungsgebäude auf dem Gelände zu bringen, sofern dies möglich ist!

Uns allen ist daran gelegen, dass alles dafür unternommen wird, schrittweise Lebensbedingungen für die Flüchtlinge herzustellen, die den Leitlinien wieder entsprechen. Ich zitiere noch einmal aus dem Gemeinsamen Dringlichkeitsantrag vom 16.12.2014. Dort heißt es:

> Der Kölner Rat weiß um die schwierige Aufgabe der Verwaltung und unterstützt ihre Bemühungen.

Daran möchte ich Sie, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der SPD, erinnern und zitiere Sie, Herr Börschel:

> Ein breiter politischer Konsens in Fragen der Flüchtlingspolitik ist von großer Bedeutung.

Und Sie, Herr Paetzold:

> Im Moment hat die Verwaltung alle Hände voll zu tun, um den Menschen, die zu uns fliehen, wenigstens das Mindeste zu gewähren: ein Dach über dem Kopf, ein Bett zum Schlafen, genug zu essen, eine Ärztin bzw. ein Arzt bei Krankheit. Selbst das gelingt nur mit äußerster Anstrengung, für die ich mich bei jedem einzelnen Mitarbeiter und jeder einzelnen Mitarbeiterin der Stadt, der oder die dabei mittut, sehr herzlich bedanke.

Das tue ich hiermit auch.

> (Beifall bei Teilen der SPD und der CDU)

Uns allen ist klar: Nur die Anrechnung der hohen Zahl der sogenannten unerlaubt Eingereisten auf die Zuweisungsquote durch das Land würde eine spürbare Entlastung für Köln bedeuten.

> (Beifall bei der CDU)

Das haben ja auch meine Vorredner und Vorrednerinnen schon erwähnt.

Abschließend möchte ich noch einmal daran erinnern, dass zwischen den demokratischen Fraktionen im Rat Einigkeit darin bestand und besteht, beim Flüchtlingsthema gemeinsam zu handeln. Auch war bislang unstrittig, dass niemand auf dem Rücken von Flüchtlingen Wahlkampf macht.

> (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD, der CDU, der FDP, den Piraten und der AfD)

Ich fordere deshalb aufgrund der SPD-Anfrage dazu auf, dahin wieder zurückzukehren. - Vielen Dank.

> (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir kommen zu Frau Hoyer von der Fraktion der FDP.

**Katja Hoyer** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! In der Debatte wird deutlich, dass das Thema Erstaufnahmeeinrichtung hier im Rat wohl nicht zum Zuge kommen wird, weil der Standort, der dafür gebraucht wird, zu groß wäre. Wir müssten dort ungefähr 500 Menschen unterbringen, eine Größenordnung, die in einer großen zentralen Einrichtung keiner möchte. Das kann ich auch für die Freien Demokraten unterstreichen. Auch wir möchten keine großen zentralen Einrichtungen. Wir setzen auf dezentrale kleinere Einrichtungen.

Da wir auch zum Punkt 4.5 sprechen dürfen: Wir lehnen die Dringlichkeitsentscheidung zu Porz ab, wo wir für einen gewissen Zeitraum eine große Unterkunft unterstützt haben, aber sie nicht auf Dauer wollen. Auf Dauer wollen wir kleine dezentrale Einrichtungen.

> (Beifall bei der FDP und der SPD)

Noch einmal zum Thema Erstaufnahmeeinrichtungen und den Forderungen im Antrag von Piraten, Linken und Deine Freunde. In Ihrem Antrag nennen Sie zwei Vorteile für eine Erstaufnahmeeinrichtung, die es aber weiß Gott nicht gibt. Sie haben darauf abgezielt, dass mit dieser Einrichtung eine Kostenübernahme vonseiten des Landes verbunden sei. Wir haben einen Beschluss, der schon vielfach zitiert worden ist, am 16.12. gefasst, in dem es heißt, dass wir eine Kostenübernahme für die Flüchtlingsunterbringung von Bund und Land möchten – vollständig. Ich glaube, insofern waren wir – liebe Linke, Piraten und Deine Freunde – mit unserem Beschluss schon sehr viel weiter.

> (Beifall bei der FDP)

Der zweite Punkt ist die Kölner Quote, das große Thema, was uns wirklich beschäftigt; es ist schon mehrfach angesprochen worden. Ich bin froh, dass jetzt hier im Rat endlich Konsens ist, dass das Thema der unerlaubt Eingereisten überhaupt nicht berücksichtigt würde, wenn wir uns für eine Erstaufnahmeeinrichtung aussprechen würden; dieser Punkt ist aber wichtig für die Anrechnung der Quote.

(Beifall bei der FDP)

So weit zum Thema Erstaufnahmeeinrichtung.

Nun zum Thema Mindeststandards. Ich weiß, Herr Detjen, dieses Thema verfolgen Sie schon sehr lange und sehr intensiv. Sie haben es auch schon im Sozialausschuss angesprochen. Es ist Ihnen ein echtes Anliegen. Allerdings frage ich mich, wenn Sie diese Diskussion – so wie heute – führen: Wir haben Leitlinien. So wie ich es verstehe, möchten wir alle diese Leitlinien einhalten. Deswegen habe ich - ähnlich wie Frau Gärtner - ein Problem damit, wenn es auf einmal um eine Reduzierung der Leitlinien geht.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir haben am 16.12. einen Beschluss gefasst, in dem wir noch einmal sehr konkret dargelegt haben, was wir wollen. Auch das war hier Konsens.

Aber nun denn! Wenn wir die Diskussion über Mindeststandards führen wollen, würde ich zumindest wissen wollen, was Sie sich vorstellen. Ihr Antrag, Herr Detjen, enthält einen Verweis auf die Landesebene. Herr Paetzold hat gesagt, das betreffe hauptsächlich das Thema Erstaufnahmeeinrichtung. Aber im Antrag von Rot-Grün vermisse ich jegliche inhaltliche Aussage zu diesen Mindeststandards. Sie formulieren, dass Sie Mindeststandards wollen, sagen aber nicht, was Sie haben wollen. Ich weiß nicht, wie Sie Politik machen. Wenn ich ein Ziel erreichen will, dann formuliere ich es doch konkret und sage nicht einfach nur: Mindeststandards.

(Beifall bei der FDP und Teilen der CDU)

Frau Heuser, ich habe in Ihrer Rede keine inhaltliche Formulierung gehört. Auch bei Ihnen, lieber Herr Paetzold, habe ich keine inhaltliche Formulierung gehört. Wir können das gern diskutieren. Aber mein Verständnis von Politik ist, dass man bestimmte Vorstellungen formuliert und dies nicht allein der Verwaltung oder dem Runden Tisch für Flüchtlingsfragen überlässt. Es muss doch zum Ausdruck kommen, mit welchen Vorstellungen Politik in die Diskussion hereingeht.

Herr Detjen hat hier mit Verweis auf die Landesregierung gesagt, er sehe es als wichtig an, dass die individuellen Rechte der Flüchtlinge gewährleistet werden. Das ist - das muss ich wirklich sagen - ein starker Vorwurf. Ich finde, dass die individuellen Rechte der Flüchtlinge in Köln gewährleistet sind.

(Beifall bei der FDP)

Ich verwahre mich auch gegen den unterschwelligen Vorwurf gegenüber Verwaltung und Wohlfahrtsverbänden, sie würden ihren Job nicht machen. Nein, das finde ich nicht gerechtfertigt. Ich kann für die Freien Demokraten sagen: Ja, wir sind der Meinung, dass das Sozialdezernat mit der Sozialdezernentin an der Spitze und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier einen guten Job machen. Dafür bedanken wir uns.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Aufgrund dieser Ausführungen werden wir dem Antrag von Rot und Grün nicht zustimmen. Es ist ja eben schon angesprochen worden: Im Moment gibt es wieder eine Diskussion um Konzepte. Ich würde mir wünschen - Konzeptdiskussion und Flüchtlingspolitik haben ja immer auch etwas mit Wahlkampf zu tun -: ein bisschen weniger Theorie, dafür viel mehr Praxis. - Danke.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir kommen zu Herrn Wiener.

**Markus Wiener** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich hatte eigentlich eine lange Rede zu diesem aberwitzigen Antrag der Kölner Linkspartei und ihrer regionalen Anhängsel hier im Stadtrat vorbereitet. Nun musste ich mit Erstaunen feststellen, wie von den Vertretern der selbst ernannten demokratischen Fraktionen ein Argument nach dem anderen gegen diese Erstaufnahmeeinrichtung des Landes vorweggenommen wurde.

Ich muss mit Freude feststellen, dass der pro-Köln-Effekt nach wie vor wirkt: Pro Köln gibt die Argumente vor. Noch im letzten Wahlkampf wurden wir dafür beschimpft. Aber nun, nach den Wahlen, finden sich diese Argumente in der Debatte hier im Stadtrat wieder. Bei manchen scheint wirklich ein Umdenkprozess eingesetzt zu haben. Das ist erfreulich; das stelle ich hier ganz ohne Häme fest. Ich kann nur sagen: Machen Sie weiter auf Ihrem Weg! Besonders die CDU möchte ich da ansprechen, aber auch andere. Das ist wirklich sehr lobenswert.

In der Sache sollte sich doch eigentlich jeder vernünftig denkende Mensch im Klaren sein, dass eine zusätzliche Erstaufnahmeeinrichtung des Landes hier in Köln sozusagen das i-Tüpfelchen auf die jahrelang verfehlte Asylpolitik der Stadt wäre. Die Argumente in der Sache wurden bereits vorgetragen. Ich will das nicht alles wiederholen. Pro Köln ist nämlich der Ansicht, dass nicht alles von allen noch einmal wiederholt werden muss, sondern uns geht es um die Argumente in der Sache, und die sind vorgetragen; das ist wichtig.

(Thomas Hegenbarth [Piraten] stellt auf dem Stenografentisch ein Sparschwein auf und wirft Münzen hinein)

Ich möchte nur noch auf einen Punkt vertieft eingehen, und zwar die sogenannten Illegalen, die unerlaubt Eingereisten. Hier wurde richtigerweise gesagt, dass dieses Kontingent nach wie vor nicht auf die Quote angerechnet wird, dieses Problem also auch weiterhin auf die Stadt zukommen wird, egal ob man hier eine Erstaufnahmeeinrichtung errichtet oder nicht. Nur, was ich vermisst habe, ist die Frage nach dem Warum. Warum haben wir so viele unerlaubt Eingereiste hier in Köln? Diese Frage wird doch kaum gestellt. Warum kommen denn seit Jahren gerade nach Köln überproportional viele unerlaubt Eingereiste? Warum kommen denn aus dem Kosovo ganze Busse direkt nach Köln gefahren? Warum fahren die ausgerechnet nach Köln und nicht ins Sauerland oder in den Bayerischen Wald oder was weiß ich wohin, wo es landschaftlich schöner ist als in Köln?

(Widerspruch bei der SPD und der Linken.)

Nein, die kommen hier nach Köln, weil hier über Jahre eine Politik der offenen Türen gemacht wurde. Es wurde über Jahre eine Politik der Luxusleitlinien für Asylbewerber gemacht.

(Ratsmitglieder werfen Münzen in das Sparschwein)

Es hat sich herumgesprochen bis in den Kosovo, bis in andere Winkel dieser Erde, dass man in Köln von der Stadtverwaltung und der etablierten Kommunalpolitik mit offenen Armen empfangen wird, dass hier nicht aufs Geld geguckt wird, dass es hier pünktlich Geldleistungen statt Sachleistungen gibt, dass hier dafür gesorgt wird, dass man in adretten Wohnungen unterkommt, dass man hier seit Jahren versucht, im Vergleich mit anderen deutschen Kommunen regelrechte Luxusrichtlinien zur Asylbewerberunterbringung durchzuhalten.

(Weitere Ratsmitglieder werfen Münzen in das Sparschwein)

All das hat dazu geführt, dass die unerlaubt Eingereisten natürlich gerne hier nach Köln kommen. Jetzt will die SPD das Spiel fortführen und neue Mindeststandards einführen, die wieder genau das Gleiche zur Folge haben würden. Wie verrückt muss man eigentlich sein? Wie uneinsichtig kann man sein? Das frage ich mich an dieser Stelle in diesem Zusammenhang doch wieder.

Abschließend möchte ich noch einmal festhalten: Abgesehen von der Frage der unerlaubt Eingereisten bin ich froh, festzustellen,

dass von weiten Teilen der Vertreter hier im Stadtrat in Bezug auf Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes jetzt zum Glück eine etwas andere Meinung vertreten wird als noch in früheren Jahren. Wir haben hier ganz klar gehört, dass dies ein absolut unsinniger Weg wäre. Pro Köln ist natürlich auch gegen eine Erstaufnahmeeinrichtung des Landes hier in Köln.

(Weitere Ratsmitglieder werfen Münzen in das Sparschwein)

Wir lehnen sowohl den Antrag der Piraten und ihrer regionalen Anhängsel als auch den Änderungsantrag der SPD ab. Wir brauchen eine grundsätzlich andere Asylpolitik, sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene und insbesondere hier in Köln. Ein erster Schritt dorthin ist, dass wir unsinnige Vorhaben wie eine zusätzliche Erstaufnahmeeinrichtung hier in Köln ablehnen.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank. - Das war der letzte Redebeitrag zum Tagesordnungspunkt 3.1.1. Es war aber auch die Anfrage unter 4.5 aufgerufen. Gibt es dazu Nachfragen? - Frau Reker wird sie beantworten und gleichzeitig eine Stellungnahme abgeben. - Herr Joisten, bitte.

**Christian Joisten** (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Frau Reker, ich beziehe mich mit meiner Nachfrage direkt auf Ihre Antwort auf unsere Anfrage, die Sie uns dankenswerterweise zur heutigen Sitzung gegeben haben.

Ich beziehe mich insbesondere auf die Antwort zu Frage 1 und will noch einmal Folgendes deutlich machen: In der Öffentlichkeit, so auch bei uns, ist der Eindruck entstanden - das belegen auch die Presseveröffentlichungen seinerzeit im Oktober -, dass ebendiese Nutzung des Praktiker-Baumarktes nur für ein Jahr angekündigt worden war. Ich will noch einmal erläutern, dass es uns dabei in keinster Weise, liebe Marion Heuser, darum geht, uns in irgendeiner Weise aus der Verantwortung zu stehlen.

(Zurufe von der CDU: Nein, nein, nein!)

Ganz im Gegenteil: Uns ist es wichtig -

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Joisten, ich darf Sie bitten, eine Frage zu stellen.

**Christian Joisten** (SPD): - ja -, zu betonen, dass wir an dieser Stelle vor allen Dingen transparent handeln wollen. Uns ist der Dialog mit der Öffentlichkeit wichtig. Von daher bitten wir noch einmal um eine präzise Beantwortung.

Bezogen auf Ihre Antwort auf die Frage 3 haben wir noch eine Nachfrage zur Größe des Standortes. Können Sie ausschließen, dass am Ende des Tages mehr als die derzeit 270 bzw. die in der Vorlage genannten 300 Personen an diesem Standort untergebracht werden? Eingedenk des Stadtteils Finkenberg in unmittelbarer Nähe ist uns schon wichtig, dass wir die Herausforderungen an diesem Standort meistern können.

Eine Antwort auf diese beiden Fragen ist uns sehr wichtig, um gegenüber der Öffentlichkeit das Handeln von Politik und Verwaltung transparent zu machen und damit den Konsens, den wir alle zusammen auch mit der Öffentlichkeit haben, zu bewahren. - Vielen Dank.

(Bernd Petelkau [CDU]: Ihr habt doch gar nicht mitgestimmt bei der DE! - Jörg Detjen [Die Linke.]: Ihr wolltet ja dagegen stimmen! Aber mal ganz sachte! - Weitere Zurufe - Jörg Detjen [Die Linke.]: Ihr habt doch erklärt, ihr wollt gegen den Antrag stimmen! - Weitere Zurufe)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Frau Reker, bitte schön.

**Beigeordnete Henriette Reker:** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie

mich als Erstes sagen, dass ich sehr froh darüber bin, dass sich hier eine Beschlussfassung abzeichnet, die keine Erstaufnahmeeinrichtung in Köln befürworten wird.

Diese Erstaufnahmeeinrichtung wäre - da bin ich ziemlich sicher - in der Boltensternstraße angesiedelt worden, in der Immobilie des BLB, wo jetzt schon 128 Flüchtlinge untergebracht sind, in unmittelbarer Nähe der Immobilie, in der wir selber eine Flüchtlingseinrichtung mit rund 200 Personen betreiben und in der Nähe des Katastrophenschutzzentrum, was wir jahrelang freigehalten haben, jetzt aber als Notmaßnahme belegen mussten. Das heißt: Mit einer Erstaufnahmeeinrichtung wären es aktuell 900 Personen gewesen, mit denen wir hätten rechnen müssen. Das wäre der Nachbarschaft, das wäre den Senioren bei der SBK, das wäre der Seniorenwohnanlage Sahle und das wäre dem Stadtteil nicht zuzumuten gewesen. Das wäre keine gute Chance für die Integration der Menschen gewesen, auch wenn sie zum Teil in der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes nicht lange bleiben und auch wenn die Ehrenamtlichen des Runden Tisches Riehl, die sich von Anfang an großartig dafür einsetzt haben, dass die Menschen integriert werden können, mit diesen Menschen arbeiten. Also: Ich würde mich sehr bedanken, wenn meine Vermutung dann auch gleich einträte.

(Beifall bei der CDU, der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Mir ist es ganz wichtig, sehr verehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, Herr Detjen, Frau Gerlach, hier und heute noch einmal zu betonen, wie wichtig es der Verwaltung ist, die Leitlinien einzuhalten. Ich darf Ihnen versichern: Wir befinden uns nicht in einem Zustand der Selbstzufriedenheit mit dem, was wir da machen. Ich gehe davon aus, dass Sie keiner Mitarbeiterin und keinem Mitarbeiter und auch mir nicht unterstellen, dass wir nicht darauf achten, die Menschen in Köln menschenwürdig unterzubringen.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Dass es nicht immer so ist, wie wir es gerne hätten, Herr Detjen, darüber sind wir uns einig. Turnhallen und auch der ehemalige Baumarkt sind Notunterbringungen. Im ehemaligen Baumarkt sind im Übrigen derzeit 270 Personen untergebracht. Es war bisher - so lange gibt es diese Einrichtung ja noch nicht - noch keine Person länger als drei Monate dort. Das ist zwar auch nicht schön, das ist nicht das, was wir wollen; aber es ist der Notsituation geschuldet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie wollen hier heute beschließen, Rahmenbedingungen zu definieren, die auch wir für notwendig halten. Ich habe Ihnen allerdings auch eine 16 Seiten lange Auflistung des Landes mit Standards für die Erstaufnahmeeinrichtung übermittelt. Sie haben sie vielleicht gelesen und festgestellt, sie ist teilweise sehr bürokratisch. Eine jährliche Dachrinnenreinigung, wie hier vorgesehen, möchte ich Ihnen nicht vorschlagen.

Ich werde mich gerne gemeinsam mit dem Runden Tisch - so ist das ja auch gedacht, Herr Detjen - um Rahmenbedingungen kümmern, wenn Sie so beschließen sollten. Frau Gerlach, Sie dürfen sicher sein, dass wir unserer Verantwortung nachkommen. Das ist in einer Kommune, die der Reparaturbetrieb derer ist, die die Flüchtlinge weiter zuweisen oder auch über die Stadtgrenzen hinaus unterbringen können, manchmal schwieriger, jedenfalls sehr viel tatsächlicher. Ich möchte Sie wirklich bitten, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die täglich darum ringen - und zwar nicht fünf Tage, sondern im Moment regelmäßig sechs Tage in der Woche -, nicht zu unterstellen, sie kämen ihrer Verantwortung nicht nach.

Ich bin jetzt sehr gespannt. Sie dürfen davon ausgehen, dass auch ich mir eine bessere Unterbringung wünsche und dies anstrebe. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Frau Reker, würden Sie bitte noch die Nachfragen von Herrn Joisten beantworten.

**Beigeordnete Henriette Reker:** Ja natürlich, gerne. - Herr Joisten, ich habe gemerkt, dass die Verträge, die wir mit dem Zwangsverwalter vereinbart haben - über mehr habe ich nicht gesprochen in der öffentlichen Veranstaltung -, zu dem Eindruck geführt haben, das sollte es dann gewesen sein. Da ich von Hause aus Juristin bin und die Lehre vom Empfängerhorizont kenne, werde ich mir das zurechnen lassen und in Zukunft bei jeder Veranstaltung sagen: Ich weiß nicht, wie lange wir das brauchen. Dann dürfte das endgültig klar sein.

Ich möchte Ihnen auch sagen: Wir haben bisher 270 Personen an dem Standort untergebracht. Der Standort macht, jedenfalls nach den mir vorliegenden Unterlagen und nach den Gesprächen mit den Mitarbeitern vor Ort, keine Probleme. Ich bin sehr froh, dass der ehemalige Baumarkt sehr viel besser funktioniert als von mir befürchtet. Sie kennen ja selber auch die Räumlichkeiten. Er ist mir viel lieber, als in Notsituationen auf Turnhallen zurückgreifen zu müssen. Deswegen möchte ich Sie bitten, auch hier eine große Übereinstimmung herzustellen, weil wir ansonsten diese Möglichkeit als Reserve nicht weiter vorhalten könnten, selbst wenn die Zahlen wieder steigen. Wir planen im Moment mit 300 Flüchtlingen pro Monat. Aber selbst der Innenminister unseres Landes, der gestern dazu befragt wurde, hat keine genaue Planung. Wir alle haben eben keine Glaskugel. Deswegen möchte ich sehr dafür werben, dass Sie sich auch beim ehemaligen Baumarkt unserer Empfehlung anschließen können. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön. - Herr Joisten, ich muss Ihnen leider sagen, dass unsere Geschäftsordnung nur zwei Nachfragen gestattet. Das muss man akzeptieren.

(Martin Börschel [SPD]: Ja, kein Problem! - Christian Joisten [SPD]: Die Frage ist nicht beantwortet! - Gegenruf von Niklas Kienitz [CDU]: Dann lies doch!)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Es liegt ein Ersetzungsantrag der Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen vor. Wer für diesen Ersetzungsantrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Deine Freunde, die Piraten, die Linke und Herr Henseler. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist der Antrag so angenommen. Mit der Annahme des Ersetzungsantrags hat sich der ursprüngliche Antrag erledigt.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

**3.1.2 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Gegen Gewalt an Frauen - Frauenhäuser stärken“ AN/0235/2015**

Frau Laufenberg, bitte.

**Sylvia Laufenberg** (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Gemeinsam mit Ihnen wollen wir Freien Demokraten in Köln heute erneut die autonomen Frauenhäuser stärken.

Bereits im Jahre 2011 haben wir einen entsprechenden Antrag hier im Rat gestellt. Daraufhin haben wir alle gemeinsam - SPD, CDU, Grüne und FDP - die Finanzierung der zwei autonomen Frauenhäuser auf solide Beine gestellt, Änderungen vorgenommen und unter anderem ein erweitertes Berichtswesen eingeführt.

Durch die Umstellung der Finanzierung auf eine Einzelfallhilfe konnte laut Erfahrungsbericht der Verwaltung aus dem Jahr 2013 sogar eine haushaltsmäßige Entlastung in Höhe von 63 000 Euro erreicht werden.

Viel wichtiger ist jedoch, dass in diesem Bericht noch einmal deutlich wird: Die Frauenhäuser müssen weiter ausgebaut werden; die Frauenhäuser müssen gestärkt werden.

(Beifall bei der FDP)

So mussten im Jahr 2013 wieder über 800 Frauen, die Schutz benötigten, in Köln ab-

gewiesen werden. Gott sei Dank - das möchte ich nicht verschweigen - konnten sie in anderen Aufnahmestationen in NRW untergebracht werden. Trotzdem kann es nicht sein, dass wir hier in Köln Frauen und deren Kinder, die Schutz benötigen, und zwar dringenden Schutz, jedes Jahr wieder abweisen.

Daher fordern wir Freien Demokraten wie bereits 2011, schnellstens den Ersatzbau für das erste Frauenhaus durch die GAG oder auch einen anderen Investor sicherzustellen und zu realisieren.

Leider sind wir dort nicht weitergekommen. Wir hatten noch im letzten Jahr eine Anfrage an die Verwaltung gestellt. Bedauerlicherweise musste die FDP die Antwort bekommen, dass kein aktueller Sachstand vorliegt.

Das heißt: Hier brauchen wir Beschleunigung. Diese Beschleunigung fordern wir heute ein. Das muss sich jetzt ändern - nicht erst in den nächsten Jahrzehnten.

(Beifall bei der FDP)

Des Weiteren fordern wir erneut, endlich ein Grundstück oder eine bestehende Immobilie für ein dringend notwendiges drittes Frauenhaus zu suchen, Gespräche mit dem Land wieder aufzunehmen und die entsprechenden Kosten in den Haushalt einzustellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, 2011 haben Sie mir gesagt: Die Fakten liegen nicht auf dem Tisch, ein erweitertes Berichtswesen muss her, und die Kosten sind nicht klar. - Alles das ist in den letzten Jahren dargelegt worden.

Wir demokratischen Parteien sind uns eigentlich einig. Ich möchte, dass wir heute gemeinsam den Weg frei machen. In den letzten Jahren war ich bei vielen Podiumsdiskussionen. Alle gemeinsam haben Sie erklärt, dass ein drittes Frauenhaus notwendig ist, und das nicht bestritten.

Seit Januar dieses Jahres haben wir auch wieder eine aktive gemeinsame Runde. Es ist richtig, dass wir dort gemeinsam Bekenntnisse machen. Bekenntnisse sind aber nicht ausreichend. Wir müssen endlich handeln.

Deswegen würde ich mich freuen, wenn Sie endlich der FDP zustimmen, diese Forderungen unterstützen und ein drittes Frauenhaus für Köln realisieren würden. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön, Frau Laufenberg. - Als Nächster spricht Herr Paetzold.

**Michael Paetzold** (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Laufenberg, Frauen und ihre Kinder, die von Gewalt bedroht sind, bedürfen der besonderen Fürsorge der Stadt. Darüber sind wir uns in diesem Hause ganz sicher einig.

Weil das so ist, hat sich der Ausschuss für Soziales und Senioren im Frühjahr 2012 sehr intensiv und, wie ich finde, verantwortungsvoll mit diesem Thema in mehreren Sitzungen befasst.

Im Vorfeld gab es auch in fast allen Fraktionen ausführliche Gespräche mit Vorstandsmitgliedern des Vereins Frauen helfen Frauen.

Die Verwaltung hatte damals ebenfalls eine ausführliche Mitteilung zu diesem Thema verfasst.

Aufgrund aller dieser Informationen und nach ausführlicher Diskussion hat sich der Ausschuss damals gegen ein drittes Frauenhaus entschieden.

Mit Ihrem Antrag zur heutigen Ratssitzung fordern Sie die Verwaltung auf, Vorbereitungen für die Errichtung eben eines dritten Frauenhauses zu treffen. Wie gesagt: Der Ausschuss für Soziales und Senioren hat sich im Frühjahr 2012 gegen den Bau eines dritten Frauenhauses ausgesprochen.

Nun können Sie sehr zu Recht einwenden, dass seit dem Frühjahr 2012 drei Jahre ver-

gangen sind - drei Jahre, in denen eine Menge passiert ist und in denen sich die Anforderungen und Bedarfe bezüglich der Frauenhäuser geändert und vielleicht sogar erhöht haben. Ja, das ist durchaus möglich. Deshalb macht es sicher Sinn, erneut über die Notwendigkeit eines dritten Frauenhauses nachzudenken.

Es macht aber keinen Sinn, mit dem Beschluss Ihres Antrages Fakten zu schaffen, ohne die Bedarfe genau zu analysieren und ohne die Thematik ausführlich und unter Einbeziehung aller Akteure gründlich zu diskutieren.

Ich schlage deshalb vor, Ihren Antrag zur weiteren Beratung in den zuständigen Fachausschuss, den Ausschuss für Soziales und Senioren, zu verweisen, damit er dort angemessen diskutiert werden kann.

Der Verweis in den Sozialausschuss macht umso mehr Sinn, als dass er uns die Möglichkeit gibt, die Ergebnisse einer geplanten Infoveranstaltung zum Thema Frauenhäuser in Köln in unsere Beratungen einfließen zu lassen. Diese Infoveranstaltung wird - wie Sie ja wissen, weil meine Kollegin Frau Houben die FDP in diesem Arbeitskreis vertritt - zurzeit fraktionsübergreifend von Frauen vorbereitet.

Dieser Infoveranstaltung sollten wir nicht mit einem voreiligen Beschluss vorgreifen; denn diese Infoveranstaltung hat - so habe ich das zumindest verstanden - genau das zum Ziel, nämlich die geänderten Bedarfe der vergangenen Jahre zu ermitteln und einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen zu erarbeiten.

Kolleginnen und Kollegen, wie gesagt, beantrage ich den Verweis des Antrages AN/0235/2015 der FDP-Fraktion in den Ausschuss für Soziales und Senioren. Ich bitte Sie um Ihre Unterstützung. - Besten Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Frau Gärtner, bitte, für die CDU.

**Ursula Gärtner** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Bereitstellung von bedarfsgerechten Angeboten für Frauen und ihre Kinder, die vor Gewalt geschützt werden müssen, ist ohne Frage ein wichtiges Thema. Wir bieten hier in Köln in Bezug auf diese Problematik bereits ein differenziertes Spektrum an. Gleichwohl ist auch uns bekannt, dass die Nachfrage in den bestehenden Frauenhäusern stetig ist und dass sie voll ausgelastet sind. Andernorts gibt es jedoch noch nutzbare freie Kapazitäten.

Einer der Gründe für die hohe Nachfrage in Köln ist allerdings auch, dass Frauen, die nicht aus Köln stammen, in großem Umfang die hier vorhandenen und anderswo fehlenden Angebote nutzen wollen bzw. müssen. Verständlicherweise wollen auch viele von ihnen, weil sie gefährdet sind, aus ihrer Herkunftsregion weg.

Wir können die Gesamtproblematik aber nicht mit einem Schnellschuss lösen. Dieses Thema gehört - das sehe ich genauso wie Herr Paetzold von der SPD - in den Sozialausschuss, wo wir fundiert diskutieren sollten, welche Ergänzungen des vorhandenen Angebotsspektrums erforderlich sind und wie man dem Problem begegnen kann, dass landesweit der Bedarf gedeckt ist, aber in Köln der Nachfragedruck groß ist. Hier ist insbesondere auch das Land in die Überlegungen einzubeziehen, weil es sich um eine überregional zu lösende Problematik handelt.

Stimmen Sie deshalb bitte alle zu, dass wir uns im Sozialausschuss eingehend mit diesem Thema befassen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön, Frau Gärtner. - Wir kommen zu Frau Woller von den Grünen.

**Julia Woller** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allen Dingen liebe FDP-Fraktion! Entgegen vielen Vorurtei-

len hat häusliche Gewalt nichts mit Herkunft, Bildung oder Einkommen der Betroffenen zu tun. Die Forschung belegt, dass jede vierte Frau in Deutschland im Laufe ihres Lebens Gewalt durch den eigenen Partner erlebt.

Seitdem das Gewaltschutzgesetz 2001 in Kraft getreten ist, ist die Zahl der Frauen, die ein Frauenhaus aufsuchen müssen, stetig zurückgegangen. Das ist eine gute Sache; denn es zeigt: Das Gewaltschutzgesetz greift. Der Täter muss gehen, und das Opfer kann in der gemeinsamen Wohnung bleiben.

Dennoch müssen wir in Köln überlegen, ob insgesamt 20 Plätze, nämlich zehn im ersten Frauenhaus und zehn im zweiten Frauenhaus, hier ausreichen. Köln hat 1 Million Einwohner. Das sind 500 000 Frauen. Statistisch gesehen sind damit 125 000 Frauen in Köln, nämlich jede vierte, von Gewalt betroffen. Wenn man auf 125 000 noch einmal 1 000 drauflegt, entspricht das der gesamten Bevölkerung unserer Kölner Innenstadt. Wir müssen uns fragen, ob 20 Plätze in den autonomen Frauenhäusern dem gerecht werden können. Im Übrigen wächst unsere Stadt auch.

Ich komme nun zu Ihrem Antrag, liebe FDP-Fraktion. Sie fordern, dass das erste Frauenhaus durch einen barrierefreien Neubau ersetzt wird, Sie fordern ein drittes Frauenhaus für Köln, und Sie fordern, dass die Verwaltung alles Notwendige in die Wege leitet.

Wir als grüne Fraktion wollen zuallererst, dass jede Frau, die einen Platz in einem Frauenhaus sucht, dort auch schnellstmöglich einen Platz findet und dass vor dem Hintergrund der Vollauslastung der beiden Häuser in Köln mehr Plätze in den autonomen Frauenhäusern geschaffen werden.

Um diese Zwecke zu erreichen, sind allerdings auch Alternativen zu den FDP-Forderungen denkbar. Wir sehen nämlich erhebliche Schwierigkeiten bei der Standortsuche und bei der Finanzierbarkeit eines eigenständigen dritten Hauses. Es stellt sich auch die Frage, ob ein drittes Frauenhaus die einzige mögliche Lösung ist. Wenn wir die Frauenhäuser wirklich stärken möchten, sollten wir auch über alternative Lösungen nachdenken.

Wenn das erste Frauenhaus einem barrierefreien Neubau weichen soll - einmal als Überlegung -, könnten wir diesen Neubau doch auch erweitern. Der Neubau könnte so angelegt sein, dass zwei in sich geschlossene Wohneinheiten entstehen. Gleichzeitig könnten wir die Platzzahl erhöhen, zum Beispiel auf insgesamt 17 Plätze. Auf diese Weise lässt sich auch die Finanzierbarkeit ganz anders darstellen.

Wir Grüne wollen also ein Frauenhaus 1 a und 1 b und das zweite Frauenhaus. Das ist die alternative Lösung, liebe FDP, über die wir mit Ihnen sprechen wollen.

Sie sehen aber auch, dass es noch einiges zu klären gibt. Wir haben in jeder Fraktion frauenpolitische Sprecherinnen und weitere Fachleute, bei denen dieses Thema sehr gut aufgehoben ist. Deshalb werden Sie verstehen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, dass es am sinnvollsten ist, Ihren Antrag in den Fachausschuss für Soziales und Senioren zu überweisen; denn dort kann er mit der nötigen Sorgfalt behandelt werden.

Wir als grüne Fraktion halten dies für die beste Lösung, und wir freuen uns, liebe FDP, wenn Sie dem zustimmen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Frau Akbayir.

**Hamide Akbayir** (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Roters! Meine Damen und Herren! Ich hätte mir gewünscht, dass wir heute gar keine Frauenhäuser mehr oder wenigstens nicht noch mehr Frauenhäuser benötigen würden. Leider sieht die Realität aber anders aus. Frauenhäuser sind wichtige Anlaufstellen für Frauen in Not, weil sie hier Sicherheit und Schutz finden - oft auch mit ihren Kindern.

Seit vielen Jahren fordern die Frauenhäuser in NRW eine Verbesserung der Finanzierung ihrer Arbeit.

Auch in Köln sind die Situation der Frauenhäuser und die Situation der von Gewalt betroffenen Frauen nicht berauschend. Täglich müssen bis zu fünf Frauen mit ihren Kindern wieder abgewiesen werden, weil beide vorhandenen Frauenhäuser aus allen Nähten platzen.

Die Frauenverbände, die autonomen Frauenhäuser und die ver.di-Frauen machen durch ihre Aktionen - zuletzt im September 2014 vor dem Landtag - immer wieder auf dieses Defizit aufmerksam.

(Beifall bei der Linken)

Es ist also kein neues Phänomen, dass wir einen akuten Platzmangel und eine schlechte Finanzierung der beiden Frauenhäuser haben und dringend ein drittes Frauenhaus für Köln brauchen.

(Beifall bei der Linken und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb haben wir den Antrag der FDP mit Verwunderung zur Kenntnis genommen. Ein gemeinsames Vorgehen bei dieser wichtigen Aufgabe wäre nach Ansicht der Fraktion Die Linke. sinnvoller gewesen.

(Beifall bei der Linken)

Im Moment gibt es Kontakte zwischen den frauenpolitisch Aktiven aller Fraktionen zur Situation der Frauenhäuser. Diesen Gesprächsfaden wollen wir nutzen, um hoffentlich bald zu einem gemeinsamen Antrag zu kommen.

Diese Gespräche brauchen allerdings Zeit. Alleingänge, wie hier der FDP-Antrag, schaden der Sache nur.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für ein barrierefreies drittes Frauenhaus in Köln, das wir ohne Wenn und Aber brauchen, reicht eine Willensbekundung des Rates nicht aus. Wir wissen, dass wir das nicht ohne das Land verwirklichen können. Unserer Einschätzung nach ist von der Landesregierung das letzte Wort noch nicht gesprochen. Also sollten wir erst einmal die Kontakte, die einzelne Fraktionen zur Landesregierung haben, unbedingt nutzen.

Wir fordern an dieser Stelle die Landesregierung ausdrücklich auf, die im Koalitionsvertrag formulierten Ziele einer verlässlichen, angemessenen und gesetzlich verankerten Finanzierung umzusetzen.

(Beifall bei der Linken)

Nun noch einmal zurück zum FDP-Antrag: Ein abgestimmtes Vorgehen, das eine Mehrheit findet, hilft den betroffenen Frauen nach unserer Ansicht sicher mehr als dieser Antrag. Deshalb ist auch die Linke für die Verweisung dieses Antrags in den Ausschuss für Soziales und Senioren, um eine breite Diskussion zu führen. Da gehört der Antrag auch hin.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, um die Diskussionen im Ausschuss zu bekräftigen, schlagen wir aber auch vor, dass ein Fachgespräch noch vor der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren stattfindet. In diesem Sinne wünsche ich mir eine parteiübergreifende Zusammenarbeit, die die Frauenhäuser stärkt. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linken)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön. - Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. - Doch; Herr Houben meldet sich. Die FDP hat aber schon gesprochen.

**Reinhard Houben** (FDP): Das ist ja unser Antrag. Dann dürfen wir doch eine zweite Runde machen, Herr Oberbürgermeister.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Nein, das haben wir nicht vorgesehen. Sie können sich aber noch einmal ergänzend äußern.

**Reinhard Houben** (FDP): Ich habe auch keine komplette Rede. Ich möchte nur nach

vorne. Die Kamera lockt mich nach vorne - die Eitelkeit, Herr Oberbürgermeister.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das weltweite Netz, Herr Houben! Das ist aber eine Freude!)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich achte darauf, dass das jetzt nicht eine Einleitung einer zweiten Runde ist.

**Reinhard Houben** (FDP): Keine zweite Runde; eine kurze Bemerkung. - Herr Oberbürgermeister, ich möchte nur daran erinnern, woher das kommt. Es hat Gespräche gegeben, zu denen ver.di eingeladen hatte. Alle Parteien sind eingeladen worden.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie haben daran nicht teilgenommen!)

Die CDU hat an den Gesprächen nicht teilgenommen. Ich bin da etwas drin, weil meine Frau für die FDP an diesen Gesprächen teilgenommen hat. Deswegen berichte ich hier.

Frau Woller, Sie haben ja an den Gesprächen bei ver.di zumindest teilgenommen. Dort gibt es eigentlich keinen großen Dissens über die Notwendigkeit eines dritten Frauenhauses. Deswegen hat man in dieser Runde auch beschlossen, diese Aufkleber zu produzieren. Daran haben sich hoffentlich auch alle beteiligt, was die Finanzierung angeht.

Das Problem ist nur, meine Damen und Herren, bei manchen inhaltlichen Anträgen: Wenn obendrauf die falsche Adresse steht, kann man dem Antrag nicht zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Okay. - Dann kommen wir zur Abstimmung. Aus den Wortmeldungen unterschiedlichster Fraktionen habe ich entnommen, dass sich eine Mehrheit für eine Verweisung in den Fachausschuss aussprechen könnte.

Deswegen frage ich Sie: Wer gegen die Verweisung in den Fachausschuss stimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Niemand. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu:

**3.1.3 Antrag der Gruppe pro Köln betreffend „Studie belegt linksextreme Gefahr: Auch die Kölner Kommunalpolitik muss jetzt gegensteuern!“ AN/0410/2015**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Wiener, bitte.

**Markus Wiener** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren hier im Ratssaal und natürlich auch an den Computerbildschirmen zu Hause! Stellen Sie sich bitte einmal folgende Szenerie bildlich vor: In einer beliebigen deutschen Großstadt ziehen bereits frühmorgens dunkle Rauchschwaden über den Himmel. An zahlreichen Straßenkreuzungen haben vermummte Gestalten Blockaden errichtet. Müllcontainer und sonstige brennbare Materialien werden angezündet, Hunderte Pflastersteine aus dem Straßenbelag gebrochen und sogar Verkehrsschilder aus der Verankerung gerissen, um als Wurfmaterial zu dienen. Mit diesem Wurfmaterial werden dann Schaufensterscheiben eingeworfen, aber auch Dutzende Polizisten verletzt. Teilweise kauern sich verängstigte Beamte hinter beschädigten Einsatzfahrzeugen zusammen, während ein enthemmter Mob sie und eine ganze Polizeistation angreift, Steine wirft und ätzende Flüssigkeiten versprüht. Gleichzeitig werden Dutzende Autos angezündet, darunter zahlreiche Polizeiwagen. In einem Mannschaftstransporter schnallt sich verzweifelt ein Beamter vom Gurt ab, während unter ihm bereits die Reifen brennen. In einer regelrechten Gewaltorgie verletzen mehrere Tausend Randalierer über 150 Polizeibeamte und unbeteiligte Personen.

Unvorstellbar in einer deutschen Stadt im Jahr 2015? Leider nicht. Alles ist genau so letzte Woche in Frankfurt am Main passiert.

Täter waren wieder einmal organisierte Linksextremisten aus Deutschland und ganz Europa. Demoanmelder war ein geschätzter Parteigenosse unserer linken Freunde hier im Rat, ein Abgeordneter der Linkspartei aus Hessen.

Erschütternde Szenen linksextremer Gewalt und Menschenverachtung - nur zwei Autostunden von Köln entfernt. Für manchen noch zu weit entfernt von hier?

Dann gehen wir doch gedanklich einfach einmal einige Jahre zurück zum 20. September 2008 hier in Köln - diesmal nicht frühmorgens, sondern mittags an einem schönen Herbsttag. Doch die Sonne versuchte an diesem Tag vergebens, die Herzen der Menschen zu erwärmen; denn am Boden tobte mitten in der Altstadt ein ebenfalls linksextremer Mob durch die Straßen. Selbsternannte Blockwarte der Political Correctness errichteten illegale Straßensperren und Blockadepunkte. Uniformiert in gelben Warnjacken kontrollierten Linksextremisten willkürlich Passanten. Jeder, der an diesem Tag von diesen Typen für einen Teilnehmer des Anti-Islamisierungskongresses von pro Köln gehalten wurde, hatte Pech gehabt. Unter Drohungen und Beleidigungen, teils sogar unter Schlägen und Anspucken wurden friedliche Bürger, darunter Senioren und Frauen, von dieser roten SA am Zugang zum Heumarkt gehindert und durch die Straßen gejagt - unter dem Beifall von Mitgliedern der SPD, der Grünen und anderer Kölner Parteien und unter den Augen einer weitgehend passiven Polizei, die an diesem dunklen Tag aus Überforderung oder aus anderen Gründen dieses linksextreme Treiben zuließ.

Ich war an diesem Tag beileibe nicht der Einzige, dem sich da unheilvolle historische Reminiszenzen aufdrängten. In den Wochen und Monaten danach beklagten auch viele unabhängige Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und Rechtsprofessoren diese beschämende Niederlage von Demokratie, Rechtsstaat und Meinungsfreiheit in Köln.

Doch warum können sich solche Situationen wie in Köln im Jahr 2008 oder in Frankfurt im Jahr 2015 überhaupt ereignen? Woher rührt die teils augenzwinkernde Komplizenschaft mit gewalttätigen Linksextremisten? Wie konnte es dazu kommen? Und vor allem: Was kann man tun, um etwas zu ändern, ganz konkret auch hier in Köln?

Inzwischen Allgemeingut ist die Erkenntnis des schleichenden Sieges der linken 68er-Bewegung auf ihrem Marsch durch die Institutionen. Sie hat diese Republik gründlich zum Schlechteren verändert, das politische Koordinatensystem nach links verschoben und die Massenmedien und staatlichen Institutionen mit einer totalitären Ideologie infiziert. Dies hat langfristig auch zu einer Veränderung der politischen Einstellung weiter Teile der Bevölkerung geführt - bis hinein in die bürgerliche Mitte. In der Folge sind selbst dort linke Denkmuster und eine unselige Toleranz gegenüber Linksextremismus und sogar linksextremer Gewalt möglich geworden.

Dies belegt aktuell auch eine Studie der Freien Universität Berlin, die ich nur jedem zur Lektüre empfehlen kann. Hier würden die Details leider den Rahmen sprengen.

Aber was kann Köln tun, meine Damen und Herren? Was kann der Rat der Stadt Köln tun, und was sollte der Rat der Stadt Köln tun, um hier in Köln gegen dieses Phänomen auch auf lokaler Ebene endlich mobilzumachen? - Herr Oberbürgermeister, ich sehe Ihren Blick auf die Uhr. Ich komme langsam zum Ende.

Dazu gehört neben einer gründlichen Analyse auch eine Strategie zur rechtsstaatlichen Bekämpfung dieses Phänomens. Die von uns heute beantragte Einrichtung einer städtischen Informations- und Beratungsstelle gegen Linksextremismus wäre ebenso ein Beitrag dazu wie die von uns beantragte Beendigung jeglicher Subventionierung linksextremer Projekte wie des Autonomen Zentrums. - Vielen Dank.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Dann kommen wir zur Abstimmung, weil ich keine weiteren Wortmeldungen sehe. Wer für diesen Antrag der Gruppe pro Köln ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Grup-

pe pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Als letzten Antrag rufe ich auf:

**3.1.4 Antrag der Gruppe Piraten betreffend „Köln braucht eine No-Spy-Klausel“ AN/0454/2015**

Dazu erhält Herr Hegenbarth das Wort.

**Thomas Hegenbarth** (Piraten): Lieber Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Köln braucht eine No-Spy-Klausel. Immer wieder tauchen vertrauliche Daten und Informationen in der Öffentlichkeit auf.

Im Vorfeld der Diskussion über eine solche Klausel standen diverse Vorfälle, die nicht erst seit den Veröffentlichungen von Edward Snowden zum NSA-Spähskandal bekannt sind. Ganz offensichtlich sind für diese Lecks andere Unternehmen und Organisationen verantwortlich.

Mehr als 100 international tätige Unternehmen - so *Frontal21* im Oktober des letzten Jahres - werden durch Geheimdienste im Bereich der analytischen Dienstleistungen beauftragt oder per Gesetz dazu verpflichtet, die gewonnenen Daten nachrichtendienstlich auszuwerten. Nach den Recherchen des Magazins haben die Nachrichtendienste mittlerweile mit 44 in Deutschland tätigen Unternehmen Verträge geschlossen.

Es ist bekannt, dass Nachrichtendienste wie NSA oder GCHQ flächendeckend und in großem Umfang Daten und Telefonate aufzeichnen, die sie auf unterschiedlichen Wegen erhalten. Nach Angaben der Nachrichtendienste werden diese Daten erhoben und ausgewertet, um terroristische Gefahren früh erkennen zu können. Die Snowden-Dokumente belegen jedoch, dass die Nachrichtendienste die gewonnenen Daten auch intensiv zur Wirtschaftsspionage nutzen.

Im Verdacht stehen hierbei auch Unternehmen wie Vodafone, British Telecommunications oder CSC. Zu den Kunden dieser Unternehmen gehören neben den Bundesländern auch Kommunen.

Aufgrund dieser Veröffentlichungen und der bekannt gewordenen Vorfälle hat es auf Bundes- und Landesebene bereits Verschärfungen der Vergabebestimmungen von öffentlichen Aufträgen gegeben. Ziel der Initiative ist es, Unternehmen von öffentlichen Aufträgen auszuschließen, die vertrauliche Informationen an ausländische Nachrichtendienste weitergeben könnten.

Es gibt einige aktuelle Fälle aus diesem Jahr, in denen Bundesländer Unternehmen von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen haben, um die Weitergabe von vertraulichen und sensiblen Daten zu verhindern. So haben Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt, Hamburg und Bremen die Zusammenarbeit mit der Firma CSC beendet, die in der Vergangenheit weite Teile der elektronischen Verwaltung erledigt hat. Der Grund hierfür ist, dass ein Tochterunternehmen Spähsoftware für die NSA entwickelt hat.

Hier sind aber auch die Kommunen in der Pflicht; denn es gibt gerade für eine Millionenstadt keinen Grund, an dieser Stelle weniger Sorgfalt zu pflegen. Warum in die Bundes- oder Landes-IT eindringen, wenn der kommunale Partner wesentlich schlechter geschützt oder über ein Unternehmen leichter angreifbar ist?

Die zunehmende Digitalisierung und der sinnvolle Einsatz von immer mehr IT in allen Handlungsbereichen der Stadt verpflichtet geradezu zu einem vorausschauenden Umgang mit unseren Daten. Ich nenne hier nur beispielhaft den elektronischen Ausbau der Kölner Bildungsinfrastruktur, den Ausbau mobiler und vernetzter Verwaltungsdienste, das elektronische Vergabesystem etc.

Als erste Großstadt Deutschlands kann Köln hiermit ein Signal an andere Kommunen setzen, wie wichtig uns Datensicherheit ist. Vor allem kann die No-Spy-Klausel die Bevölkerung weiter dafür sensibilisieren, in wie viele Bereiche unseres Lebens dieses Thema eingreift.

Trotzdem müssen wir den Wert einer solchen Klausel natürlich realistisch einschätzen. Kann die Klausel alleine überhaupt helfen? Wo liegt das Problem möglicherweise im Detail?

Um es einmal auf den Punkt zu bringen: Wer Daten weitergibt, ist raus aus der Auftragsvergabe.

(Beifall bei den Piraten und der Linken)

Sogenannte Verschwiegenheitsklauseln sind üblich und im Vertragswesen zwischen Unternehmen und öffentlichen Auftraggebern selbstverständlicher Bestandteil.

Problematisch sind hier aber Unternehmen, die aufgrund von ausländischen Rechtsvorschriften unfreiwillig Informationen an ausländische Behörden weitergeben müssen. Diese Fälle werden unter den bisherigen Verschwiegenheitsklauseln nicht oder nur unzureichend berücksichtigt. Aus diesem Grunde ist nun eine Anpassung bei Vergaberichtlinien in möglichen sicherheitsrelevanten Bereichen notwendig - eben durch eine sogenannte No-Spy-Klausel.

Zur praktischen Umsetzung: Selbst uns ist klar, dass die Einhaltung einer solchen Klausel in der Praxis schwer zu überprüfen ist. Fälle wie die des Unternehmens CSC sind eher die Ausnahme als die Regel.

Insoweit ist der Punkt 2 unseres - wohlgemerkt - Prüfungsantrags von mindestens genauso hoher Bedeutung wie eine alleinige Aufnahme der No-Spy-Klausel und daher eine notwendige Ergänzung; denn eine solche Klausel ersetzt nicht unsere eigene Sorgfaltspflicht. Datensparsamkeit, Datenvermeidung und die Weitergabe von so wenigen sicherheitsrelevanten Daten wie möglich an die Auftragnehmer müssen oberste Leitlinie sein. Davon sollen die Bieter, Auftragnehmer und die Stadtverwaltung selber nicht ausgenommen sein.

Das Tariftreue- und Vergabegesetz NRW sieht keine datenschutzrechtlichen Bestimmungen vor. Darum gehört dieser Antrag eben nicht in einen Unterausschuss, sondern hier in den Rat. Die Stadt muss mit ihrer gesamten Power für Datensparsamkeit und Datenvermeidung in allen Bereichen sorgen. Verkehr, Schule, Gesundheit und Kultur sind hier nur einige Beispiele. - Danke.

(Beifall bei den Piraten und der Linken)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Hegenbarth. - Wir kommen zu Herrn Krupp von der Fraktion der SPD.

**Gerrit Krupp** (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Piratengruppe, liebe Frau Gerlach, lieber Herr Hegenbarth, heute kann ich Ihnen zumindest in Teilen wieder zustimmen, was mir bei der letzten Ratssitzung bei Ihrem Antrag „Hol die Oberbürgermeisterin oder den Oberbürgermeister für dein Projekt“ nicht möglich war. Ich finde es prinzipiell sehr gut und von der Stoßrichtung her absolut zustimmenswert, dass Sie der Verwaltung diesen - wohlgemerkt; Sie haben es selbst betont - Prüfungsauftrag erteilen wollen.

Warum können wir das unterstützen? Ein Prüfungsauftrag hat - das liegt in der Natur der Sache - zum Gegenstand, dass erst einmal geschaut werden muss, ob das Ganze so umsetzbar ist. Wir können diesen Prüfungsauftrag deswegen unterstützen, weil uns das Ziel, das am Ende des Weges steht, nämlich der Schutz von Daten der Stadtverwaltung und damit von Daten der Kölnerinnen und Kölner, als auf jeden Fall unterstützenswert erscheint.

Das Problem wird auch immer größer werden. Wie wir im Unterausschuss Digitale Kommunikation und Organisation schon gehört haben, stehen Themen wie E-Akte etc. auf der Agenda der Verwaltung. Die Verwaltung startet voll ins neue Jahrtausend durch. Dann werden natürlich umso mehr Daten eventuell auch bei externen Dienstleistern landen.

Gleichwohl will ich Ihnen direkt sagen, dass wir diesen Antrag heute hier nicht abschlie-

ßend beraten und beschließen möchten, sondern für eine Verweisung in den Unterausschuss Digitale Kommunikation und Organisation plädieren, weil wir glauben, dass dazu noch einige Fragen gehören, die wir auch von der Verwaltung beantwortet haben wollen, was in diesem Unterausschuss in Ruhe geschehen kann.

Insbesondere ist das die Frage, ob und wie ein solcher Vorbehalt im Vergabeverfahren umgesetzt werden kann. Das ist juristisches Neuland. Hier ist der Begriff Neuland tatsächlich auch angemessen; denn das ist bis jetzt nicht geschehen.

Was Sie hier vorgelegt haben, ist auch keine Idee im luftleeren Raum. Vielmehr hat das Bundesinnenministerium schon einen Vergabeerlass für sicherheitsrelevante IT-Auslagerungen des Bundes mit einer solchen No-Spy-Klausel herausgegeben. Dieser Erlass wird aber in der juristischen Literatur - ich habe mir das kurz angeschaut - durchaus sehr kritisch diskutiert.

Wie gesagt, können wir das von Ihnen verfolgte Ziel, die Daten der Stadtverwaltung und damit die Daten der Kölnerinnen und Kölner zu schützen, grundsätzlich schon einmal unterstützen. Es ist allerdings die Frage, ob die No-Spy-Klausel da der richtige Weg ist. Das können wir heute nicht abschließend beantworten. Bevor wir dem Prüfauftrag endgültig zustimmen, haben wir auch noch einige Fragen an die Stadtverwaltung.

Deshalb ist mein Plädoyer heute: Lassen Sie uns diesen Antrag in den Unterausschuss Digitale Kommunikation und Organisation verweisen. Das ist der richtige Ort, um noch einmal in Ruhe darüber zu sprechen.

Sie haben gesagt, dieses Thema sei zu wichtig, um es sozusagen in einem Unterausschuss zu verstecken. Das ist mitnichten die Absicht. Die Absicht ist vielmehr, dort eine sehr solide und fundierte Beratung in Ruhe vorzunehmen und mit den entsprechenden Ergebnissen dann auch wieder in die höheren Gremien zu gehen.

Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam gehen. Noch einmal: Die Idee ist gut. Ob sie so umsetzbar ist, wird man sehen. Ob wir diesem Antrag endgültig zustimmen können, müssen wir im Unterausschuss sehen. Die Marschrichtung findet aber durchaus die Zustimmung der SPD.

In diesem Sinne plädiere ich für eine Verweisung, sozusagen mit einem positiven Drall, in den Unterausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön. - Wir kommen zu Herrn Dr. Elster.

**Dr. Ralph Elster** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Hegenbarth, ich möchte den Drall aus den Ausführungen meines Vorredners aufnehmen und auch für die CDU-Fraktion den Verweis in den Unterausschuss Digitale Kommunikation und Organisation beantragen, und zwar aus verschiedenen Gründen. Die wesentlichen Themen hat der geschätzte Kollege gerade schon angesprochen.

Der zentrale Punkt ist: Wer Daten weitergibt, ist raus aus der Vergabe. - Das hört sich gut an. Ursprünglich war das übrigens auch in Berlin die Intention, als der Innenminister einen Gesetzentwurf vorgelegt hat.

Meine Damen und Herren, die Vergabekammer des Bundes hat aber gezeigt, dass das nicht ganz so einfach ist. Wenn wir Anbieter wegen irgendeiner Auflage, die sie nicht erfüllen können, diskriminieren, befinden wir uns automatisch im Konflikt mit anderen Vergaberechten. Das ist unter anderem das Vergaberecht der EU, das der geschätzte Stadtdirektor in der letzten Ratssitzung auch an der einen oder anderen Stelle strapaziert hat. Wir befinden wir uns in der Tat in Konflikt mit diesem Vergaberecht, das ganz klar sagt: Es darf bei Ausschreibungen keine Diskriminierung erfolgen.

Daher ist das gar nicht so einfach. Die von Ihnen ins Feld geführte Firma CSC unterliegt amerikanischem Recht. Der Patriot Act ver-

langt, Daten unter Umständen an die NSA oder andere Behörden weiterzugeben. Sie muss diesem amerikanischen Recht gehorchen. Eine Firma, die amerikanischem Recht gehorcht, darf nach EU-Recht nicht diskriminiert werden. Das hat zumindest die Vergabekammer des Bundes gesagt. Das heißt: Wir haben einen echten Konflikt, der nur juristisch zu lösen ist - und nicht mal eben in einer schlanken Ratsdebatte um kurz vor sechs an einem Dienstagabend in Köln.

Der nächste Punkt ist: Bund und Länder sind für die Kommunen grundsätzlich die Gesetzgeber. Der Bund hat seine Gesetzgebung auch noch nicht ganz abgeschlossen. Er hat nämlich aufgrund der Entscheidung der Vergabekammer die Sache noch einmal kommentiert. Es hat also eine Nachkommentierung gegeben - die allerdings für unseren Fall überhaupt nicht hilfreich ist, wie man feststellt, wenn man sich das einmal durchliest.

Die meisten Länder - Sie haben ja nur ein paar aufgezählt - haben auch noch keine Regelung, weil die Gesetzgebung in den Ländern noch gar nicht angelaufen ist bzw. zumindest weitestgehend nicht abgeschlossen ist. Es gibt nur wenige Länder, die im Augenblick eine solche No-Spy-Klausel haben.

Jeder will natürlich die Daten der Bürgerinnen und Bürger schützen. Das ist ganz klar. Das ist ein zentrales Thema. Wenn wir über IT reden - und es sind im Wesentlichen IT-Systeme, die da relevant sind, weil nur IT-Systeme Daten in größeren Mengen zur Verfügung stellen können -, sprechen wir aber über solche Details.

Meine Damen und Herren, ich sehe schon viele gelangweilte Gesichter. Wenn wir über die Archäologische Zone oder die Brücke im Kölner Süden oder andere wichtige Themen diskutieren, ist das anders.

Hier sprechen wir also über solche Details, die zunächst einmal der fundierten Information seitens der Verwaltung bedürfen. Da müssen wir der Verwaltung auch die Chance geben, uns einmal einen Sachstandsbericht vorzulegen. Herr Dr. Engel wird das sicherlich gerne machen.

Auch der Herr Stadtdirektor - ich gucke jetzt einmal nach rechts - wird das dann im Unterausschuss Digitale Kommunikation und Organisation mit Sicherheit gerne machen. Ich denke, das ist heute im Anschluss an die Ratsreden - - Sie sind bestimmt vorbereitet.

(Stadtdirektor Guido Kahlen: Richtig!)

- Es sollte nur ein kleines Stündchen sein, Herr Stadtdirektor. Wir müssten das nämlich dann vielleicht auch noch einmal in dem Unterausschuss vorbereiten.

Das heißt: Es ist ein gutes Thema; es ist ein wichtiges Thema; es ist ein populäres Thema - spätestens seit der NSA-Affäre. Mit einem solchen Antrag hier im Rat schießt man aber am Ziel vorbei. Das muss erst einmal sachlich aufbereitet werden. Dann sind wir vielleicht dabei. Dann schauen wir einmal, welche Lösungen wir hier für Köln überhaupt rechtlich definieren können.

Jetzt ein eigenes Vergaberecht für Köln zu gestalten und Firmen zu diskriminieren und sich dann Ärger mit der EU einzuhandeln, ist kein guter Weg, glaube ich. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Dann kommen wir zu Herrn Frank.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Der vorliegende Antrag berührt insbesondere das Vergaberecht. Ein Weg, um dahin zu kommen, könnte sein, dass die Stadt Köln aus dem Land Nordrhein-Westfalen austreten und sich dann ein eigenes Vergaberecht schaffen würde. Ich weiß aber nicht, ob das mit diesem Antrag gemeint ist.

Wenn man sich die Sache genauer anschaut, stößt man auf Regelungen des Bundes. Der Bund hat versucht, Regularien für sicherheitsrelevante öffentliche Aufträge zu

finden. Er hat Regularien geschaffen, wonach solche Firmen, die in der Regel Software herstellen, Eigenerklärungen abgeben. Ich weiß allerdings nicht, ob diese Eigenerklärungen wirklich so rechtsverbindlich sind, dass man damit realen Datenschutz erzeugt.

Jedenfalls ist mit der Übernahme eines solchen populär klingenden Begriffs - wer ist schon dafür, dass Ungebetene sich der Daten der Stadt bemächtigen oder über deren Daten verfügen? - überhaupt noch kein Problem gelöst.

Deshalb würde ich gerne eine Frage an die Verwaltung - hier natürlich formal erst einmal an den Oberbürgermeister - richten und darum bitten, doch einmal kurz darzustellen, wo wir überhaupt stehen. Vielleicht ist es möglich, dem Rat hier darzulegen, was unsere Vergaberichtlinien derzeit hergeben und inwieweit wir sicherheitsrelevante Software haben, die wir tatsächlich schützen müssen. Nachdem dieses Thema jetzt einfach einmal in den Raum gestellt worden ist, könnte es meines Erachtens nämlich hilfreich sein, dazu einige kurze Informationen von der Verwaltung selbst zu bekommen, bevor wir dieses Thema dann in den Ausschuss verweisen, wo es sicherlich noch einmal besprochen wird. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir kommen zu Frau Tokyürek von der Fraktion Die Linke.

**Güldane Tokyürek** (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Thomas, herzlichen Dank für deine Ausführungen, in denen es auch um die technischen Details ging. Das fand ich gut. - Meine Damen und Herren, ich weiß, dass das jetzt der fünfte Redebeitrag zu diesem Thema ist. Sie sehen relativ gelangweilt aus. Ich muss Ihnen aber Folgendes sagen: Die NSA-Affäre hat in Deutschland auch die öffentlichen Vergabeverfahren erreicht. Insofern geht das uns alle an. Es ist ein sehr wichtiges Thema.

Über 20 Milliarden Euro investiert die öffentliche Hand in den Einkauf von Informationstechnologie und Telekommunikation. Damit gehören Bund, Land, Kommunen und öffentliche Träger zu den größten Auftraggebern am deutschen Markt.

Der Bund und einige Länder - dazu gehört NRW noch nicht; Thomas hat bereits die Länder genannt, die schon dabei sind, einen solchen Erlass umzusetzen - schreiben aktuell vor, bei allen sicherheitsrelevanten öffentlichen Aufträgen von den Unternehmen die Erklärung zu verlangen, dass sie nicht zur Herausgabe vertraulicher Daten an Dritte gesetzlich oder vertraglich verpflichtet sind. Das ist die sogenannte No-Spy-Klausel.

Die No-Spy-Klausel zielt auf Unternehmen ab, die zum Beispiel durch nationale gesetzliche Regelungen zu einer solchen Datenherausgabe gezwungen werden können. Sollte ein entsprechender Schutz vor Herausgabe von sicherheitsrelevanten Daten an Dritte nicht gewährleistet werden, werden keine Aufträge an diese IT-Unternehmen vergeben.

Wenn ein Anbieter - auch nur fahrlässig - eine falsche Erklärung abgibt, führt das zum Ausschluss vom Vergabeverfahren oder im Falle des Vertragsschlusses zur fristlosen Kündigung des Auftrages mit der eventuellen Konsequenz, bei späteren Vergaben mangels Zuverlässigkeit nicht mehr berücksichtigt zu werden. Die Anbieter sollen das vor dem Auftrag verbindlich schriftlich bestätigen.

Die Linke hat bereits am 23. September 2013 im Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen im Zuge der NSA-Affäre eine Anfrage eingebracht. Unter anderem haben wir gefragt:

> Welche Maßnahmen hält die Verwaltung für vorstellbar, um den bekannten Gefahren für die Datensicherheit und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung zu begegnen und den Schutz von Daten in den entsprechenden Bereichen zu erhöhen?

Die No-Spy-Klausel kann ein solches Werkzeug sein, um die IT-Sicherheit in der öffentlichen Verwaltung zu verbessern. Diese Klausel kann sich zu einem wichtigen Mittel entwickeln, um die Sicherheit von Daten zu erhöhen.

Welche juristischen Hürden dabei zu nehmen sind, sollte nun von der Verwaltung eingehend überprüft werden. Da gebe ich Herrn Dr. Elster auch recht. Es ist in der Tat ein juristisch heikles Thema. Ob diese Klausel bei den Vergabeverfahren tatsächlich zulässig ist, ist noch nicht ganz klar. Dazu gibt es mittlerweile auch eine Entscheidung der Vergabekammer. Morgen ist auch eine Entscheidung des OLG Düsseldorf zu diesem Thema zu erwarten.

Sie sehen also: Diese No-Spy-Klausel ist ein Thema, mit dem wir uns ernsthaft beschäftigen müssen. Es geht die Kommunen an, es geht das Land an, und es geht natürlich auch den Bund an.

Deshalb unterstützen wir den Prüfauftrag der Piraten ausdrücklich.

(Beifall bei der Linken)

Wir sind dafür, dass diese Klausel in irgendeiner Form Anwendung findet - ob nun bei der Zulässigkeitsvoraussetzung angesetzt wird oder so, wie es die Vergabekammer dann auch gesagt hat, eine Erklärung abzugeben ist -, damit es bei der Auftragsabwicklung datenschutzrechtliche Sicherheit gibt.

Heute ist es schon so, dass bei Ausschreibungen die Regelungen des Vergaberechts des Landes NRW berücksichtigt werden müssen. Hierbei werden die notwendigen Erklärungen zur Zuverlässigkeit und zur Einhaltung der Regelungen des Tariftreue- und Vergabegesetzes NRW - unter anderem zu Mindestlohn, Kernarbeitsnorm, sozialen Kriterien und Frauenförderung - eingeholt. Die danach erforderlichen Zuverlässigkeitskriterien müssen für jede konkrete Auftragsvergabe individuell festgelegt und ausgestaltet werden.

Da kommt natürlich die Frage auf, weshalb die IT-Sicherheit nicht zu den Zuverlässigkeitskriterien gehört. Dorthin gehört sie nämlich.

(Beifall bei der Linken)

Daher ist eine No-Spy-Klausel hier sehr sinnvoll.

Ich sage Ihnen aber auch: Die Wirkungsgrenze einer No-Spy-Klausel zeigt sich bei denjenigen Firmen, die durch ihren ausländischen Firmensitz auch den Rechtsvorschriften des jeweils ausländischen Staates unterliegen. Da hört die Wirkung einer No-Spy-Klausel leider auf. Da sind wir auch bei dem Bereich, wo juristisch geprüft werden muss, ob eine No-Spy-Klausel so umsetzbar ist, wie sie jetzt erlassen worden ist.

Den Herausforderungen einer digitalisierten Gesellschaft kann daher nicht ausschließlich rechtlich begegnet werden. Vielmehr muss ein fachübergreifendes Verständnis für Fragestellungen der IT-Sicherheit auf juristischer, organisatorischer und technologischer Ebene hergestellt und in den gesamtgesellschaftlichen Diskurs getragen werden.

Das heißt: Die Diskussion muss weitergehen. Sie hört mit der No-Spy-Klausel eben nicht auf. Diese Klausel ist nur ein Werkzeug von vielen.

Deshalb bedanke ich mich natürlich für den Antrag. Das ist ein guter Antrag. Ich meine aber auch, dass es juristisch etwas schwierig ist, das heute hier zu beurteilen. Man muss abwarten, was noch von der Vergabekammer kommt und was vielleicht das OLG Düsseldorf dazu sagt.

Insofern bin ich grundsätzlich auch für eine Verweisung in einen Ausschuss. Meine Frage ist aber: Muss es in den Unterausschuss Digitale Kommunikation und Organisation gehen? Ich meine, wenn es eine juristische Frage ist, sollte es in den Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen verwiesen werden. - Danke, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der Linken)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir kommen abschließend zu Herrn Breite.

**Ulrich Breite** (FDP): Herr Oberbürgermeister, ich mache es hier sehr kurz. Die Argumente sind vorgetragen worden. Wir sind ebenfalls für die Verweisung in den Unterausschuss, weil das auch die Expertenrunde ist. Da kann das dann ausführlich besprochen werden. Das ist bei der Bedeutung dieses Antrags genau der richtige Weg, glaube ich. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gab zwar einen Wunsch von Herrn Frank, dass der Herr Stadtdirektor aus seinen profunden Kenntnissen noch einen Zwischenstand darstellt.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hätte ich gerne noch gewusst!)

Da wir aber nach eindeutiger Erkenntnislage davon ausgehen können, dass eine Verweisung in den zuständigen und darüber auch sehr fachlich diskutierenden Unterausschuss für Digitale Kommunikation und Organisation zu erwarten ist, würde ich vorschlagen, dass wir die Sachdiskussion nicht hier führen, sondern da, wo sie hingehört, in dem entsprechenden Unterausschuss.

(Beifall bei der FDP - Stadtdirektor Guido Kahlen: Wir sind an dem Thema dran!)

- Sie sind dran; das ist klar. - Es ist also nicht so, als wenn das Neuland für uns wäre. Sie werden im Unterausschuss sehen, wie profund dann auch vonseiten der Verwaltung auf einzelne Fragestellungen geantwortet werden kann. - Bitte schön.

**Güldane Tokyürek** (Die Linke.): Ich habe noch eine Frage an Herrn Kahlen. Muss es wirklich in den Unterausschuss Digitale Kommunikation und Organisation? Wäre es in einem normalen Ausschuss nicht richtiger?

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Dann kommt der Herr Stadtdirektor doch noch zu Wort. Das gebe ich ihm aber auch gerne.

**Stadtdirektor Guido Kahlen:** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann Ihnen folgen, was den Unterausschuss angeht. Die Ergebnisse des Unterausschusses werden aber auf alle Fälle im Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales behandelt, sodass der AVR dann auf der Basis der Debatte im Unterausschuss auch die weitere Behandlung beschließen kann. Insofern ist mein Vorschlag in der Tat die Verweisung in den Unterausschuss.

Ein einziger Satz noch: Wir sind dran. Es ist für uns kein Neuland. - Danke sehr.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wunderbar. Herzlichen Dank für diese optimistisch stimmenden Worte.

Insofern lautet meine Frage: Gibt es Stimmen gegen die Verweisung in den Unterausschuss? Wer dagegen ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Piraten und Deine Freunde. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag in den Unterausschuss Digitale Kommunikation und Organisation verwiesen.

Nachdem wir damit die Behandlung der gestellten Anträge abgeschlossen haben, kommen wir jetzt zu:

## 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 4.1:

### 4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Kostensteigerungen bei Großprojekten“ AN/0166/2015

Hier bitte ich noch einmal um ein wenig Geduld. Wir sind bei den letzten Ausarbeitungen und wollen auch eine präzise Antwort vorlegen. Diese Anfrage wird dann in der nächsten Sitzung des Rates umfänglich beantwortet. Sind Sie damit einverstanden? - Okay.

Zu Tagesordnungspunkt 4.2:

**4.2 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend „Opernfusion erneut auf den Prüfstand stellen“**
**AN/0221/2015**

**Antwort der Verwaltung vom 24.03.2015**
**0909/2015**

Wie ich sehe, ist die Beantwortung so umfänglich, dass keine weiteren Fragen gestellt werden.

Zu Tagesordnungspunkt 4.3:

**4.3 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend „Fragen zur aktuellen Asylwelle“**
**AN/0304/2015**

Herr Stadtdirektor wird mündlich antworten.

**Stadtdirektor Guido Kahlen:** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aktuelle Zahlen bei den Gruppen der Asylbewerber und unerlaubt Eingereisten in Köln: Personen im Asylverfahren 3 815, in 2015 unerlaubt eingereiste Personen 727, Personen mit Duldung insgesamt - dazu gehören teilweise auch die unerlaubt eingereisten Personen - 3 392.

Nationalitäten - ich nenne sie in der Reihenfolge der Quantitäten -: Bei den Asylbewerbern stehen an der Spitze Menschen aus Syrien, dann aus dem Kosovo, aus Serbien, aus dem Irak, aus Albanien, aus Russland, aus Mazedonien, aus Afghanistan, aus Eritrea und aus Nigeria. Bei den in 2015 unerlaubt eingereisten Personen stehen an der Spitze Menschen aus dem Kosovo, dann aus Serbien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina und dem Irak. Die Personen mit Duldung kommen in der Rangfolge der Zahlen aus folgenden Ländern: an der Spitze Serbien, dann Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Kosovo, Irak, Montenegro, Albanien, Russland, Türkei, Afghanistan.

Die Beantwortung der Frage 3 nach der prozentualen Verteilung nach Geschlecht und Alter ist kurzfristig nicht leistbar. Das ist ein sehr komplexer Auswertungsvorgang. Dafür ist ein sehr hoher Verwaltungsaufwand erforderlich; denn hierfür müssen die Fälle, die wir auch nach Arnsberg melden, händisch ausgewertet werden. Das würden wir nachliefern.

Was die Frage 4 zu den Notunterkünften angeht, hat Frau Kollegin Reker das in ihrem Redebeitrag zu Tagesordnungspunkt 3.1.1 im Ergebnis schon deutlich gemacht. Wir hoffen, dass wir in Zukunft nicht mehr auf Notunterkünfte werden zurückgreifen müssen. Frau Kollegin Reker hat deutlich gemacht, dass die Turnhallen und auch der Baumarkt tatsächlich nur Notunterkünfte sind und dass wir versuchen, die Menschen dort nicht länger als drei Monate sich aufhalten zu lassen. Deshalb hoffen wir auch, bei den zukünftigen Entwicklungen der Zahlen nicht mehr auf Notunterkünfte zurückgreifen zu müssen.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Okay. - Herr Wiener, Sie haben eine Nachfrage.

**Markus Wiener** (pro Köln): Eine Nachfrage an den Herrn Stadtdirektor: Könnten Sie uns das freundlicherweise noch per E-Mail oder anderweitig schriftlich zukommen lassen?

(Stadtdirektor Guido Kahlen: Ja!)

- Alles klar. - Danke.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Okay.

Zu Tagesordnungspunkt 4.4:

**4.4 Anfrage der AfD betreffend „Sicherheitsdienste“**
**AN/0468/2015**

**Antwort der Verwaltung vom 24.03.2015
0867/2015**

Dazu liegt eine schriftliche Ausarbeitung vor. Ich gehe davon aus, dass sie ausreichend ist.

Die Anfrage unter TOP 4.5 haben wir eben schon behandelt.

Zu Tagesordnungspunkt 4.6:

**4.6 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Das Kooperative Baulandmodell und seine Gültigkeit für das Deutsche-Welle-Areal“
AN/0478/2015**

Das wird nachgeliefert, Herr Beigeordneter Höing?

(Beigeordneter Franz-Josef Höing: Ja!)

Wir werden die Antwort zum Thema „Das Kooperative Baulandmodell“ nachliefern.

Zu Tagesordnungspunkt 4.7:

**4.7 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Zur Aufwertungskampagne der Gewerkschaft Verdi in den Sozial- und Erziehungsdiensten“
AN/0482/2015**

**Antwort der Verwaltung vom 24.03.2015
0879/2015**

Dazu liegen umfängliche Unterlagen vor. - Herr Weisenstein, Sie haben genickt. Das reicht also.

Zu Tagesordnungspunkt 4.8:

**4.8 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend „Finanzielle Förderung des Kölner Karnevals auf dem Prüfstand“
AN/0475/2015**

Diese Anfrage wird vor Rosenmontag auf jeden Fall beantwortet werden. - Nein, natürlich schon in der nächsten Sitzung.

Zu Tagesordnungspunkt 4.9:

**4.9 Anfrage der Gruppe Deine Freunde betreffend „Gebt uns den Colonius zurück!“
AN/0483/2015**

Gibt es da eine mündliche Antwort, Frau Klug? Oder machen wir das beim nächsten Mal?

**Stadtkämmerin Gabriele C. Klug:** Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister, Sie hatten mich gebeten, eine kurze Antwort vorzubereiten. Die gebe ich gerne - auch in der Hoffnung, dass dieses Thema heute damit für die nächste Zeit, zumindest soweit städtische Mittel betroffen sind, erledigt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Colonius steht nicht im Eigentum der Stadt Köln, sondern im Eigentum eines Privaten. Vor diesem Hintergrund können ohnehin einige der gestellten Fragen von der Stadt nicht beantwortet werden.

Der Colonius ist kein Teil des städtischen Vermögens. Aus dieser Perspektive muss ich jedes aktuelle finanzielle Engagement der Stadt, sei es unter kulturpolitischen, tourismuspolitischen, wirtschaftspolitischen oder stadtentwicklungspolitischen Gründen noch so wünschenswert, ablehnen. Dafür sind keine Mittel da. Ich muss jedem städtischen finanziellen Engagement eine Absage erteilen.

Das ist die Antwort, die ich Ihnen heute geben kann. Ich danke dem Herrn Oberbürgermeister dafür, dass er mir die Möglichkeit gegeben hat, heute so klar zu Ihnen sprechen zu dürfen.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank. - Ich sehe keine Nachfrage dazu.

Zu Tagesordnungspunkt 4.10:

**4.10 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Die Stadt zahlt alles - unnötige und teure Immobiliendeals der Stadt“
AN/0466/2015**

**Antwort der Verwaltung vom 24.03.2015**
**0903/2015**

Herr Beckamp, haben Sie dazu noch eine Nachfrage?

**Roger Beckamp** (AfD): Herr Oberbürgermeister, wir haben eine Nachfrage; denn wir haben die Antworten leider nicht verstanden. Das mag durchaus an uns liegen. Wer ist denn dafür zuständig?

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Frau Berg.

**Roger Beckamp** (AfD): Frau Berg, Anlass unserer Anfrage war der Erwerb des Baumarktes in Porz und das Bietergefecht mit dem türkischen Unternehmen Asilsan. Für uns stellte sich die Frage, ob ein Zusammenhang zwischen der Delegationsreise von Vertretern der Stadt Köln in die Türkei und dem Auftreten dieses Unternehmens besteht, ob es also, salopp gesagt, dazu gekommen ist, dass man nachher 1 Million Euro oder noch mehr zu viel ausgegeben hat, weil dieses Unternehmen auch teilgenommen hat, und ob man dieses Unternehmen in irgendeiner Form animiert hat, dort mitzubieten.

Ich möchte jetzt ganz kurz auf Ihre Antworten eingehen; denn diese Antworten verstehe ich konkret nicht.

Wir hatten gefragt, ob es Kontakte zwischen Vertretern der Stadt Köln und türkischen Stellen oder dieser Firma gegeben hat. Sie schreiben, dass die Delegation von der Firma Asilsan auf ein Objekt angesprochen wurde. Auf ein konkretes Objekt? Auf diesen Baumarkt? Oder auf irgendein Objekt? Das verstehe ich schon nicht. Etwas später schreiben Sie, ein Mitglied der Delegation habe in Deutschland der Firma Asilsan mitgeteilt, die dort vorgesehenen Maßnahmen seien im Grunde nicht zulässig. „Dort“ bezieht sich ja wohl auf dieses konkrete Objekt und nicht irgendein Objekt. Also war das vorher wohl doch Thema. Insofern ist es jedenfalls missverständlich.

Außerdem frage ich mich: Wenn es dort nicht so zulässig gewesen ist, wie es diese Firma vorhatte, wieso war die Firma Asilsan dann vor Ort? Das ist zumindest nicht ganz schlüssig.

Dann antworten Sie auf die Frage - -

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich darf Sie bitten, dann auch zu Ende zu kommen; denn Sie haben schon zwei Nachfragen gestellt.

**Roger Beckamp** (AfD): Ich dachte, ich dürfte zu jeder Antwort zwei Nachfragen stellen.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Nein.

**Roger Beckamp** (AfD): Oh. Das ist dann mein Fehler. - Dann möchte einfach eine zusammenfassende Frage stellen.

Gibt es einen Ursachenzusammenhang zwischen der Höhe des Gebotes und Kontakten von Vertretern der Delegation der Stadt mit dem türkischen Unternehmen Asilsan? Wir hatten nämlich einen türkischen Bekannten vor Ort, der mitbekommen hat, wie die Leute von der Firma Asilsan sich auf Türkisch - er konnte es verstehen - sehr darüber aufgeregt haben, dass die Stadt sich nicht an ihre Zusagen hält - im Nachgang zu der Versteigerung. Das verwundert.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich bitte, zu berücksichtigen, dass hier Fragen gestellt worden sind, die in den nichtöffentlichen Teil einer Sitzung gehören. Soweit es möglich ist, bitte ich Frau Berg aber, auf diese Fragen zu antworten.

**Beigeordnete Ute Berg:** Zunächst einmal verweise ich auf die schriftlichen Antworten, die ich Ihnen gegeben habe. Ich fand sie auch nicht missverständlich.

„Ein“ ist ein als unbestimmter Artikel gewähltes Wort gewesen und nicht ein Zahlwort. Es ging nicht um eins.

Ich kann Ihnen aber Folgendes sagen: Es wurde einem Mitreisenden der Delegation aus der Wirtschaftsförderung ein Foto von einem Bau gezeigt. Er hat dann gesagt: Ich kümmere mich darum; schicken Sie mir noch Unterlagen; ich gucke zu Hause nach. - Er hat aber bereits signalisiert, dass aus seiner Sicht die Nutzung, die dieser türkische Interessent vorhatte, wahrscheinlich nicht möglich sein würde, weil es sich um ein Gewerbegebiet handelt.

Es gab also in keiner Weise irgendwelche Zusagen. Es war erst recht keine Animierung. Während eines Essens wurde ein Foto gezeigt und gesagt, man wolle das erwerben. Dann hat die Wirtschaftsförderung, wie das in so einem Verfahren üblich ist, gesagt: Schicken Sie mir nähere Unterlagen; wir kümmern uns darum; wir glauben aber, dass das an diesem Ort so wahrscheinlich nicht möglich sein wird.

Das waren die Aussagen, die gemacht wurden. Es wurde in keiner Weise zur Teilnahme an einer Versteigerung animiert. Es wurde überhaupt keine Animation in irgendeiner Weise ausgesprochen.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank für die Antworten dazu.

Dann sind wir mit den Anfragen durch und kommen zu:

**5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen**

**5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

**5.1.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Resolution des Kölner Rates zu den Handelsabkommen TTIP, CETA und TiSA (Az.: 02-1600-122/14) 0546/2015**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten und der Gruppe Deine Freunde AN/0493/2015**

Es gibt selbstverständlich die Möglichkeit, sich zu dieser Bürgereingabe zu äußern. Herr van Geffen, kommen Sie bitte als Erster nach vorne, um zu dieser Bürgereingabe Stellung zu nehmen.

**Jörg van Geffen** (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die seit 2013 laufenden Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und den USA über das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP haben eine intensive gesellschaftliche Debatte über Chancen und Risiken von Freihandelsabkommen ausgelöst.

Viele Menschen verbinden mit den Verhandlungen über TTIP, CETA und TiSA erhebliche Sorgen. Vor allem haben sie die Befürchtung, dass dadurch bewährte Rechte und Standards - etwa bei Arbeitnehmerrechten, im Verbraucher-, Umwelt- und Gesundheitsschutz, in der öffentlichen Daseinsvorsorge, bei Kultur und Tierschutz oder bei Lebensmitteln - unterlaufen werden könnten.

Das Kölner Bündnis No TTIP hat seine Sorgen und Bedenken gegen die Abkommen in dem vorliegenden Bürgerantrag zum Ausdruck gebracht. Ich möchte den Kölner Bürgerinnen und Bürgern und insbesondere dem Kölner Bündnis No TTIP für ihr Engagement an dieser Stelle im Namen der SPD-Fraktion ganz herzlich danken.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken)

Wir Sozialdemokraten nehmen ihre Sorgen - wie auch andere Kräfte in diesem Rat - außerordentlich ernst.

Freihandelsabkommen eröffnen grundsätzlich die Chance, unsere Handelsbeziehungen zu intensivieren und sie fair und nachhaltig zu gestalten. Breite Bevölkerungsschichten sollen von zusätzlichem Wohlstand profitieren. Wirtschaftliche, soziale und ökologische Standards sollen verbessert

sowie faire Wettbewerbs- und Arbeitsbedingungen geschaffen werden.

Um diese Ziele aber zu erreichen und gleichzeitig unsere europäischen Errungenschaften zu sichern, müssen wir heute eindeutig Position beziehen und ein konsequentes Handeln einfordern.

(Beifall bei der SPD und der Linken)

Deshalb fordern wir: Die anstehende Ratifizierung von CETA muss gestoppt werden. Ohne umfassende Nachverhandlungen in entscheidenden Punkten darf es das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada nicht geben - nicht so; nicht mit uns.

Für die derzeit in Verhandlung befindlichen Abkommen TTIP und TiSA und alle zukünftigen Abkommen muss ausnahmslos gelten:

- Demokratie und Transparenz bei den Verhandlungen: Wir fordern die Veröffentlichung aller Verhandlungsdokumente zu jeder Zeit der Verhandlungen und eine stärkere Einbeziehung der gesellschaftlichen Akteure, insbesondere der Kommunen. Auch unsere nachfolgenden Generationen müssen die demokratische Freiheit besitzen, über die Abkommen ganz oder in Teilen zu entscheiden.

- Wahrung von Standards: Die hohen europäischen Standards zu Arbeitnehmerrechten und zu Gesundheits-, Verbraucher- und Umweltschutz müssen unantastbar bleiben.

- Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge: Die hohe Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge in der EU und insbesondere bei uns in Köln muss unbedingt gewahrt werden; denn kommunale Daseinsvorsorge heißt auch Organisationsfreiheit. Es darf keinen direkten oder indirekten Zwang zur Liberalisierung oder Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen geben.

(Beifall bei der SPD und der Linken)

- „Privat vor öffentlich um jeden Preis“ ist nicht die Handlungsmaxime sozialdemokratischer Politik. Wir vor Ort müssen auch weiterhin darüber entscheiden, ob und welche Leistungen RheinEnergie, KVB, AWB und StEB für die Kölnerinnen und Kölner erbringen. Erleichterungen für Inhousevergaben und interkommunale Zusammenarbeit müssen gewährleistet sein. Dafür wollen wir sorgen.

- Keine privaten Schiedsgerichte: Wir lehnen Investitionsschutzvorschriften, nach denen private Schiedsgerichte über Schadenersatzklagen entscheiden, entschieden ab und unterstützen die Einrichtung eines öffentlichen Handelsgerichtshofes.

- Fairer und nachhaltiger Handel: Bilaterale Handelsabkommen bergen die Gefahr der Verschiebung der weltweiten Handelsströme zuungunsten der Entwicklungsländer. Deshalb fordern wir, auch weiterhin den Ansatz multilateraler Lösungen im Rahmen der WTO zu verfolgen. Bilaterale Abkommen sollen nur ein notwendiger Zwischenschritt auf dem Weg dorthin sein.

Zusammengefasst: Die Ratifizierung von CETA und jedes weiteren Abkommens, das die dargelegten Maßnahmen nicht erfüllt, ist abzulehnen. Die Verhandlungen zu den Abkommen TTIP und TiSA sind zu stoppen, solange diese Bedingungen nicht erfüllt werden.

Der gemeinsam erarbeitete Änderungsantrag vom heutigen Tag, der auf der Bürgereingabe aufsetzt, wird von einer breiten Mehrheit in diesem Rat getragen. Dabei wissen wir uns mit einer Mehrheit der Kölnerinnen und Kölner insgesamt einig.

Noch einmal: Unser herzlicher Dank - das darf ich, glaube ich, im Namen des gesamten Rates sagen - gilt dem konstruktiven Dialog mit dem Kölner Bündnis.

(Lebhafter Beifall)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank. - Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, begrüße ich auch die Petenten dieser Bürgereingabe ganz herzlich hier bei uns im Ratssaal. - Bitte schön, Herrn Petelkau.

**Bernd Petelkau** (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bereits am 9. März 1776 hat der Ökonom Adam Smith in seinem berühmten Werk *An Inquiry Into the Nature and Causes of the Wealth of Nations* aufgezeigt, dass Freihandel grundsätzlich den Wohlstand fördert, während Protektionismus und Merkantilismus das Gegenteil bewirken.

Deshalb ist ein Abkommen, das den Freihandel fördern soll, zunächst einmal grundsätzlich zu begrüßen - zumal wir Deutschen wie keine andere Nation vom Export abhängig sind. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, gilt auch für viele Kölner Unternehmer.

Dennoch bedarf es in der Entstehungsphase des geplanten TTIP-Abkommens auch einiger kritischer Anmerkungen gerade von kommunaler Seite - nicht nur, weil unsere soziale Marktwirtschaft auf die liberale amerikanische Freihandelswirtschaft trifft, sondern auch, weil die Amerikaner sehr gerne die Spielregeln in ihrem Sinne beeinflussen. Letzteres ist aus deren Sicht sicherlich legitim. Wir sollten und müssen aber im eigenen Interesse dagegenhalten.

Ich möchte jetzt nicht auf alle Themen eingehen, die insbesondere auf Bundes- und EU-Ebene anzusprechen sind, sondern mich auf Dinge beschränken, die hier in der Kommune zu entscheiden sind. Dazu gehören vor allem zwei Themen.

Das erste Thema ist der Erhalt unserer kommunalen Daseinsvorsorge, der in den vorliegenden bekannten Entwürfen leider nicht gesichert ist.

Das zweite Thema ist die Frage der Schiedsgerichtsbarkeit. Hier kann es definitiv nicht sein, dass wir ein Schiedsgerichtswesen bekommen, wo keinerlei Einfluss der demokratisch gewählten Gremien bei der Besetzung stattfindet.

Wie der Kollege gerade schon richtig gesagt hat, wäre das Beste an dieser Stelle ein internationaler Handelsgerichtshof, der so besetzt wird, dass auch vernünftige Entscheidungen herauskommen. Im maritimen Bereich und im Bereich der Menschenrechte haben wir solche Institutionen, die sich bewährt haben. In Wirtschaftsfragen fehlt das leider völlig.

Da wir immer wieder feststellen, dass auch deutsche Unternehmen in Amerika mit Gerichtsklagen scheitern, müssen wir eines allerdings auf jeden Fall abwehren: dass die Zuständigkeit hinterher bei amerikanischen Gerichten liegt, wenn unsere Unternehmen entsprechend unterwegs sind.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Meine Damen und Herren, deshalb ist unser Ansatz von der Priorität her folgender: erst deutsche und europäische Gerichte; wenn wir das nicht umgesetzt bekommen, dann Schiedsgerichte, die aber so besetzt sein müssen, dass am Ende des Tages sichergestellt ist, dass sie legitimiert sind und auch unseren Standards entsprechend ausgestattet sind.

(Beifall bei der CDU)

Außerdem - das ist genauso wichtig - können wir nicht akzeptieren, dass unsere kommunalen Versorgungsunternehmen, die eine andere Tradition haben, hier in eine Situation kommen, von der eine ernsthafte Gefahr ausgeht.

Die bisherigen Überlegungen sehen vor, dass bestimmte Teile - ÖPNV, Wasser, Abwasser, Abfall, Gesundheit, Soziales und Bildung - herausgenommen werden, während andere wesentliche Bereiche wie Gas, Strom und Fernwärme nur mit der sehr schwammigen Public-Utility-Klausel geschützt werden.

Meine Damen und Herren, das kann nicht sein. Hier muss nachgebessert werden. Deshalb setzen wir uns als CDU dafür ein, noch einmal darauf zu dringen, dass auf Bundes- und auf EU-Ebene bei den Entwürfen entsprechend nachgebessert wird und wir hier zu Verbesserungen kommen.

Vor diesem Hintergrund halte ich es für wichtig - an dieser Stelle möchte ich auch den Bürgern Dank sagen, die sich hier einbringen -, dass wir die Punkte sammeln und

unseren Kolleginnen und Kollegen in den Parlamenten mitgeben, damit sie im Sinne einer wirklich positiven Entwicklung - ich möchte noch einmal betonen, dass diese Abkommen dazu dienen, den Wohlstand zwischen den Nationen zu stärken, und dass wir in anderen Ländern damit auch schon gute Erfahrungen gemacht haben - sinnvoll weiterentwickelt werden und wir nicht einen Schrecken ohne Ende bekommen.

Ich glaube, dass wir ihnen mit den Dingen, die wir heute in der Resolution beschließen, gute Punkte mit auf den Weg geben, um das Ganze auch zu einem vernünftigen Ende zu führen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und von Jörg Detjen [Die Linke.])

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Petelkau. - Wir kommen zu Herrn Frank von den Grünen.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Wir von den Grünen freuen uns natürlich auch darüber, dass wir erst einmal zu einem guten Abschluss der Diskussion kommen, die durch die Bürgereingabe eines Bündnisses gegen die Freihandelsabkommen angeregt worden ist, und dass so, wie es jetzt aussieht, durch den Rat eine Erklärung verabschiedet wird, die politisch sehr breit getragen wird. Das ist bei diesem Thema absolut keine Selbstverständlichkeit, wie man sieht, wenn man sich die Diskussionen in anderen Städten anschaut.

Wirtschaft und Handel sind längst global. Bei der Kontroverse um Freihandelsabkommen geht es somit nicht um Protektionismus oder um Abschottung, sondern darum, mit welchen Zielen und unter welchen Bedingungen Handelspolitik stattfindet. Wir sind nämlich der Meinung, dass Freihandel durchaus friedliche Zusammenarbeit, Wohlstand und Menschenrechte fördern könnte - aber nur dann, wenn er starken und verbindlichen sozialen, ökologischen und international gerechten Grundsätzen und fairen Regeln folgt.

(Beifall von Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen] und Heiner Kockerbeck [Die Linke.])

Das heißt auch: Abkommen dürfen nicht weiter zulasten der ärmeren Staaten erfolgen und den Chancen für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung zuwiderlaufen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Grundvoraussetzungen dafür sind die vollständige Transparenz und Öffentlichkeit sowie die parlamentarische Beteiligung bei Verhandlungsprozessen über solche Abkommen.

Aber genau das Gegenteil ist bei den hier in Rede stehenden Freihandelsabkommen der Fall. Sie werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit und der Parlamente geführt. Land und Kommunen werden komplett außen vor gelassen. Dies widerspricht elementaren demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen und Werten.

Die *Süddeutsche Zeitung* brachte es auf den Punkt, als sie kürzlich schrieb, TTIP sei „ein Anschlag auf die parlamentarische Demokratie“.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Umso notwendiger ist es, dass die Abkommen immer deutlicher auf Kritik und Ablehnung stoßen. Es ist gut, wenn wir heute als Rat der Stadt Köln unseren Beitrag dazu leisten.

Hunderttausende Menschen haben in der jüngsten Zeit Appelle unterzeichnet, in denen sie ihre Parlamentarier auffordern, diesen Abkommen ihre Zustimmung zu verweigern.

Die Freihandelsabkommen umfassen inhaltlich ein sehr breites Spektrum. Dabei greifen sie aber auch sehr empfindlich in die Belange der Städte und Gemeinden bezüglich der kommunalen Selbstverwaltung und der Daseinsvorsorge ein.

Das nun bekannte CETA-Abkommen unterläuft juristisch die Grundsätze der Daseins-

vorsorge, die im deutschen und europäischen Recht verankert sind. CETA soll Vorbild für TTIP sein. Würden beide Abkommen rechtswirksam, hätten, wie schon jetzt absehbar ist, die Kommunen bei Rechtsstreitigkeiten gegenüber Privatinvestoren schlechte Karten.

CETA und TTIP werden erheblich in die kommunale Planungs-, Satzungs-, Finanz- und Organisationshoheit eingreifen. Lassen Sie mich dazu nur einige Beispiele aus dem Verhandlungsmandat der Europäischen Kommission nennen.

Die Abkommen sollen einen verbesserten Zugang zu den Beschaffungsmärkten auch auf der regionalen und der lokalen Ebene erreichen. Die Abkommen sollen bestimmen, welche Dienstleistungen von Kommunen erbracht werden dürfen und welche dem Wettbewerb unterliegen müssen.

Die Abkommen sehen transatlantische Ausschreibungen vor. Dabei sollen soziale und ökologische Standards bei Ausschreibungen keine Rolle mehr spielen. Sie werden fallen.

Kommunale Versorgungsaufgaben sollen in ihrer Gänze marktzugängig werden. Dies zielt unter anderem auf die Wasserversorgung und insbesondere auch auf den öffentlichen Verkehrsbereich ab, kann aber auch Bildungsangebote bis hin zur Volkshochschule, Pflegeeinrichtungen, Krankenhäuser und Rettungsdienste umfassen.

Interessant ist auch, dass die Abkommen Hebel beinhalten, die letztendlich eine Privatisierung der Sparkassen erzwingen können.

Wie ein roter Faden durchzieht die Abkommen die Zielsetzung, die Rekommunalisierung von lokalen Dienstleistungen, wie sie in letzter Zeit insbesondere auch in Deutschland stattfindet, durch eigenständige Stadtwerke zu verhindern und stattdessen kommunale Aufgaben, kommunale Unternehmen sowie die Infrastruktur für Privatinvestoren bzw. internationale Fondsgesellschaften übernahmereif zu machen.

Das heißt: Es droht der Abbau von Versorgungssicherheit, es droht der Abbau von Verbraucherschutz, und es droht letztendlich auch der Abbau von sozialen und ökologischen Kriterien, die in den letzten Jahren durch politische Interventionen in unser Regelsystem und insbesondere auch in die Vergabeverfahren aufgenommen worden sind.

Nach dem gegenwärtigen Stand der Verhandlungen wird somit umso deutlicher, dass diese Abkommen sich nicht an Grundsätzen eines gerechten und rechtsstaatlich geregelten Freihandels orientieren. Vielmehr würde der schrankenlosen Freibeuterei international agierender Konzerne und Investoren der Weg bereitet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Städte und Gemeinden und ihre kommunalen Unternehmen würden dabei auch zu ihrer Beute.

Deshalb müssen wir unseren Parlamentariern auf allen Ebenen und unseren Regierenden eindringlich und begründet zurufen: Stoppt diese Abkommen!

Wir sind froh darüber, dass wir heute zu einer so breiten Mehrheit kommen werden, die genau diese Botschaft an die passenden Stellen bei EU, Land und Bund sendet. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön, Herr Frank. - Wir kommen zu Herrn Detjen.

**Jörg Detjen** (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wenn die Linke heute zusammen mit der Bürgerinitiative No TTIP und den demokratischen Parteien hier im Rat - ohne die FDP - scharfe Kritik an dem TTIP-Verhandlungsprozess übt und den Bürgerantrag für einen Stopp der Verhandlungen unterstützt, möchte ich mit einem historischen Zitat beginnen - ähnlich wie Herr Petelkau, nur mit einem anderen Autor.

(Heiterkeit - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Hier muss ein Marx-Zitat her!)

- Ja, klar. - Zitat:

> Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muss sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen. …
>
> Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumption aller Länder kosmopolitisch gestaltet. …
>
> An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander.

Das steht im *Kommunistischen Manifest* von 1848 und ist, wie ich finde, ein sehr aktuelles Zitat.

Für Marx war der Freihandel der Normalzustand der modernen kapitalistischen Produktion. Wir haben in Deutschland nach Marx und nach der russischen Revolution einen besonderen Weg eingeschlagen. Auch die Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg haben dazu geführt, dass wir in den letzten 70 Jahren auch eine öffentliche und kommunale Wirtschaft aufgebaut haben. Das bezeichnen wir als kommunale Daseinsvorsorge.

(Bernd Petelkau [CDU]: Soziale Marktwirtschaft!)

Inzwischen ist die Daseinsvorsorge ein emanzipatorischer Ansatz für ein faires, gerechtes und soziales Wirtschaftshandeln, das ausbaufähig ist. Mit CETA und TTIP kann dieser Ansatz restlos zerschlagen werden.

(Beifall bei der Linken)

Es war schon schwer, die Bolkestein-Richtlinie zu verhindern, die ein regionales Monopol eines kommunalen Unternehmens aufheben wollte. CETA und TTIP gehen jetzt noch weiter.

Im CETA-Abkommen werden die Dienstleistungen der kommunalen Daseinsvorsorge als Investitionen definiert. Durch diese Definition unterliegen sie nun anderen Verpflichtungen als nach dem EU-Recht.

Durch die Wahl des Negativlistenansatzes im CETA-Abkommen sind zahlreiche Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge nicht geschützt. Dazu gehören - und das betrifft Köln insbesondere - Gas, Strom, Fernwärme, Binnenhäfen, öffentliche Beleuchtung, Grünflächen, Breitband und Smart Grids. Deshalb müssen wir diese Verträge ablehnen, meine Damen und Herren.

Das internationale Kapital sucht weltweit Anlagemöglichkeiten. Internationale Konzerne wollen sich in kommunalen Unternehmen einnisten, sie aufsaugen und zerstören. Darum geht es.

(Beifall bei der Linken)

Die Bürgerinitiative No TTIP weist zu Recht auf die Gefahren der Standstill- und Ratchet-Klausel hin, die automatisch neue Rechtssysteme schafft. Wir wollen nicht, dass ein durch CETA und TTIP strukturierter Freihandel der Normalzustand der Weltwirtschaft wird.

Meine Damen und Herren, der eine oder andere wird sich vielleicht an die Diskussion über die Cross-Border-Leasing-Verträge erinnern. Das war nicht nur für uns Ratsmitglieder, sondern auch für die Kämmerei ein undurchschaubares Vertragswerk. Ich empfand mich damals als ferngesteuert und in meinem demokratischen Handlungsspielraum entmündigt. Nie wieder dürfen wir uns auf so etwas einlassen.

Herr Plaßmann vom Stadtwerke-Konzern schreibt in seiner Einlassung zum CETA-Abkommen:

> Es besteht somit die Gefahr, dass der historisch gewachsene EU-Rechtsrahmen für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge ausgehebelt wird.
>
> (Martin Börschel [SPD]: Recht hat er!)

- Genau. - Unser EU-Rechtssystem muss demokratisiert und ausgebaut werden und darf nicht vom umhertreibenden Kapital okkupiert werden. Deshalb freue ich mich über eine breite Unterstützung dieser Bürgereingabe. Stoppt TTIP und CETA! - Danke schön.

(Beifall bei der Linken)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Breite, bitte. Danach bekommen Sie das Wort, Herr Hegenbarth.

**Ulrich Breite** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Jetzt bin ich dran. Schließlich muss auch noch einer hier für die soziale Marktwirtschaft reden.

(Beifall bei der FDP und von Bernd Petelkau [CDU])

Bei dem, was man gerade alles erlebt hat, fühlt man sich ja fast schon so wie im Studentenparlament.

(Martin Börschel [SPD]: Da bist du aber der Letzte!)

Herr Petelkau, bei allem Verständnis - ich habe Ihrer Rede schon gerne zugehört - frage ich mich: Wie können Sie nach der Rede von Herrn Detjen mit auf diesem Antrag stehen? Da bin ich stolz, dass wir nicht darauf stehen.

(Beifall bei der FDP)

Das muss ich einfach sagen. Dafür haben Sie auch Verständnis. Das weiß ich auch.

Im Übrigen bin ich froh, dass es Herrn Gabriel gibt. Ich habe mich schon gewundert, dass die SPD hier mitmacht. Da kann man nur auf Herrn Gabriel hoffen, der diese Abkommen ja unterstützt.

(Martin Börschel [SPD]: Uli, du bist aber heute durcheinander! Du weißt ja gar nicht mehr, für was du sein sollst!)

Das ist ein Sozialdemokrat, der noch lesen kann - anders als die Kölner Sozialdemokratie.

(Martin Börschel [SPD]: Du bist ja ganz empört! Du redest ja wider die Vernunft!)

Ich weiß nicht, was Sie geritten hat, bei dieser Sache mitzumachen - gegen Freihandel, gegen TTIP, gegen CETA. Auch bei der CDU kann ich mir das nicht erklären, wie ich schon gesagt habe.

Herr Oberbürgermeister, ich hätte mich gefreut, wenn man der Verwaltung gefolgt wäre. Wie hier auch bei den Reden deutlich geworden ist, fordert diese Initiative ganz eindeutig, der Rat der Stadt Köln solle die Abkommen TTIP, CETA und TiSA ablehnen. Die Verwaltung schlägt vor, der Petentin für ihre Eingabe zu danken und sich dem Positionspapier der kommunalen Spitzenverbände anzuschließen.

(Beifall bei der FDP)

Sie kritisieren auch Punkte und sagen, was man bei den Verhandlungen berücksichtigen sollte. Wir führen die Verhandlungen ja nicht. Natürlich kann man da immer etwas besser machen und muss auch aufpassen. In dem Positionspapier der kommunalen Spitzenverbände kommt aber eine andere Botschaft herüber als in der von Ihnen vorgeschlagenen Resolution. In dem Positionspapier heißt es:

> Die kommunalen Spitzenverbände und der Verband kommunaler Unternehmen begleiten konstruktiv

- und die Redebeiträge hier waren nicht konstruktiv, meine Damen und Herren -

> die Verhandlungen über die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) und weitere Freihandelsabkommen. Sie unterstützen das mit den Abkommen verfolgte Ziel, durch den Abbau von Handelshemmnissen und die Verbesserung der Investitionsbedingungen die Schaffung von Arbeitsplätzen zu befördern.

(Beifall bei der FDP)

Hierfür bedanke ich mich bei den kommunalen Spitzenverbänden; denn das ist die richtige Antwort darauf.

Am 18. März 2015 habe ich an der Veranstaltung des Kölner Netzwerks der Daseinsvorsorge im Rathaus teilgenommen. Sie haben sie eröffnet, Herr Oberbürgermeister. Dort gab es interessante Berichte über die Auswirkungen von CETA und TTIP. Auch ich war davon sehr beeindruckt.

Dabei ging es auch um die kommunale Daseinsvorsorge. Herr Professor Krajewski hat zu der kommunalen Daseinsvorsorge ausgeführt und ganz zum Schluss gesagt:

> CETA und TTIP bedeuten keine Abschaffung der Daseinsvorsorge.

Keine Abschaffung der Daseinsvorsorge! Meine Damen und Herren, darum bin ich der Meinung, dass hier, wie er auch gesagt hat, mit der Verpflichtung zu Nichtdiskriminierung und Transparenz im Vergabeverfahren der Wettbewerb gestärkt wird. Wer kann denn als Befürworter der sozialen Marktwirtschaft dagegen sein? Wir müssen doch gerade dafür sein, das so zu machen.

(Beifall bei der FDP)

Ich komme gleich zum Ende. Einen Moment dauert es aber noch; denn das muss jetzt noch gesagt werden, weil ich offensichtlich der Einzige bin, der hier noch für die soziale Marktwirtschaft einsteht, meine Damen und Herren.

> (Martin Börschel [SPD]: Das ist ja Autosuggestion! Du glaubst das ja sogar!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so sehr ich Herrn Plaßmann - er sitzt auch hier - schätze, möchte ich gerne seine Aussage aus dem *Kölner Stadt-Anzeiger* zitieren:

> Auch wenn die Gefahr durch das Freihandelsabkommen noch nicht konkret ist, es gibt sie.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das erinnert mich an das Ungeheuer von Loch Ness. Niemand hat es gesehen; aber es soll es trotzdem geben.

(Beifall bei der FDP)

Herr Plaßmann, da sind Sie für mich die Mensch gewordene „German Angst“. Im angloamerikanischen steht der Begriff „German Angst“ dafür, immer erst Angst zu haben und nicht die Chancen für die Zukunft zu sehen, die beispielsweise ein solcher Freihandel bedeutet.

> (Martin Börschel [SPD]: „German Angst“ vor „Yellow Breite“!)

Gerade wir als Deutsche sollten das wissen. Es ist auch in unserem Interesse, dass es Freihandel gibt. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Dann kommen wir zu Herrn Hegenbarth.

**Thomas Hegenbarth** (Piraten): Lieber Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Um das Mehrheitsbild wieder abzurunden, steht jetzt der Pirat hier oben. - Wir Piraten finden es sehr gut, dass der Rat heute eine fundierte und sehr kritische Resolution zu den Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA verabschieden wird, und zwar wahrscheinlich mit großer Mehrheit.

Das ist nämlich - um das noch einmal klarzumachen; da muss ich dem Kollegen Breite sogar fast recht geben - eine wirklich sehr kritische Resolution, die sich damit auseinandersetzt.

Wie die Vorredner bereits umfassend dargelegt haben, werden diese Abkommen, sollten sie ratifiziert werden, sehr negative Auswirkungen auf unsere städtische Daseinsvorsorge, die Kultur und viele weitere Errungenschaften haben.

Bereits im Dezember 2014 haben wir Piraten die Notwendigkeit erkannt, dass der Rat der Stadt Köln sich kritisch gegenüber diesen Freihandelsabkommen verhalten muss.

Mit unserer Resolution wollten wir als Stadtrat das Gemeinsame Positionspapier zu internationalen Handelsabkommen und kommunalen Dienstleistungen der kommunalen Spitzenverbände und des Verbandes kommunaler Unternehmen vom Oktober 2014 unterstützen.

Heute gehen wir mit der vorliegenden neuen Resolution noch weiter und fordern den Stopp der Verhandlungen, wenn die Forderungen des Kölner Bürgerbündnisses No TTIP nicht erfüllt werden. Hoffentlich hat die CDU das auch genau gelesen. Das ist nämlich mehr als das, was wir uns im Dezember 2014 erhofft haben. Aus unserer Sicht ist das etwas ganz Tolles.

Daher war es auch richtig, unsere alte Resolution zurückzuziehen; denn diese war auf den kleinsten gemeinsamen Nenner, das Positionspapier der kommunalen Spitzenverbände, ausgerichtet - für uns nur der kleinste gemeinsame Nenner, für Sie wahrscheinlich auch schon viel zu viel.

Wir konnten uns damals nicht vorstellen, dass die großen Fraktionen im Rat der Stadt Köln heute eine derart weitreichende Kritik mit einer so großen Mehrheit verabschieden würden.

(Zuruf von der FDP: Wir auch nicht!)

Ich finde das ganz toll. Es erstaunt uns allerdings schon, dass Sie Ihrer Parteiprominenz - Herrn Gabriel, Herrn Merz, Herrn Laschet und vielen mehr - die Stirn bieten.

Noch am 3. März 2015 hat die CDU-Landtagsfraktion eine gemeinsame Pressemitteilung von Armin Laschet und Friedrich Merz herausgegeben, in der sie TTIP vollumfänglich begrüßt. Die Landesregierung wird in der Pressemitteilung der beiden Herren aufgefordert,

> offensiv [zu] vermitteln, dass die Menschen und Unternehmen in Nordrhein-Westfalen zu den Gewinnern dieses Abkommens gehören.

Weiter heißt es dort:

> Europa würde eine einmalige Chance vergeben, wenn es das Abkommen scheitern ließe.

In dieser Pressemitteilung steht also der ganze Kram der Befürworter.

Auch die Landesregierung reagiert sehr vorsichtig, wenn es um eine öffentliche kritische Positionierung zum Handelsabkommen geht - ganz zu schweigen von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel, der im Bundestag den Eindruck erweckt, Deutschland müsse zumindest dem Freihandelsabkommen CETA trotz Bedenken zustimmen.

Von solchem Rebellentum hier in Köln sind wir schwer begeistert.

Jetzt kommt etwas, was mir als Pirat wirklich nur selten von den Lippen kommt: Hut ab vor der Kölner Union und vor der Kölner Sozialdemokraten dafür, dass sie sich hier beim Thema CETA und TTIP in weiten Teilen ihrer Landes- und Bundespolitik entgegenstellen. Das findet in unserem Antrag nämlich statt.

> (Christoph Klausing [CDU]: Bei der nächsten Bundestagswahl uns wählen!)

- Ganz so weit würde ich jetzt nicht gehen. Meine Position ist ja, glaube ich, klar.

Das war es dann aber auch mit der Lobhudelei an die beiden großen Fraktionen. Sicherlich ist das nämlich in erster Linie ein Verdienst der engagierten Kölner Bürgerinnen und Bürger an dieser Stelle -

> (Beifall bei der FDP)

und vielleicht ein klitzekleines bisschen auch der kleinen Parteien hier im Rat.

Wir wünschen uns aber noch eine Kleinigkeit mehr. In unserer damaligen Resolution haben wir gefordert, dass der Oberbürgermeister und die Stadtverwaltung deutlich mehr öffentlichen Wirbel um das Abkommen machen. Die Haltung der Stadt Köln sollte nicht nur in einer Zuschrift an die Landesregierung, die Bundesregierung usw. vertreten werden. Viele Kommunen haben solche Zuschriften bereits versendet. Dennoch tut sich

zu wenig und tun sich die Verantwortlichen zu schwer, sich ablehnend gegenüber den geplanten Freihandelsabkommen zu positionieren.

Deshalb wollen wir Piraten, dass nicht nur nette Briefe versendet werden, und wünschen, dass der Oberbürgermeister im Namen der Stadt Köln die Haltung des Stadtrates gegenüber Mandatsträgern, auch der Kanzlerin, und dem Bundeswirtschaftsministerium auch persönlich zum Ausdruck bringt sowie in der Öffentlichkeit bekannt gibt und vertritt. Wir brauchen noch mehr Öffentlichkeit und auch Unterstützung der Proteste. - Danke.

(Beifall bei den Piraten, dem Bündnis 90/Die Grünen, der Linken und Deinen Freunden)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir kommen zu Herrn Beckamp.

**Roger Beckamp** (AfD): Nur ganz kurz einige Sätze, Herr Oberbürgermeister. Herr Detjen hat mich dann doch animiert, diesmal noch etwas dazu zu sagen; denn auch ich habe meinen Marx gelesen. Das will ich gar nicht verhehlen. Insofern möchte ich auch den Genossen Marx zitieren, der damals gesagt hat:

> Mit einem Wort, das System der Handelsfreiheit beschleunigt die soziale Revolution. Und nur in diesem revolutionären Sinne, meine Herren

- damals war das so: nur Herren -,

> stimme ich für den Freihandel.

Das sind die beiden letzten Sätze der Rede über die Frage des Freihandels, gehalten am 9. Januar 1848 von Karl Marx.

In diesem Sinne hat er völlig recht - nur anders, als er damals dachte. Er dachte, die revolutionären Massen würden sich dann gegen die Bourgeoisie stemmen. Es ist aber anders gekommen; denn der Freihandel hat erst das ermöglicht, was die Kommunisten - im Ergebnis, nicht mit den Wegen - wollten: Wir leben im Wohlstand. Millionen wurden durch Freihandel aus dem Elend geholt.

Wenn wir über TTIP reden, können wir uns gerne darüber streiten, ob wir Chlorhühnchen aus Amerika oder mit Antibiotika vollgepumpte europäische Hähnchen ablehnen. Das sind Detailfragen. Aber gegen Freihandel so ein Wort zu führen, ist fern jeglicher Lebenswirklichkeit. - Danke.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Dann kommen wir abschließend zu Herrn Henseler.

**Andreas Henseler** (Freie Wähler Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Als Einzelmandatsträger ist man bei vielen Fragen, die hier im Rat verhandelt werden - wobei man in viele Diskussionen auch nicht unmittelbar involviert ist -, natürlich mehr teilnehmender Beobachter und kann sein Abstimmungsverhalten nur durch Aufzeigen ausdrücken und nicht, wie das die Fraktionen können, durch entsprechende Wortbeiträge. Nach der Diskussion, die jetzt hier geführt worden ist, hat es mich aber nicht mehr auf meinem Sitz gehalten.

Ich sage ausdrücklich, dass ich die Bürgereingabe und die Diskussion, die von den sie unterstützenden Gruppen geführt wird, für sinnvoll und gut erachte. Ich halte aber die Art und Weise, wie diese Diskussion geführt wird - nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch hier im Rat -, für teilweise nicht nachvollziehbar und völlig unangemessen.

(Beifall bei der FDP)

In meiner langen politischen Erfahrung kann ich mich nur an eine ähnliche Diskussion in der Öffentlichkeit erinnern. Das war die sogenannte Volkszählungsdebatte. In dieser Diskussion wurden um eine Volkszählung herum alle möglichen Schimären aufgebaut und Angstzustände erzeugt, um diese Volkszählung zu verhindern. Das ist nicht gelungen. Anschließend ist sie erfolgt. Dann ist das Ganze genauso plötzlich wieder verschwunden, wie es entstanden ist.

Hier läuft - so ist das jedenfalls für mich nachvollziehbar - eine ähnliche Kampagne. Es wird in der Öffentlichkeit nur das in den Vordergrund gestellt, was sich möglicherweise negativ auswirken könnte. Alle negativen Begleiterscheinungen werden überspitzt und in den Mittelpunkt gestellt.

Das, was eigentlich erforderlich ist, auch in der öffentlichen Debatte, nämlich eine nüchterne Abwägung für eine Nation, die auf Welthandel angewiesen ist, findet nach meinem Eindruck viel zu wenig statt.

Meine Damen und Herren, was wir heute hier im Rat gehört haben, war nicht wesentlich besser.

Wenn Herr Frank sozusagen den Untergang der parlamentarischen Demokratie propagiert,

(Beifall bei der FDP)

sage ich als Kölscher: Hadder et nit e bessche kleiner?

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und Teilen der CDU)

Es kann natürlich sein, dass die Amerikaner versuchen, uns mithilfe dieses Abkommens ihre präsidiale Demokratie überzustülpen. Dass in den Vereinigten Staaten eine Art Demokratie existiert, wird aber wohl auch nicht bestritten, und zwar eine historisch gewachsene -

(Martin Börschel [SPD]: Da gab es die Tea Party aber noch nicht!)

vor der übrigens Karl Marx, wenn ich das erwähnen darf, Herr Detjen, einen hohen Respekt hatte. Er war allerdings der irrigen Auffassung, dass in diesem Land die proletarische Revolution die größten Chancen auf ihre Verwirklichung hatte. Da hat Marx sich geirrt - wie an anderen Stellen auch. An vielen Stellen hat er allerdings auch recht.

Die Art und Weise, wie Sie ihn zitieren - das muss ich jetzt noch sagen dürfen, meine Damen und Herren -, ist aber völlig ahistorisch. Was Sie da aus dem *Kommunistischen Manifest* herausgegriffen haben, ist eine Stelle, an der er historisch die Rolle der Bourgeoisie mit hohem Respekt darstellt und sagt: Wir, die Proletarier, die proletarischen Kräfte - -

(Martin Börschel [SPD]: Früher hast du uns das noch gelehrt! Jetzt reicht es aber!)

- So hat Marx gesprochen. Für die Sozialdemokraten ist das natürlich schwer nachvollziehbar.

(Martin Börschel [SPD]: Du hast das vergessen!)

- Martin, Marx und Engels gehören nun einmal zu den philosophischen Gründervätern auch der modernen Sozialdemokraten. Das wird niemand bestreiten, auch in diesem Rat nicht.

Die Idee von Marx war aber - insofern wurde das falsch zitiert -: Wir müssen die Bourgeoisie unterstützen, weil sie den Feudalstaat umwälzt; nachdem dann die Umwälzung des Feudalstaates geschehen ist, erfolgt die proletarische Revolution.

Darin hat er sich - Sie werden das bedauern; einige andere werden das nicht bedauern - in der Tat wieder geirrt. Er hat das aber so verstanden - und nicht so, wie es hier dargestellt wurde. Darauf will ich aber nur am Rande hinweisen.

Für nicht praktikabel halte ich die hier erhobene Forderung - damit ende ich auch -, dass alle Diskussionen im Rahmen der Schließung eines solchen internationalen Abkommens öffentlich und transparent geführt werden müssen, quasi auf dem Markt. In unserer Ratspraxis tagen wir in nichtöffentlicher Sitzung, wenn bestimmte Interessen tangiert sind. Ein internationales Abkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika soll aber öffentlich und transparent mit Rückkopplungen in die Kommunen verhandelt werden? Meine Damen und Herren, wie stellen Sie sich das eigentlich praktisch vor? Wie soll das funktionieren?

(Beifall bei der FDP)

Das ist doch nicht realitätstüchtig. Solche Anträge kann man doch nicht stellen.

Meine Damen und Herren, deswegen unterstütze ich für die Freien Wähler den Vorschlag der Verwaltung, sich dem Positionspapier der kommunalen Spitzenverbände anzuschließen.

Wenn die großen Fraktionen das unterstützen, was hier als, ich sage einmal, radikale Variante entwickelt worden ist,

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

wundere ich mich als teilnehmender Beobachter schon darüber. Sie können das aber gerne machen. Wir als Freie Wähler stimmen dem nicht zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der AfD)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Der letzte Redebeitrag ist auch nicht mehr zu überbieten.

Daher können wir jetzt zur Abstimmung über die Resolution des Rates kommen, die den Begehren der Petenten auch weitgehend entgegenkommt. Ich bedanke mich natürlich auch noch einmal für die Bürgereingabe.

Ich lasse also über den Änderungsantrag bzw. Resolutionsantrag der federführenden Fraktionen und Gruppen abstimmen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, Deine Freunde, die Piraten, die CDU und die Linke. Wer enthält sich? - Damit haben wir eine breite Mehrheit für diese Resolution. - Ich bedanke mich noch einmal ganz herzlich.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, nun kommen wir zu unseren nächsten Punkten. Ich glaube, dass wir jetzt relativ zügig durch die Tagesordnung gehen können.

Zu Tagesordnungspunkt 6.1.1:

**6 Ortsrecht**

**6.1 Satzungen**

**6.1.1 Sanierung Finkenberg**
**Aufhebung der Sanierungssatzung Finkenberg**
**2924/2014**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 6.3.1:

**6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen**

**6.3.1 1. Verordnung zur Änderung der 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2015 vom 25.11.2014 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen**
**3915/2014**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön.

**Martin Erkelenz** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich habe mir die Vorlage noch einmal genauer angeguckt, und zwar insbesondere in Bezug auf die Termine im Stadtteil Longerich. Dabei sind mir einige Unstimmigkeiten aufgefallen.

Die Kunstmeile am 7. Juni 2015 findet - leider, muss man sagen - nicht statt. Das habe ich von der Organisatorin höchstpersönlich gehört.

In der Vorlage steht, dass das Oktoberfest des Musikcorps KG Blau Weiß Alt Lunke am 27. September 2015 stattfindet. Es findet am 6. September 2015 statt.

Das Weihnachtssingen des Bürgervereins Longerich soll laut Vorlage am 29. November 2015 stattfinden. Es findet definitiv nicht am 29. November 2015, sondern am 12. Dezember 2015 statt. So ist das auch dem Terminkalender des Bürgervereins zu entnehmen.

Insofern bitte ich einmal um Aufklärung.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ja, auf Longerich bezogen. - Herr Stadtdirektor, bitte.

**Stadtdirektor Guido Kahlen:** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Erkelenz, bitte sehen Sie sich die Anlage 10 noch einmal an. Im Zusammenhang des nicht gefassten Beschlusses der Bezirksvertretung Nippes haben wir noch einmal erklärend auf Folgendes hingewiesen:

> In Abstimmung zwischen der Interessengemeinschaft Longerich und dem Bürgerverein Longerich, der Veranstalter des jährlichen Weihnachtssingens ist, wird das Weihnachtssingen wie bisher geplant am 29.11.2015 durchgeführt, sodass der beantragte verkaufsoffene Sonntag in Longerich an diesem Tag genehmigungsfähig ist.
>
> Die Verwaltung hat die Angelegenheit mit dem Bezirksbürgermeister für den Stadtbezirk Nippes erörtert, der keine Bedenken mehr gegen einen Beschluss des Rates der Stadt Köln erhebt.

Deshalb bitte ich Sie, den jetzt vorgelegten Kalendertagen hier den entsprechenden Rückhalt zu geben.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Erkelenz, Sie haben noch eine Nachfrage.

**Martin Erkelenz** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich habe hier den Terminkalender des Bürgervereins Longerich vorliegen. Darin steht definitiv der 12. Dezember 2015. Darin steht auch der Termin des Oktoberfestes, nämlich der 6. September 2015. Das ist sogar mein Geburtstag. Ich freue mich schon sehr darauf.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Okay. Ich kann das jetzt nicht beurteilen. - Herr Kahlen noch einmal. Wir können es hier aber wahrscheinlich nicht letztlich klären.

**Stadtdirektor Guido Kahlen:** Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Erkelenz, dann mache ich folgenden Vorschlag: Sie beschließen jetzt das Termintableau so, wie Sie es vorliegen haben, und ich sage Ihnen zu, dass wir die Gelegenheit haben, spätestens im Mai dieses Jahres noch einmal eine Korrektur vorzunehmen. Wir haben diese Vorlagen öfters im Jahr. Das ist jetzt die 1. Ordnungsbehördliche Änderungsverordnung. Dann gibt es möglicherweise eine 2. Ordnungsbehördliche Änderungsverordnung. Wir sind da flexibel, um auch auf die Interessen einzugehen. Wenn ich es richtig sehe, besteht das erste Terminproblem ja erst im September. Das würden wir dann im Mai abräumen, wenn es sich so herausstellen sollte.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Okay. - Ich sehe, dass Sie damit einverstanden sind. Dann können wir jetzt so beschließen, und wenn Korrekturen notwendig sein sollten, wird das im Mai geschehen. - Okay.

Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen von Deinen Freunden und der Linken. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist das mit der Maßgabe, die wir eben zugrunde gelegt haben, so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 6.3.2:

**6.3.2 Ordnungsbehördliche Verordnung Naturdenkmal Mittelterrassenkante in Köln-Müngersdorf hier: Satzungsbeschluss 2711/2014**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen. Damit ist das endgültig erledigt.

Wir kommen zu:

**7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für das Hj. 2014 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2013/2014**

**0711/2015**

Das haben Sie zur Kenntnis genommen.

Dann kommen wir zu:

**10 Allgemeine Vorlagen**

Zu Tagesordnungspunkt 10.1:

**10.1 Erweiterter Baubeschluss zur Umsetzung des Brandschutzes im Rahmen der Maßnahme Umbau der U-Bahnhaltestellen Appellhofplatz und Poststraße sowie Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 analog der Haushaltssatzung 2013/2014 der Stadt Köln bei der Finanzstelle 6903-1202-1-6008, Stadtbahnhst. Poststr., Neumarkt, Appellhofplatz -Bahnsteiganhebungen 2758/2014**

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.2

**10.2 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV Sanierung der Straßenbrücke Tel-Aviv-Straße über den Perlengraben 3158/2014**

Wortmeldungen? - Keine. Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Ebenfalls einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.3:

**10.3 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) Flexiblere Handhabung kleinerer Angebotsanpassungen bei der KVB durch künftige Behandlung als Geschäft der laufenden Verwaltung 3757/2014**

Auch dazu sehe ich keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.4:

**10.4 Umlegungsanordnung für das Umlegungsgebiet Nr. 419 in Köln-Holweide 3912/2014**

Dazu gibt es ebenfalls keine Wortmeldungen. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.5:

**10.5 Strukturförderung Kulturwerk des Bundesverbandes Bildender Künstlerinnen und Künstler (BBK Köln e. V.) 2015 - 2017 0366/2015**

Wie Ausschuss für Kunst und Kultur.

Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.6:

**10.6 Sanierung der Zentralbibliothek der Stadtbibliothek Köln, Josef-Haubrich-Hof 1, 50676 Köln Weiterplanungsbeschluss gemäß Ratsbeschluss vom 18.12.2012 (3142/202) 2781/2014**

Es ist zu beschließen wie Finanzausschuss.

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Danke schön. Damit haben wir heute einen wegweisenden Beschluss gefasst.

(Beifall bei der SPD)

Zu Tagesordnungspunkt 10.7:

**10.7 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. und 2. Baustufe Auswirkungen des 2. GVFG-Änderungsantrages auf den städtischen Finanzierungsanteil und Beschluss des Kostendeckels 2921/2014**

Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Der Gruppe pro Köln. Damit so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.8:

**10.8 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR Abwasserbeseitigungskonzept Köln (ABK), Bericht ABK 2015 3727/2014**

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.9:

**10.9 Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zwischen dem WDR und den Bühnen der Stadt Köln im Werkstattbereich**
**0212/2015**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das einstimmig angenommen. - Ein herzlicher Dank geht an die Verantwortlichen, die diese gute Lösung gefunden haben.

Zu Tagesordnungspunkt 10.10:

**10.10 Wirtschaftsplan 2015 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln**
**0362/2015**

Gibt es Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.11:

**10.11 „Flüchtlinge in Köln willkommen heißen“ - ein Projekt zur Unterstützung von Flüchtlingsinitiativen - Antrag für ein Forum für Willkommenskultur Kooperationsprojekt des Kölner Flüchtlingsrates e. V. und der Kölner Freiwilligen Agentur e. V.**
**0064/2015**

Ein gutes, wichtiges Projekt.

Ist jemand dagegen? - Gegen die Stimmen von pro Köln. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der AfD ist es so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.12:

**10.12 Sporthalle Süd, Vorgebirgsstr., Köln-Zollstock**
**Generalsanierung der Sporthalle Baubeschluss und Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von 5.996.800,00 € im Hj. 2015**
**2462/2014**

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.13:

**10.13 Planungsaufnahme zur Errichtung eines 3-zügigen Grundschulgebäudes mit 1-fach Turnhalle, Grundstück Gaedestraße in 50968 Köln-Marienburg**
**3453/2014**

Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen der FDP. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.14:

**10.14 Grundsatz-/Planungsbeschluss zur Errichtung eines 2-zügigen Grundschulgebäudes mit 1-fach Sporthalle auf dem Grundstück Statthalterhofallee in Köln-Junkersdorf**
**0223/2015**

Dazu sehe ich ebenfalls keine Wortmeldungen, sodass wir direkt abstimmen können. Wer ist dagegen? - Wieder die FDP. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.15:

**10.15 Erweiterung der Förderschule Lernen Soldiner Straße im Stadtbezirk Chorweiler um den Förderschwerpunkt Emotionale und soziale Entwicklung zum Schuljahr 2015/16**
**0230/2015**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Philippi, bitte.

**Franz Philippi** (SPD): Ich habe eine kurze Nachfrage. Zum Punkt 2 dieser Beschlussvorlage gibt es ja eine abweichende Beschlussfassung der BV Chorweiler. Meine Frage bezieht sich darauf, ob, nachdem die Ergebnisse der Prüfung vorliegen, eine Diskussion dieser Angelegenheit, also der Einbeziehung des Förderschwerpunkts Sprache in den Förderschulverbund, im Fachausschuss noch möglich sein wird.

**Beigeordnete Dr. Agnes Klein:** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Philippi, wenn die Entscheidung dann getroffen werden soll, werden wir das auf jeden Fall auch noch einmal im Schulausschuss einer parlamentarischen Beratung zuführen. Wir werden das nicht aufgrund dieser Beschlusslage dann als Verwaltung quasi durch die Hintertür umsetzen, sondern das wird im Schulausschuss mit einer entsprechenden Beschlussvorlage noch einmal auf der Tagesordnung stehen.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Das nehmen wir so zu Protokoll.

Dann können wir auch zur Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 10.15 kommen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.16:

**10.16 Bildungslandschaft Altstadt Nord, Baubeschluss Baufeld A (Hansa Gymnasium)**
**3978/2015**

Auch da frage ich: Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit haben wir auch hier einen wegweisenden Beschluss für die Schullandschaft in der Kölner Innenstadt gefasst.

(Beifall bei der SPD)

Zu Tagesordnungspunkt 10.17:

**10.17 Stadtentwässerungsbetriebe Köln (StEB)**
**Bürgschaftsrahmen der Stadt Köln zur Besicherung von Darlehen zur Finanzierung von Investitionen im Rahmen des Programms „Ressourceneffiziente Abwasserbeseitigung NRW“ des Landes NRW**
**0686/2015**

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das ebenfalls so beschlossen.

Die Vorlage unter TOP 10.18 ist zurückgezogen worden.

Zu Tagesordnungspunkt 10.19:

**10.19 Zusätzliche Jugendhilfsangebote für Kinder und Jugendliche aus Zuwanderer- und Flüchtlingsfamilien**
**0425/2015**

Wir stimmen wie JHA ab.

Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen der Gruppe pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.1:

**12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen**

**12.1 Beschluss über die Einleitung sowie Satzungsbeschluss betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 58469/02**
**Arbeitstitel: Haus Közal in Köln-Lövenich, 2. Änderung**
**3795/2014**

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.2:

**12.2 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 59476/02**
**Arbeitstitel: Nördlich Auf der Aspel in Köln-Widdersdorf**
**3846/2014**

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Die Vorlage unter TOP 12.3 ist zurückgezogen worden.

Zu Tagesordnungspunkt 12.4:

**12.4 Satzungsbeschluss betreffend die 1. Änderung des Bebauungsplanes 67490/07**
**Arbeitstitel: Neusser Straße/Niehler Gürtel in Köln-Weidenpesch, 1. Änderung**
**0431/2015**

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 13.1:

**13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs-/Durchführungs-/Fluchtlinienplänen**

**13.1 Aufhebung des Bebauungsplanes 66420/06
- Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Bischofsweg in Köln-Raderberg
0618/2015**

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 13.2:

**13.2 Aufhebung des Fluchtlinienplanes 5102
- Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Gremberger Straße in Köln-Humboldt/Gremberg
0578/2015**

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 13.3:

**13.3 Teilaufhebung des Bebauungsplanes 70460/04
- Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Pyrmonter Straße in Köln-Buchforst und Köln-Kalk
0598/2015**

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 13.4:

**13.4 Teilaufhebung des Durchführungsplanes 70469/02
- Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Cusanusstraße in Köln-Buchforst
0599/2015**

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ebenfalls so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 14.1:

**14 Erlass von Veränderungssperren**

**14.1 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt/Nord
Arbeitstitel: 3. Änderung nördlich S-Bahn/Eigelstein in Köln-Altstadt/Nord
0276/2015**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.

Zu Tagesordnungspunkt 14.2:

**14.2 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt/Süd
Arbeitstitel: Südlich Georgsplatz in Köln-Altstadt/Süd
0367/2015**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.

Zu Tagesordnungspunkt 16.1:

**16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen**

**16.1 242. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
3824/2014**

Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen von pro Köln. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen.

Jetzt kommen wir zu:

**17 Wahlen**

Zu Tagesordnungspunkt 17.1:

**17.1 Mitteilung über die Benennung neuer beratender Pflichtmitglieder für den Jugendhilfeausschuss
0076/2015**

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.2:

**17.2 Mitteilung über die Benennung neuer beratender Pflichtmitglieder für den Jugendhilfeausschuss 0138/2015**

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so bestätigt.

Zu Tagesordnungspunkt 17.3:

**17.3 Weitere Bestellung des Geschäftsführenden Direktors Patrick Schmeing zum Mitglied der Betriebsleitung des Gürzenich-Orchesters 3927/2014**

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann sage ich: Gratulation!

Zu Tagesordnungspunkt 17.4:

**17.4 Berufung einer Vertretung für die katholische Kirche als Mitglied mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung 0610/2015**

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.5:

**17.5 Antrag der FDP-Fraktion hier: Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln GmbH (WSK): Entsendung eines neuen Aufsichtsratsmitglieds AN/0488/2015**

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.6:

**17.6 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hier: Neuwahl eines Mitglieds des Sportausschusses AN/0489/2015**

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann haben wir auch da ein neues Mitglied.

Zu Tagesordnungspunkt 17.7:

**17.7 Antrag der SPD-Fraktion hier: Benennung von sachkundigen Einwohnern/innen AN/0481/2015**

Bei diesem Antrag geht es um eine Nachbesetzung im Gesundheitsausschuss.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.8:

**17.8 Antrag der CDU-Fraktion hier: Wahl eines Abgeordneten zur Hauptversammlung des Deutschen Städtetages AN/0491/2015**

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Damit haben wir das Ende des öffentlichen Teils unserer Sitzung erreicht.

(Schluss: 19.15 Uhr)